

RheinlandPfalz



NACHRICHTEN aus der Landeskulturverwaltung



12. Jahrgang

1993

19. Heft

	Seite
Aus der Rechtsprechung:	70
Literaturübersicht:	71
Buchbesprechungen:	74
Dr. C.-R. Hess: Landschaftsbild- Eingriff- Ausgleich.....	74
Dr. C.-R. Hess: Kosten und Wertschätzung des Arten- und Biotopschutzes.....	74
Dr. C.-R. Hess: Obstbäume in der Landschaft.....	75
Tagungen:	76
Ehrungen:	78
H.W. Baur: MR Dr. F.H. Spaetgens in den Ruhestand verabschiedet.....	78
G. Neubecker: Geburtstagsliste der Ruhestandsbeamten, -angestellten und -arbeiter für das Jahr 1993.....	79
Fachprüfungen:	81
Personalveränderungen:	81
Informationen aus LKV:	82

IM BLICKPUNKT :

Landentwicklung als angewandte Systemforschung

von Professor Dr.-Ing. Gustav Oberholzer, Universität der Bundeswehr München

Vorbemerkung:

Bundesweit wird von Flurbereinigungsfachleuten die Einbettung der Flurbereinigung in die große Gesamtaufgabe "Landentwicklung" diskutiert. Flurbereinigung wird dabei zumeist als "Instrument der Landentwicklung" gesehen. Die Redaktion des Nachrichtenblattes ist Herrn Universitätsprofessor Dr.-Ing. Gustav Oberholzer dankbar, daß er den auf baden-württembergische Verhältnisse zugeschnittenen Beitrag "Landentwicklung als angewandte Systemforschung" für den Blickpunkt unserer rheinland-pfälzischen Fortbildungsschrift zur Verfügung gestellt hat. Es ist ein wichtiger Beitrag, der die gebotene ganzheitliche Betrachtungsweise in unseren zukünftigen Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz umreißt. Dem "schnellen Leser" sind besonders die "Zielkriterien zur ganzheitlichen Simultanplanung der Kulturlandschaft" zur aufmerksamen Lektüre zu empfehlen.

Axel Lorig

Die baden-württembergischen Flurbereinigungsämter sind in Ämter für Flurneuordnung und Landentwicklung umbenannt worden, und dabei stellte sich mir die Frage: Haben sie sich damit nur der inhaltlichen Weiterentwicklung ihres Arbeitsbereiches angeglichen, oder ist dies zugleich ein Signal für neue Ziele? Dies frage ich mich als Außenstehender, der jedoch einmal in dieser Verwaltung tätig war und mit ihr immer noch stark verbunden ist, und als Lehrender, der bereits vor sechs Jahren von seinem Lehrstuhl für Ländliche Neuordnung und Flurbereinigung Abschied genommen hat und seither sein Lehrgebiet "Landentwicklung" nennt, und darunter etwas sehr Umfassendes versteht, nämlich die Förderung aller für unsere Gesellschaft wichtigen Funktionen des ländlichen Raumes; sowohl die Planung wie auch deren Vollzug miteinschließend.

Blickt man heute zurück auf das planerische Bemühen um die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes in den letzten Jahrzehnten, so stellt sich einige Ernüchterung, teilweise sogar Enttäuschung ein. Zu offensichtlich waren viele Fehlentwicklungen, die sich auch darin dokumentieren, daß heute oftmals geradezu das Gegenteil von dem geplant wird, was einst Leitbild war. Und was waren die Ursachen für diese vielen Fehlplanungen? Auf einen Nenner gebracht: Zumeist einseitig sektorales und viel zu kurzzeitiges Denken von Einzeldisziplinen bzw. Einzelressorts. Es fehlte erstens die ganzheitliche und zweitens die langzeitige Sicht!

Der ländliche Raum ist ein hochkompliziertes System und kann wirkungsvoll - diese Erkenntnis festigt sich mehr und mehr - nicht als die Summe vieler einzelner Teile behandelt werden, sondern nur als eine Ganzheit, die wesentlich mehr ist, eben ein System. Und das bedeutet, daß zunehmend Systemdenken gefordert wird.

Was ist ein System? Es ist eine organisierte Ganzheit, bestehend aus Elementen mit Eigenschaften, die durch Beziehungen oder Wechselwirkungen miteinander verbunden sind.

Unter den Wissenschaften, die sich mit Systemen befassen, haben sich besonders zwei Richtungen herausgebildet:

- die allgemeine Systemtheorie, deren Zielsetzung es vor allem ist, allgemeine Prinzipien, die für Systeme insgesamt gelten, zu ermitteln und abzuleiten, und
- die Systemforschung, die sich zur Aufgabe gemacht hat, praktische Problemstellungen ganzheitlich und multidisziplinär zu formulieren und zu lösen.

Wenn also ein konkreter ländlicher Raum als ein komplexes System ganzheitlich so gesteuert werden soll, daß aufgetretene Mängel gehoben und seine Funktionen gestärkt werden, so ist dies ein konkreter Fall für die Systemforschung.

Unter der speziellen analytischen Systemforschung versteht man

1. die Anwendung wissenschaftlicher Methodik in Form der Modellierung
2. durch interdisziplinäre Teams
3. auf Probleme der Planung und Steuerung organisierter soziotechnischer Systeme mit dem Ziel der Entwicklung von Lösungen, die dem ganzheitlichen Zweck des Systems möglichst gut entsprechen.

Im Systemmodell $E = f(X, Y)$ bedeuten:

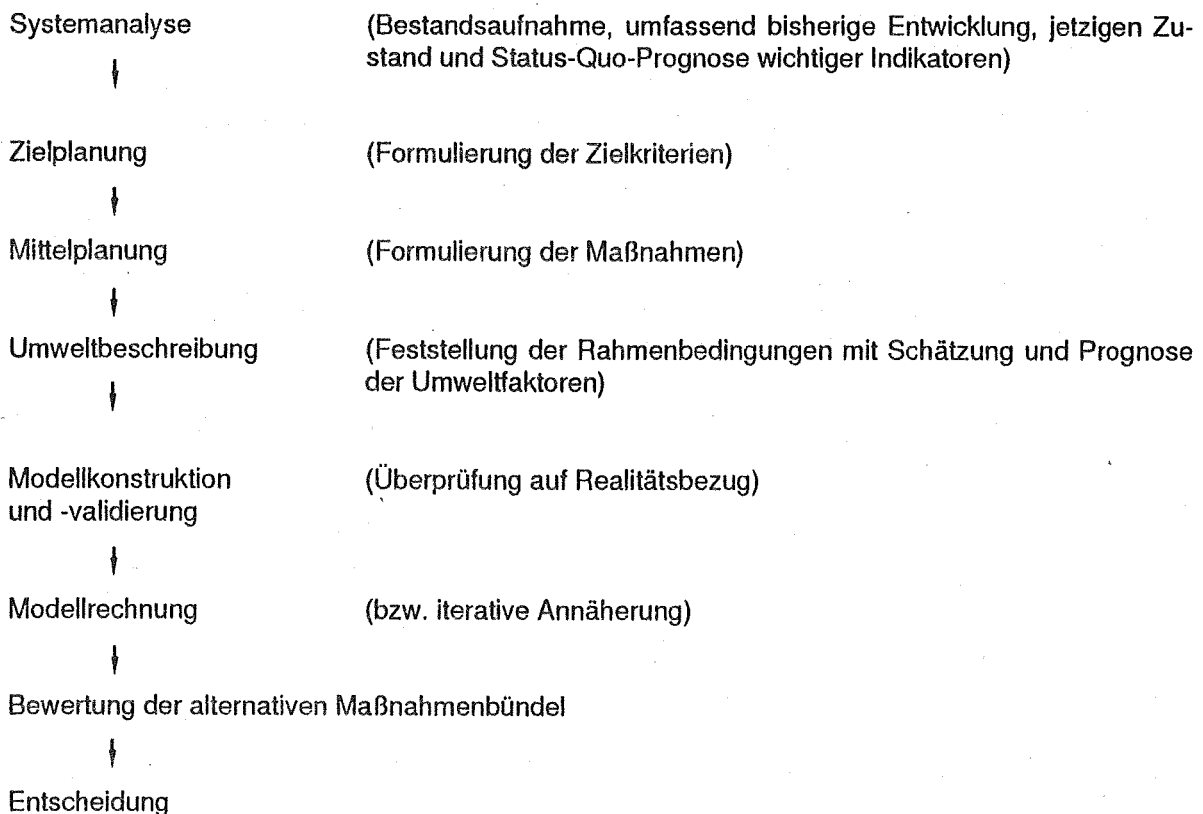
E = Zielkriterien

X = Entscheidungsvariable (Handlungsvariable, Maßnahmen)

Y = Umweltfaktoren (Rahmenbedingungen).

Das ein Realystem genügend genau abbildende Modell ermöglicht es, für alternative Entscheidungsvariable X und verschiedene Umweltfaktoren Y das Modellergebnis vorauszubestimmen, um letztendlich die beste Entscheidung treffen zu können.

Die einzelnen Schritte einer Systemstudie sind:



Diese Schritte entsprechen weitgehend den Stationen eines linearen Planungsablaufes, jedoch in einer wesentlich strenger Weise. Verbale Beschreibungen, wie heute bei den meisten Planungen, genügen dabei nicht, das Ziel ist die Operationalisierung aller Parameter und deren gegenseitigen Abhängigkeiten bis hin zur Meßbarkeit. Das bedeutet gleichzeitig einen heilsamen Zwang zur ständigen Objektivierung.

Der dabei notwendig werdende interdisziplinäre Prozeß führt in der Regel zu neuen Erkenntnissen über das zu untersuchende System, die bisher von disziplinären Theorien allein nicht erfaßt werden konnten. Die Aufhebung der Disziplinengrenzen bei einem ganzheitlichen Modellansatz ist deshalb eine Grundvoraussetzung für das dadurch initiierte Denken auf der höheren Stufe des ganzheitlich vernetzten Denkens.

Die quantitative Modellierung von Realsystemen benötigt eine dafür entwickelte Methodik, um die sich die Systemforschung als eine "übergreifende" Wissenschaft bemüht. Sie verknüpft die Einzeldisziplinen, die als solche keineswegs aufgehoben werden. Die Notwendigkeit des Zerlegens der komplexen Welt in Einzelphänomene durch die klassischen Wissenschaften bleibt weiterhin bestehen, nur darf man dabei nicht stehen bleiben und sich erlauben, die Welt aus der sektoralen Perspektive als Ganzes beurteilen zu wollen, wie es oft geschieht. Aus der Analyse heraus muß umgekehrt das Ganze wieder aufgebaut werden, d. h. die beim Auseinandertrennen in Einzeldisziplinen verlorengegangenen Verbindungen müssen wieder "geknüpft" werden.

Die Landentwicklung, die den ländlichen Raum als System zu behandeln versucht und deshalb die Systemforschung zur theoretischen Grundlage machen muß, integriert viele Einzeldisziplinen und damit viel Spezialisten-Wissen zu einem größeren Ganzen, dessen Funktionieren jedoch nur durch Generalisten-Wissen beherrscht werden kann. Damit wird Landentwicklung zu einer Interdisziplin. Der Generalist, dem das Zusammenführen der Spezialisten unterliegt, muß die Arbeitsfelder und Hauptproblembereiche der einzelnen Disziplinen kennen, damit er befähigt wird, Wertungen und Entscheidungen vorzunehmen, ohne die es auch bei einer ganzheitlichen Planung nicht geht, Demokratische Mehrheitsentscheidungen oder Aushandlungsprozesse führen niemals zu besten Lösungen.

Nachfolgende Graphik - Abbildung 1 - verdeutlicht die Stellung der Einzeldisziplinen im ländlichen Raum, zu denen auch das Liegenschaftswesen einschließlich Bodenordnung gehört, und des integrierenden Bereiches der Interdisziplin "Landentwicklung". Diese muß sich mit den Hauptproblemen jeder Einzeldisziplin befassen, dementsprechend liegen dort auch die notwendigen Kenntnisbereiche für den Generalisten.

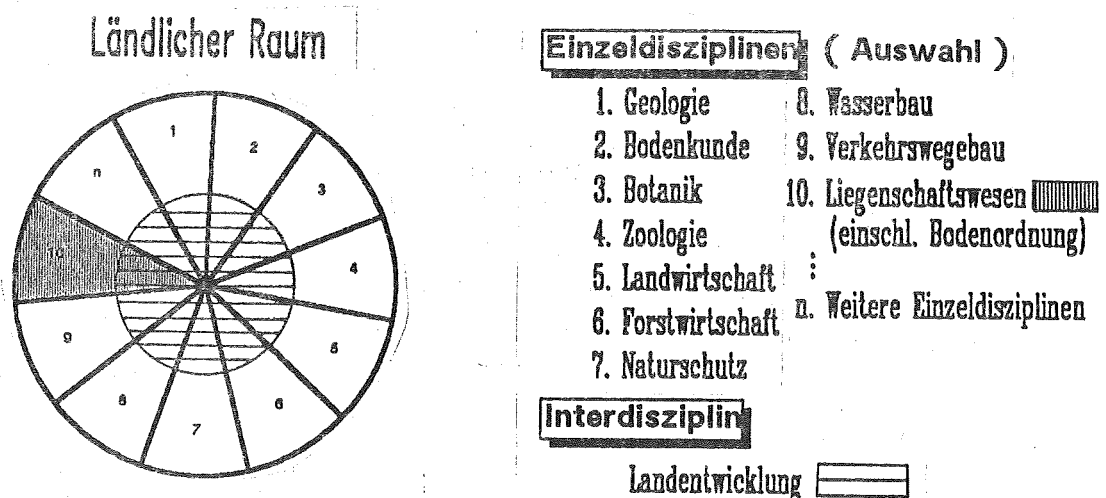
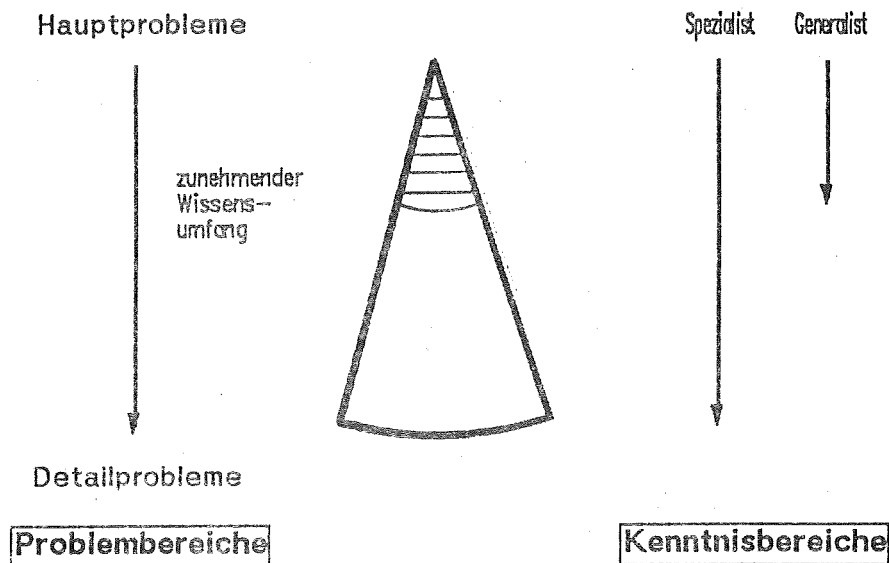


Abb. 1 Die Einzeldisziplinen im System "Ländlicher Raum" und die Stellung der Interdisziplin "Landentwicklung"

1. Die Sektoren der Einzeldisziplinen



Die Systemforschung hat bisher die meiste Anwendung in der Betriebswirtschaft und in der militärischen Führung gefunden. Der militärische Führungsvorgang als Steuerung eines komplexen Systems vieler Waffengattungen zeigt deutlich die Arbeitsteilung zwischen Spezialisten und Generalisten.

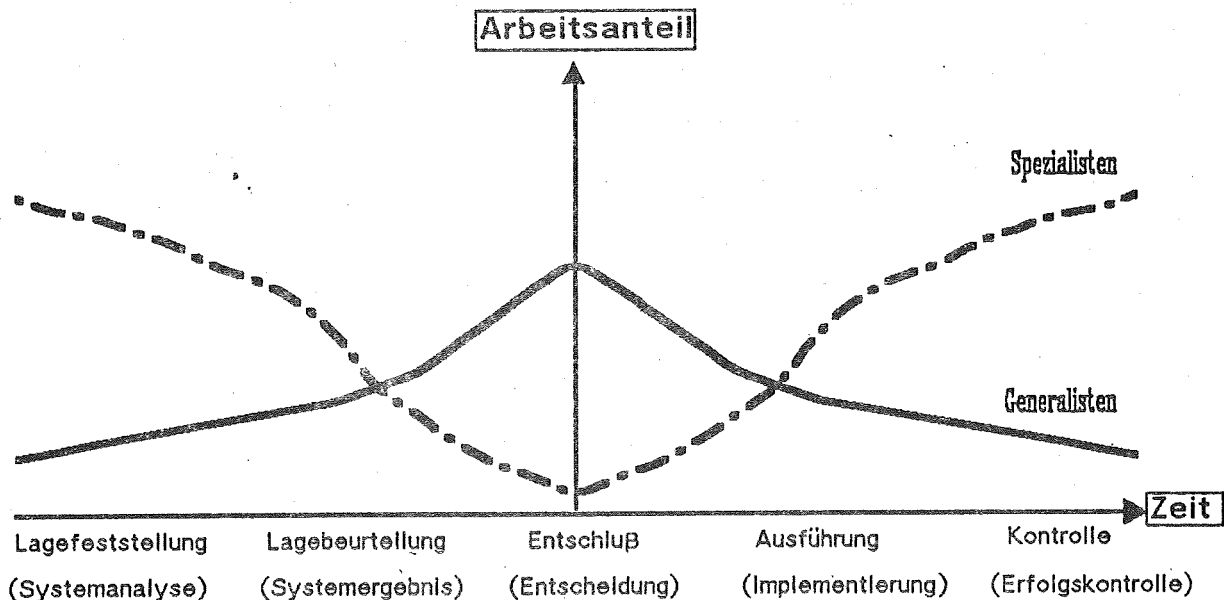


Abb. 2 Vergleich mit dem militärischen Führungsvorgang
- Anteil der Generalisten und Spezialisten -

Der Überblick über die Einzeldisziplinen und die Interdisziplin "Landentwicklung" ermöglicht auch eine Standortbestimmung für die Tätigkeitsfelder der bisherigen Flurbereinigungsämter und jetzigen Ämter für Flurneuordnung und Landentwicklung.

Die Flurneuordnung als Nachfolgebegriff für Flurbereinigung bedeutet vor allem Bodenordnung, also das zielgerichtete umfassende Verändern von Grundstücksstrukturen, was der Schlüssel ist für die Lösung vieler Probleme des ländlichen Raumes. Dieser Bereich gehört zum Sektor "Liegenschaftswesen" in weitestem Sinne, welcher Vermessungstechnik, Katasterwesen, in Zukunft verstärkt Informationssysteme, und die Bodenordnung nach dem Flurbereinigungsgesetz und dem Baugesetzbuch umfaßt.

Mit diesen Bodenordnungen sind schon bisher bei Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz Planungen in ganzheitlichem Sinne verbunden gewesen, und das erforderte bereits interdisziplinär generalistisches Denken, wenn zum Beispiel für die Regelflurbereinigung unter den Prämissen des § 1 in 37 FlurbG folgender Gestaltungsauftrag vollzogen werden sollte:

"Das Flurbereinigungsgesetz ist unter Beachtung der jeweiligen Landschaftsstruktur neu zu gestalten, wie es den gegeneinander abzuwägenden Interessen der Beteiligten sowie den Interessen der allgemeinen Landeskultur und der Landentwicklung entspricht und wie es das Wohl der Allgemeinheit erfordert."

Vor allem dort, wo die Flurbereinigung umfassend in einer Gemeinde durchgeführt worden ist, also unter Einbeziehung der ganzen Feldlage, des Dorfes und mancherorts auch des gesamten Waldes, lag schon im Grunde genommen eine bedeutsame integrale Gestaltungsaufgabe in Richtung ganzheitlicher Landentwicklung vor, die sowohl viele Spezialisten- aber auch Generalistenarbeit erforderte. Nur war der Gestaltungsprozeß, nach meiner Erfahrung, oft noch viel zu sehr allein durch reine Aushandlung sektoraler Interessen geprägt, und noch viel zu wenig durch eigenständige generalistische Ganzheitsentscheidungen.

2. Der Systemstandpunkt in der Landentwicklung

Wenn bisher der ländliche Raum als System angesprochen wurde, so muß der hohe Komplexitätsgrad eines solchen Gebildes gesehen werden, der die Systemanalyse außerordentlich kompliziert werden läßt. Der ländliche Raum muß deshalb praktischerweise in leichter handhabbare Subsysteme unterteilt werden, z. B. in einzelne Gemeinden oder Ortsteile und diese wiederum in die Einzelsysteme Siedlung, Kulturlandschaft und Wald. Das ist nun auch die Ebene, in der die Handlungsvariablen der Bodenordnung konkret, d. h. parzellenscharf greifen. Es muß natürlich stets versucht werden, den Ganzheitsgedanken bei einer solchen Unterteilung nicht zu verlieren. Verknüpfungen mit dem übergeordneten System können jeweils über die Rahmenfestlegungen berücksichtigt werden.

Am Beispiel der Neugestaltung unserer Kulturlandschaft soll gezeigt werden, daß die Steuerung eines solchen Systems als Aufgabe der Landentwicklung die Berücksichtigung von so vielen Zielkriterien beinhaltet, daß allein schon diese Teilaufgabe ein höchst anspruchsvolles planerisches Unternehmen ist. Dabei werden in der Liste der Zielkriterien zwei Stufen der **Zieldekomposition** wiedergegeben. Bitte, Punkt für Punkt durchlesen, um die Größe der Aufgabe bewußt werden zu lassen!

Es sind Zielkriterien zur **ganzheitlichen Simultanplanung** der Kulturlandschaft! Das planerische Ideal, alle Elemente dieses Systems **gleichzeitig** zu behandeln, kann nur durch eine moderne Flurbereinigung verwirklicht werden. Das wird von der Öffentlichkeit noch viel zu wenig erkannt.

**Zielkriterien zur ganzheitlichen Simultanplanung
der Kulturlandschaft
(ohne Wald und Siedlung)**

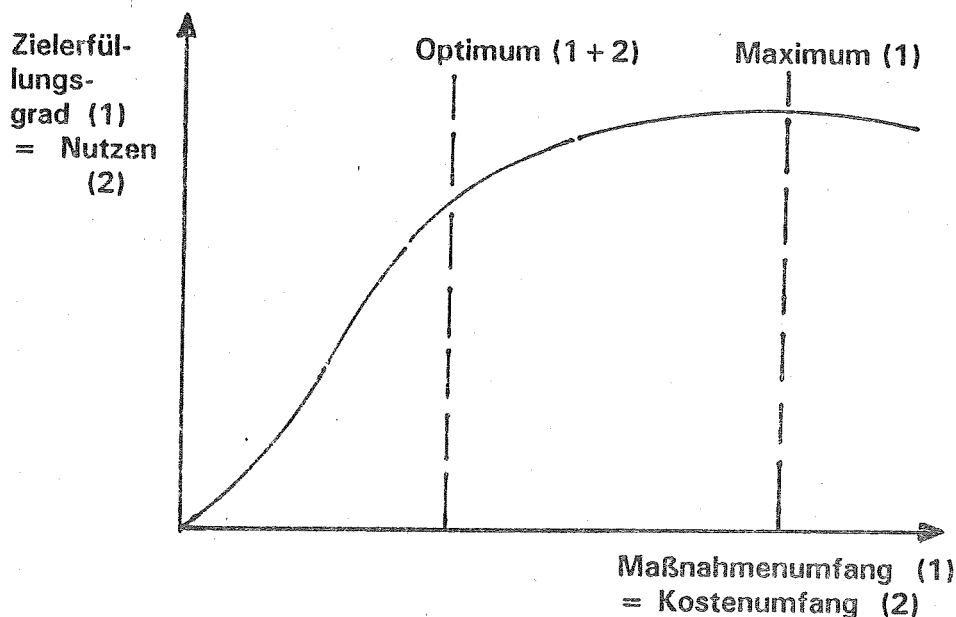
1. Naturräumliche Anpassung → Max
 - 1.1 Anpassung der Landbewirtschaftung an Relief, Boden, Klima → Max
 - 1.2 Anpassung der Biotopstruktur an Relief, Boden, Klima → Max
2. Landwirtschaftliches Einkommen → Max
 - 2.1 Grundstücksgestaltung (Größe und Form) → Max
 - 2.2 Grundstückerschließung (Wegeanschluß, Hof-Feld-Beziehung) → Max
 - 2.3 Bodenfruchtbarkeit → Max
 - 2.4 Biologischer Pflanzenschutz (ökologische Selbstregulation) → Max
 - 2.5 Störung der landwirtschaftlichen Nutzung (d. Schatten, Wasser, Erholung) → Min
 - 2.6 Schutz der Weidetiere → Max
 - 2.7 Nebennutzung (Streuobstbau, Jagd, Imkerei, Fischfang) → Max
 - 2.8 Einkommenswirksame Einbindung in 4. - 6. → Max
3. Abiotischer Ressourcenschutz → Max
 - 3.1 Bodenschutz vor Wasser- und Winderosion → Max
 - 3.2 Bodenversiegelung (vor allem durch Wege) → Min
 - 3.3 Wasserverschmutzung (Grund- und Oberflächenwasser) → Min
 - 3.4 Nutzungsverträgliche Wasserrückhaltung → Max
 - 3.5 Klimaschutz → Max
4. Biotischer Ressourcenschutz → Max
 - 4.1 Arten- und Biotopschutz → Max
 - 4.2 Minimalarealausweisung und -gestaltung → Max
 - 4.3 Biotopvernetzung → Max
 - 4.4 Anbindung an alte Biotopflächen → Max
 - 4.5 Biotopstörung → Min
 - 4.6 Biotoppflege → Min
 - 4.7 Nutzungsdiversität von Intensivagrargebieten → Max
 - 4.8 Zuordnung zum Wald und Waldrandgestaltung → Max
5. Erlebniswirksamkeit → Max
 - 5.1 Landschaftsbild (Vielfalt, Natürlichkeit, Eigenart, Harmonie) → Max
 - 5.2 Erholungsmöglichkeiten → Max
 - 5.3 Erhaltung kulturgeschichtlicher Zeugnisse → Max
6. Eigentumsordnung → Max
 - 6.1 Abstimmung von Eigentum und Nutzungsfunktion → Max
 - 6.2 Nutzungs- und Pflegesicherung → Max
7. Akzeptanz durch die Betroffenen → Max
 - 7.1 Anpassung an örtliche einschließlich einzelbetriebliche Bedürfnisse → Max
 - 7.2 Landabzug (in WE) → Min
 - 7.3 Finanzielle Eigenbeteiligung → Min
8. Finanzieller Gestaltungsaufwand → Min
 - 8.1 Gesamtkosten → Min
 - 8.2 Kosten/Nutzen → Min
9. Zeitdauer der Neugestaltung → Min
10. Anpassungsmöglichkeiten an künftige Entwicklungen → Max

Für jedes Planungsgebiet müssen individuell

- a) die Schranken für die Zielkriterien (z. B. Mindestanforderungen und Höchstwerte),
 - b) die vorliegenden Rahmenbedingungen (z. B. finanzielle Mittel),
 - c) die Gewichtung der einzelnen Zielkriterien (z. B. örtliche Prioritäten),
 - d) die Restriktionen der Handlungsvariablen (z. B. Bestimmungen des Flurbereinigungsgesetzes)
- ermittelt, festgesetzt oder beachtet werden.

Die angeführten 35 Zielkriterien für die ganzheitliche Simultanplanung der Kulturlandschaft müssen möglichst bis zur Meßbarkeit operationalisiert werden, was zum Teil weitere Zieldekomposition erfordert. Die Zielkriterien so zu entwickeln, daß sie alle Ziele des jeweiligen Projekts vollständig abdecken und daß ihre Erfüllung möglichst meßbar nachvollzogen werden kann, bedeutet ein viel strengeres Vorgehen als bei den meisten bisherigen Planungen.

Die Forderung, für die Zielerfüllung das Maximum bzw. das Minimum zu erreichen, wird bei der Vielzahl der Zielkriterien, die gleichzeitig, d. h. simultan berücksichtigt werden müssen, in den wenigsten Fällen möglich sein. Manche Zielkriterien hemmen sich gegenseitig, ja wirken konträr, was Zielkonflikte beinhaltet. Gesucht werden vor allem optimale Zielerfüllungen.



2. Zielkriterium: Kosten/Nutzen \rightarrow Min

Abb. 3 Maximale und optimale Zielerfüllung
bei einem bzw. zwei Zielkriterien

Der nächste Schritt, die Maßnahmen zu ermitteln, mit denen eine Zielerfüllung erreicht werden kann, erfordert viel interdisziplinäres Wissen, Erfahrung und Kreativität, denn so manche Ziele lassen sich durch recht unterschiedliche, d. h. alternative Maßnahmen bzw. Maßnahmenbündel erreichen. Dabei ist auch herauszuarbeiten, welche Maßnahmen mehrfach wirken, d. h. gleichzeitig mehreren Zielen dienen und somit die effizientesten sind.

Man mag nun einwenden, daß die Handlungsspielräume doch gar nicht mehr so groß sind, ja daß die gegenwärtigen agrar- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen sie so einengen, daß sie schon vielerorts Resignation eingestellt hat. Realitätsnahe Systementwicklung bedeutet natürlich, die Rahmenbedingungen, also die Gesetze, Verordnungen, Finanzierungsrichtlinien usw. exakt zu formulieren; dabei wird sogleich erkannt werden, wo erstens die größten Hemmnisse des wirkungsvollen Handelns liegen, und wo zweitens die noch vorhandenen Spielräume sich befinden. Es gibt sie noch, diese Spielräume, denken wir zum Beispiel nur an die derzeit 20 bis 30 Förderprogramme der EG, des Bundes, des Landes, der Kreise und der Gemeinden. Sie werden derzeit von vielen Stellen verwaltet, aber selten zu einem ganzheitlichen und damit weit wirkungsvolleren Konzept vereinigt.

Der Systemstandpunkt verlangt Simultanplanung, in der alle Entscheidungsspielräume gleichzeitig als variabel angesehen werden, im Gegensatz zur Sukzessivplanung, bei der Freiheitsgrade für eine optimale Gestaltung durch Vorwegdisposition verlorengehen. Das ist ein hoch gestecktes Ziel! Bei dem angestrebten möglichst hohen Erfüllungsgrad für 35 Zielkriterien jedoch nur schwer als mathematisch exakte Modellrechnung zu erreichen. Hier muß in Zukunft vor allem versucht werden, auf planerisch iterativem Wege möglichst nahe an die Erfüllung des Gesamtzieles "Neugestaltung der Kulturlandschaft → Opt." heranzukommen.

Dies ist vor allem eine Herausforderung für den Generalisten, der die Systemplanung in der Runde der Spezialisten leitet. Er muß dabei gleichzeitig alle Zielkriterien und ihre Vernetzungen im Auge haben, alle Maßnahmen kennen, die zu ihrer Erfüllung beitragen, und alle Rahmenbedingungen setzen, welche die Handlungsfreiheit begrenzen. Er braucht dazu die Durchsicht zu den entscheidenden Problemstellungen der Spezialistenbereiche, damit er mit allen Spezialisten diskutieren kann. Und diese müssen sich in der interdisziplinären Arbeit zur Offenheit bereitfinden und dürfen sich nicht hinter der Schutzmauer alleiniger Kompetenz verschanzen. Gebraucht wird Transparenz der Argumentation und der Entscheidungsfindung.

Das Ziel, die zukünftige Kulturlandschaft in ihrer immer größer werdenden gesellschaftspolitischen Bedeutung als unmittelbare Lebens-Umwelt so zu gestalten, daß sie ihre Funktionen nach einem interdisziplinären Leitbild voll erfüllt, ist heute eine der großen Herausforderungen für die Landentwicklung!

Eine weitere Herausforderung bleibt die Reaktivierung unserer Dörfer, die Hilfe bei ihrem einschneidenden Umstrukturierungsprozeß brauchen. Auch jede einzelne Siedlungseinheit bildet ein System und benötigt, abgeleitet über eine umfassende Zieldekomposition, einen individuellen Maßnahmenkatalog. Weiterhin sind Landentwicklungsprojekte auch immer wieder dort zu erwarten, wo infrastrukturelle Maßnahmen von überörtlicher Bedeutung anstehen, aber auch dort, wo Waldgebiete als wiederum spezifische Systeme mangelhafte Strukturen und Schädigungen aufweisen.

Wenn wir heute den ländlichen Raum diagnostizieren, so stellen wir fest, daß der Wandlungsprozeß sich beschleunigt hat und daß dabei Entwicklungen eingetreten sind, die, in die Zukunft extrapoliert, Alarm auslösen müssen. Die Generation, die Landwirtschaft noch als eine ererbte Verpflichtung aufrecht erhalten hat, tritt ab, und es kommt eine Generation, der zukunftssträchtige Berufe offenstehen und die nicht gewillt ist, Landwirtschaft als von der Gesellschaft oft verpönten Almosenempfang zu betreiben. Die Landwirtschaftsschulen schließen vielerorts ihre Türen. Und diese Entwicklung ist eingetreten mit und ohne Flurbereinigung. Das muß uns nachdenklich stimmen und den Generalisten für den ländlichen Raum insgesamt auf den Plan rufen. Er wird natürlich sofort die Folgen der agrarpolitischen Entwicklung, die alle betreffen, erkennen, aber auch feststellen müssen, daß es weiterhin Handlungsspielräume gibt, um die negativen Tendenzen zu bremsen, allein schon, wenn er die Fülle der finanziellen Unterstützungsprogramme überblickt und wenn er die Landwirtschaft in einem breiten-

ren Rahmen sieht: Landschaftspflege als neuer Betriebszweig, Tourismus als Einkommensalternative, Selbstvermarktung als Chance - alles Möglichkeiten, die von der Gesellschaft gefragt sind. Es besteht ein großer Konsens darüber, daß uns der Bauer erhalten bleiben muß.

Dies ist eine große Hoffnung für die heutige Landentwicklung, aber eben nur durch einen ganzheitlichen Ansatz zu erfüllen: Landwirtschaft, Landschaft und Tourismus zum Beispiel als zu entwickelnde Elemente eines Systems.

Ein solcher Ansatz sprengt oft den Rahmen einer Gemeinde und erfordert die planerische Behandlung mehrerer benachbarter Gemeinden, die funktionell oder naturräumlich zusammengehören, also einen mehr regionalen Ansatz, wobei nicht die dafür viel zu große Region der Landesplanung gemeint ist, sondern eine wesentlich kleinere Teileinheit.

Die Landentwicklung vollzieht sich in einer Hierarchie von Systemen: Übergeordnet das Regionalsystem, dann die Subsysteme der einzelnen Gemeinden bzw. deren Ortsteile und diese wiederum - wenn nötig - unterteilt in die Systeme Dorf, Feld und Wald. Dadurch können regionale Planungen und Handlungsstrategien bis in die untere Ebene hinein, also in der eigentlichen Handlungsebene vollzogen werden.

Manche bezweifeln, daß staatliche Behörden jemals zu einem ganzheitlichen Vorgehen solcher Art fähig sein werden und schlagen deshalb vor, Entwicklungsgesellschaften für diese umfassende Aufgabe zu gründen.

Nun spreche ich eine **Hoffnung** aus: Dort wo Ämter für Landentwicklung bereits bestehen, müßte es eigentlich gelingen, sie für die ganzheitlich generalistische Aufgabe so zu aktivieren, daß sie in ihrem Dienstbezirk für **alle** interdisziplinären Landentwicklungsmaßnahmen, mit und ohne Bodenordnung, zuständig sind, d. h. daß sie flächendeckend die Entwicklung des ländlichen Raumes in ihre Gesamtverantwortung übernehmen. Das erfordert natürlich Konsens mit allen anderen Ressorts, welche die Spezialisten stellen und damit einverstanden sind, daß eine Stelle die generalistische Aufgabe übernimmt. Dabei stellen die Ämter für Landentwicklung und Flurneuordnung - der Oberbegriff steht jetzt zuerst! - nicht nur den Generalisten, sondern auch einen Teil der Spezialisten, so die für die Bodenordnung, den Wegebau, den Landerwerb, die finanzielle Abwicklung usw. Der Vollzug der Gesamtplanung muß dabei durch ein leistungsfähiges Projektmanagement ebenfalls zentral gesteuert werden.

Wenn man eine solche organisatorische Konstruktion zu Ende denkt, so stellen sich natürlich viele Fragen, zuerst einmal: Wieso sind gerade die Ämter für Landentwicklung und Flurneuordnung für die Übernahme des ganzheitlichen Planens und Handelns im ländlichen Raum prädestiniert?

Drei Antworten dazu seien herausgegriffen:

1. Diese Ämter haben die bisher größte Erfahrung mit ganzheitlichen Entwicklungsmaßnahmen, sowohl in der Planung wie auch in deren Vollzug.
2. Diese Ämter verstehen es, moderne Technik effizient einzusetzen. Systemanalyse und -steuerung brauchen umfassende Informationsgewinnung, zukünftig unter Einbeziehung aller raumbezogenen Informationssysteme, und eine speziell noch zu entwickelnde Informationsverarbeitung - das ist ohne konzentrierten Einsatz moderner DV-Technik nicht zu bewältigen.
3. Diese Ämter haben bisher großen Erfolg gehabt, private Interessen mit öffentlichen Interessen in Einklang zu bringen, und das bedeutet Bürgernähe und Erfahrung in der Konfliktbewältigung.

Voraussetzungen zur Übernahme einer ganzheitlichen Landentwicklung, also einer Gesamtverantwortung für den ländlichen Raum, sind also gegeben. Doch eines müssen wir uns bewußt sein: Diese anspruchsvolle Aufgabe ist eine ständige Herausforderung an die Entfaltung des Systemdenkens, an die Entwicklung neuer Methoden und Techniken, an die Innovationsfähigkeit und Führungs-

kraft des leitenden Personals; und das bedeutet auch eine ständig intensive Schulung und Weiterbildung. Und diese Aufgabe erfordert, im Sinne der Ganzheit, neben Wissen und Können darüber hinaus auch Leidenschaft, die Leidenschaft nämlich, für das Wohl des ländlichen Raumes mit Tatkraft und Nachdruck sich einzusetzen!

FACHBEITRÄGE

Ausgewählte historische Relikte und persistente Elemente in der Kulturlandschaft

- Mit Beispielen aus dem Südwestspessart -

von Vera Denzer, Universität Mainz

Vorbemerkung der Schriftleitung:

Die Erhaltung historisch gewachsener Landschaftsstrukturen hat sich in den letzten Jahren zu einem festen Bestandteil in der planerischen Praxis der Flurbereinigung entwickelt. Die Flurbereinigung verfügt über ein Instrumentarium, das auch zum Schutz historischer Kulturlandschaftselemente geeignet ist. Einer Untersuchung von Born (ZfKuL 1992) läßt sich entnehmen, daß "historische Kulturlandschaftselemente im ländlichen Raum heute durch Maßnahmen der Flurbereinigung in einem Umfang erhalten werden, der angesichts früherer Landschaftsausräumungen als beispielhaft bezeichnet werden kann". Bemerkenswert ist allerdings, daß diese Erhaltungsmaßnahmen nicht etwa historisch-geographischen Beweggründen entstammen, sondern daß vorwiegend ökologische und landschaftsästhetische Motivationen ausschlaggebend waren. Es könnte daher zum Verständnis der Zusammenhänge beitragen, sich anhand einiger ausgewählter Relikte und persistenter Elemente in der Kulturlandschaft - auch wenn es sich um Beispiele aus dem Südspessart handelt - mit der Betrachtungsweise der angewandten historischen Geographie vertraut zu machen. Die ausgewählten Beispiele stehen für flächenhafte Elemente (= historische Flur- und Siedlungsformen, historisches Landschaftsbild, Sondernutzungsformen, u.a.), linienhafte Elemente (= Altstraßen, linienhafte Befestigungen, Lesesteinreihen, Raine, Terrassen, Bewässerungsanlagen, Holztriften, u.a.) und punkthafte Elemente (= Bodendenkmäler, Flurkreuze, Köhlereien, Stauwehre, u.a.). Auch bei OBERHOLZER (NLKV 19, S. 3) ist die vorstehende Problematik als Optimierungsfunktion mit enthalten.

Axel Lorig

Historische Kulturlandschaftselemente in situ, eingebettet in ihre traditionelle Umgebung, sind sichtbare Zeugen der wechselvollen Geschichte eines Raumes.

Relikte früherer landwirtschaftlicher Nutzung, Elemente historischer Verkehrswege, besitzrechtliche Grenz- und Begrenzungselemente bis hin zu waldgewerblichen Überresten sind unwiederbringbare geschichtliche Informationsträger. Besonders in peripher gelegenen wirtschaftlichen Passivräumen wie dem südwestlichen Buntsandsteinspessart konnten sich Überreste verschiedener historischer Funktionsbereiche erhalten.

Im Unterschied zu **persistenten Elementen** in der Kulturlandschaft, die ihre ursprüngliche Funktion überwiegend beibehalten haben, handelt es sich bei **Relikten** um heute funktionslos gewordene Überreste historischer Elemente. Das gegenwärtige Nebeneinander von Elementen und Relikten im Gelände läßt ein ursprünglich zeitliches Nacheinander ihrer Entstehung nur selten erkennen. Beide Gruppen können landschaftsprägenden Charakter besitzen. Neben intensiver Geländestudien bedarf es zur zeitlichen Einordnung der einzelnen Objekte sowie zur Erfassung ihrer historischen Raumwirksamkeit umfassender archivalischer Forschung. Historische Karten und schriftliche Quellen können häufig den Geländebefund verifizieren.

Im folgenden werden ackerbauliche Relikte, Formen ehemaliger Wiesenbewässerung, Köhlereirelikte und punkthafte Grenzelemente vorgestellt und zwar an Beispielen aus dem Südwestspessart. Sie waren zu verschiedenen Zeiten in besonderer Weise Ausdruck eines politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Raumzustandes.

So paust das Prinzip der ehemaligen Flureinteilung der im Hochmittelalter planmäßig angelegten Waldhufendörfer im Elsa- und Dammbachtal bis heute im Gelände durch. Die einzelnen senkrecht den Hang hinaufziehenden Breitstreifen sind seitlich von Feldwegen, z.T. auch Hohlwegen, begrenzt, die mitunter von Hecken gesäumt werden (s. Abb. 1). Auch die ursprüngliche Nutzungsgliederung des Hanges ist heute noch gut sichtbar. Das obere Hangdrittel, der Kleinprivat- oder Bauernwald, weist den typisch gezackten Waldrand auf. Darin spiegelt sich die ehemals unterschiedliche Rodungsintensität der Bauern wider. So entspricht jeweils eine Zackenbreite einer Hufenbreite.

Der mittlere Hangbereich wird durch zahlreiche Isohypsenparallel, d.h. quer zum Gefälle, verlaufende Ackerraine gegliedert, die an den einzelnen Hufengrenzen versetzt weiterlaufen.

Das untere Hangdrittel war der Wiesenutzung vorbehalten, deren Relikte ebenfalls noch sichtbar sind (s. Seite 14).

Obwohl durch starke Besitzzersplitterung der einst arrondierte Hufenbesitz schon lange nicht mehr gewahrt ist, und ein Großteil der ehemaligen landwirtschaftlichen Nutzfläche in Dauergrünland überführt wurde, besitzen die ehemaligen Landnutzungsformen dennoch einen bis heute landschaftsprägenden Charakter.

So zeugen zahlreiche Ackerraine, Lesesteinhaufen und -wälle sowohl im Offenland als auch unter Wald von ehemaligem Ackerbau (s. Abb. 2). Daraus wird ersichtlich, daß die Offenland-Wald-Grenze in historischer Zeit wiederholten Veränderungen unterworfen war.

Die ortsnahe Innenfelder wurden früher durch Holzzäune vor Wildschäden geschützt. Später, ab Mitte des 18. Jahrhunderts, übernahmen bis zu 1,20 m hohe aufgesetzte Trockenmauern diese Schutzfunktion (s. Abb. 3). Sie werden allgemein als Feld- oder Wildmauern bezeichnet und schneiden quer zum Gefälle die einzelnen Hufen.

Ebenfalls in den Bereich landwirtschaftlicher Nutzung fallen die Wässerwiesen. Zahlreiche Relikte dieser intensiven Grünlandnutzung zeugen auch heute noch von ihrer raumprägenden Talgestaltung. Neben der allgemein düngenden Wirkung wurde eine Wässerung im Frühjahr zur Bodenerwärmung und im Sommer zur stetigen Anfeuchtung betrieben. Diese umfassenden Bodenmeliorationsmaßnahmen wurden durch staatliche Subventionen ab Mitte des 19. Jahrhunderts eingeleitet. Im Rahmen der Verbesserung der Agrarstruktur wurde eine bis dato noch nicht praktizierte Stallviehhaltung angestrebt. Gleichzeitig sollte mit einer gesteigerten Futtermittelproduktion langfristig die Ablösung der Waldweiderecht im Staatswald vorbereitet werden. Aufgrund der starken Besitzzersplitterung verfügten die Bauern nur über wenige kleine Nutzungspartellen. Diese mußten sie um so intensiver durch Bewässerung nutzen. Das Wasserbenutzungsgesetz aus dem Jahre 1852 schuf den rechtlichen Rahmen für eine genossenschaftliche Anlage. Im Spessart kam die Methode der Oberflächenberieselung in Form einer einfachen Hangbewässerung oder in Form einer Rückenbewässerung - jeweils in Abhängigkeit vom Relief - zur Anwendung.

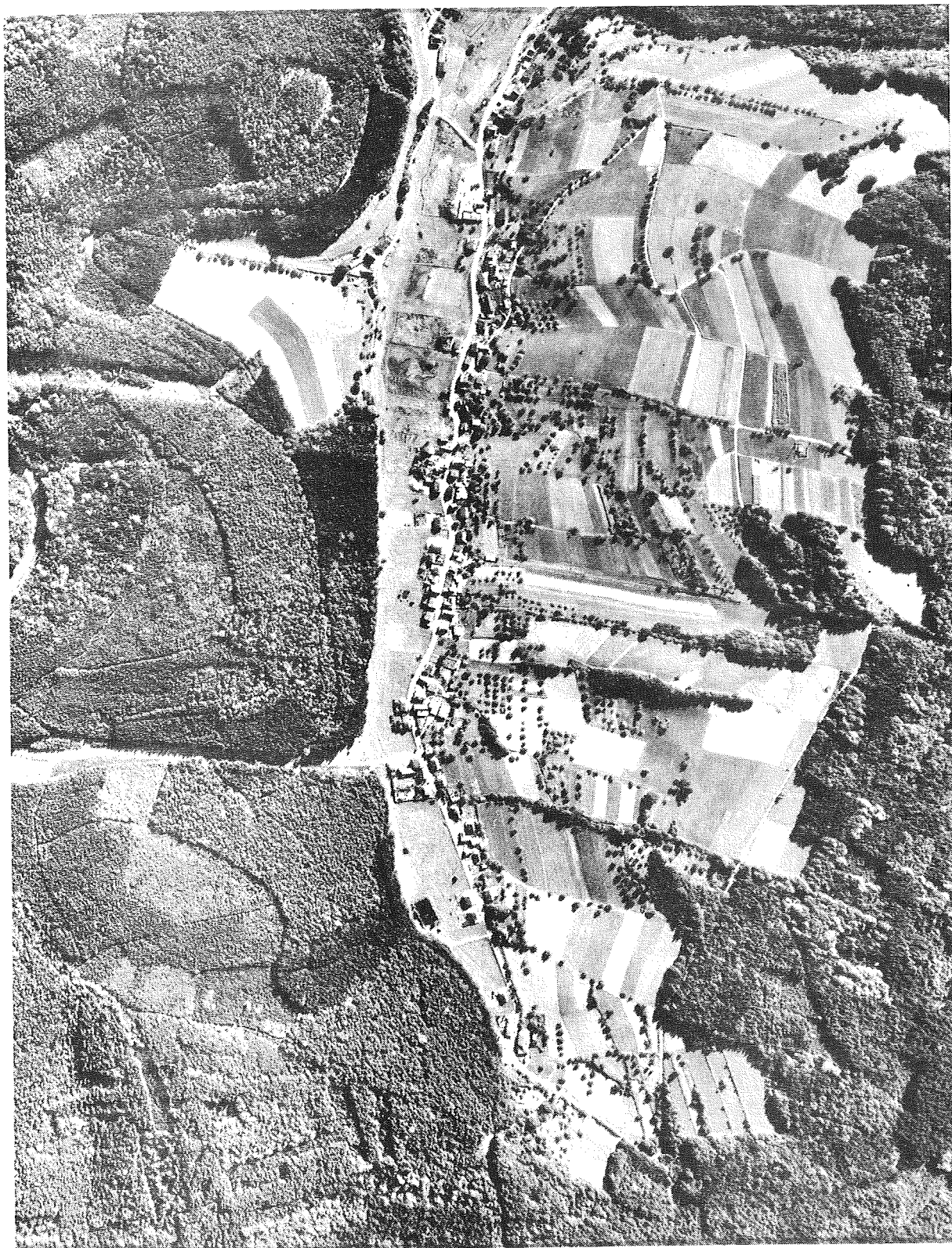


Abb. 1: Waldhufenflur - Gemarkung Wildensee - (Luftbildausschnitt, freigegeben unter Nr. 18 P 106 durch Regierungspräsidenten in Düsseldorf -, Aufnahme aus dem Landesluftbildarchiv des Freistaates Bayern; Wiedergabe genehmigt mit Nr. 10 869/86 durch das bayerische Landesvermessungsamt)

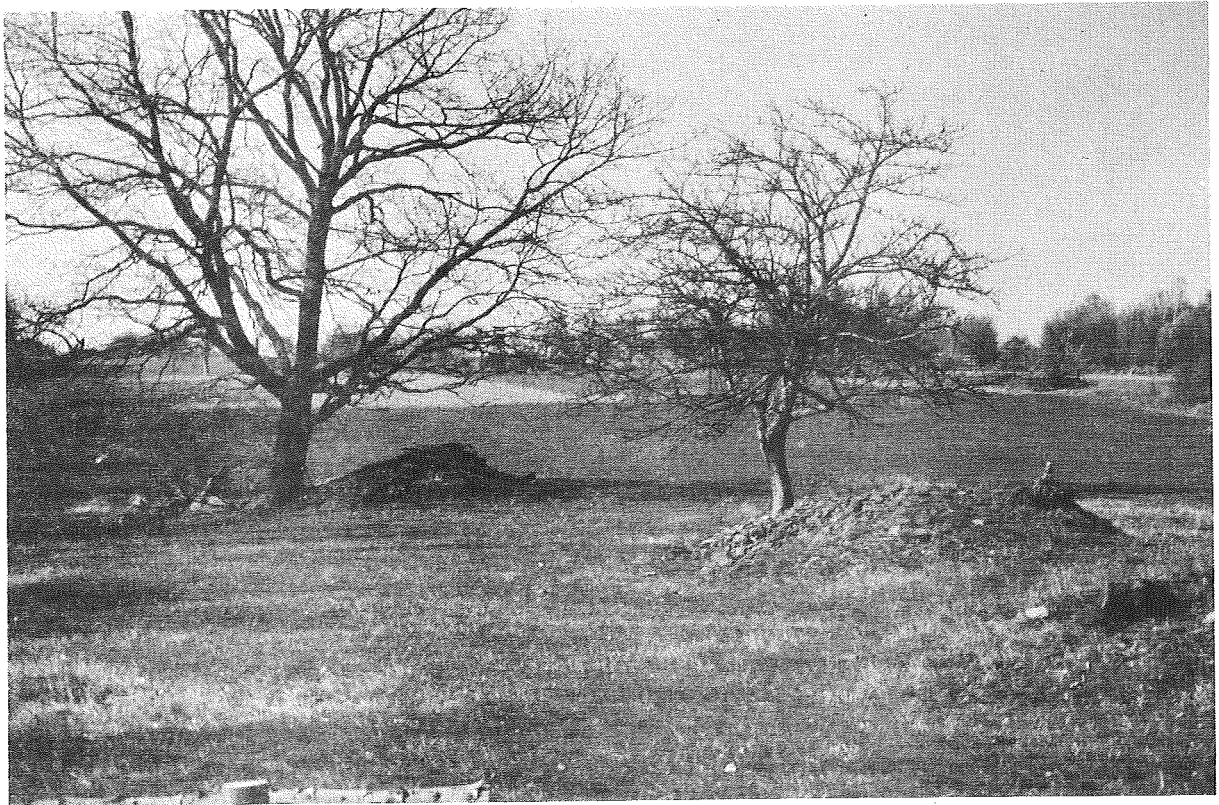


Abb. 2: Lesesteinhäufen und Lesesteinwall (rechts im Bildhintergrund) - Gemarkung Wintersbach



Abb. 3: Skizze einer aufgesetzten Trockenmauer - Gemarkung Wintersbach

SCHEMATISCHE DARSTELLUNG DER RÜCKENBEWÄSSERUNG
IM ELSAVATAL IN HEIMBUCHENTHAL (Geländebefund)

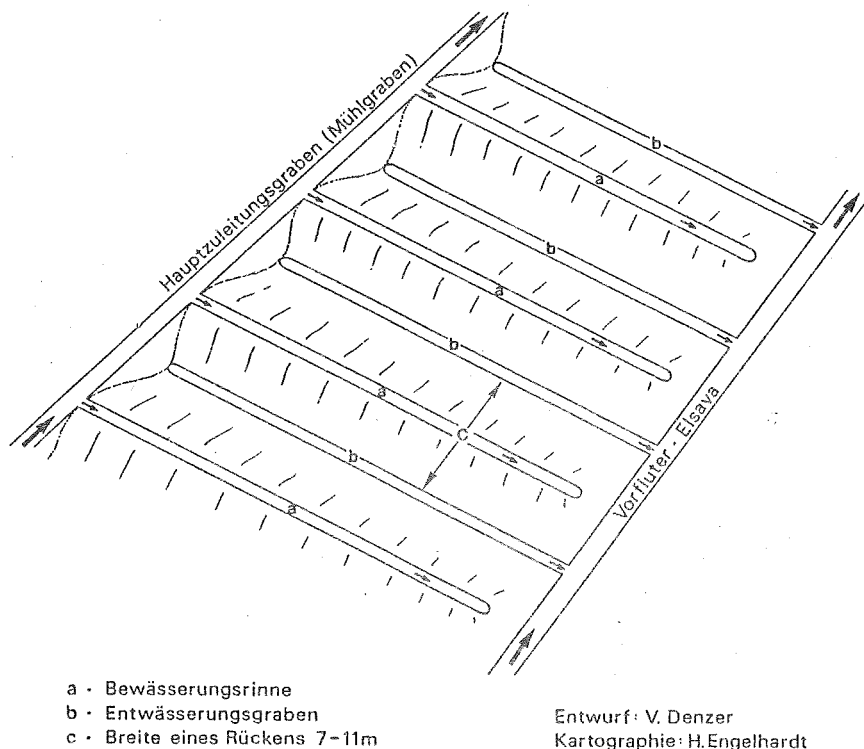


Abb. 4: Schematische Darstellung der Rückenbewässerung - Gemarkung Heimbuchenthal

Für die Anlage der Hangberieselung bedurfte es nur des Aushebens von fast hangparallel verlaufenden Be- und Entwässerungsgräben mit nur leichtem Gefälle. Die für Stauzwecke angebrachten kleinen Schleusen, die in Sandstein gehauenen Wasserschützen, wurden in den Bewässerungsgräben meist auf den Besitzgrenzen eingerichtet. Die dadurch über Hunderte von Metern bewirkte Terrassierung der Talflanken ist mit anhaltender Nutzung noch verstärkt worden. Der hohe Pflegeaufwand umfaßte nämlich auch ein regelmäßiges Säubern der Gräben von Einschlammungen etc. Das aufgehobene Material wurde stets unterhalb der talwärtigen Grabenkante aufgeworfen, so daß sich allmählich entlang der schmalen Gräben eine wegähnliche Verflachung bildete.

Für den Kunstwiesen- oder Rückenbau (s. Abb. 4) waren umfassende Erd- und Planierarbeiten erforderlich. Hierzu wurden parallel zueinander liegende 60-80 cm hohe Erdrücken aufgeworfen und dadurch ein zusätzliches künstliches Oberflächenrelief geschaffen. Die Breite der Rücken ist unterschiedlich und steht in direkter Abhängigkeit zum feuchten Untergrund. Jeder dieser Rücken besitzt entlang der Firstlinie eine vom Hauptzuleitungsgraben abgeleitete Bewässerungsrinne, die am Ende eines jeden Rückens blind endet. Die kleinen Bewässerungsrinnen haben ein etwas geringeres Gefälle als die parallel dazu am Fuß der Rücken ziehenden Entwässerungsrinnen, die das überschüssige Wasser in den Vorfluter einleiten. Im Unterschied zur Hangbewässerung tritt bei der Rückenbewässerung das gestaute Wasser über beide Grabenkanten aus.

Bereits vor der groß angelegten staatlich subventionierten und genossenschaftlich organisierten Wiesenbewässerung existierten ältere einfachere Bewässerungsformen. Die Tradition der Wiesenbewäs-

serung geht im Spessart bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts wahrscheinlich sogar bis in die Mitte des 15. Jahrhunderts zurück. Sie wurde als sogenannte "wilde Bewässerung" angesprochen und ist heute im Gelände nicht mehr sichtbar.

Die Landwirtschaft auf den kargen podsoligen Sandsteinböden konnte für eine wachsende Bevölkerung auf Dauer keine ausreichende Ernährungsgrundlage bieten. Schon früh bedurfte es in den Mittelgebirgsräumen zusätzlicher Erwerbsquellen.

So diente der Wald in historischer Zeit nicht nur der Landwirtschaft als Ergänzungsraum, sondern u.a. auch vielen Waldgewerben als Lebensgrundlage, wie z.B. der Lohe- und Pottaschegewinnung oder der Köhlerei.

Von einer ehemals intensiv betriebenen Waldköhlerei zeugen die zahlreichen, fast ausschließlich unter Wald liegenden mehr oder weniger kreisrunden Verebnungsflächen.



Abb. 5: Platzmeiler - Gemarkung Mespelbrunn

Um eine Verebnung im Hang für einen sogenannten Platzmeiler (s. Abb. 5) zu schaffen, mußte der Hang bergseitig angeschnitten werden. Das abgestochene Erdmaterial wurde talseitig als Anböschung wieder aufgeworfen, so daß eine ebene Fläche entstand. Zusätzlich wurde an der hangwärtigen Seite eine kleine Entwässerungsrinne angelegt. Sie mußte bei Regenfällen dafür sorgen, daß das Wasser um den Meiler herumgeleitet wurde. Der Meiler durfte keine "nassen Füße" bekommen.



Abb. 6: Ringmeiler - Gemarkung Wildensee

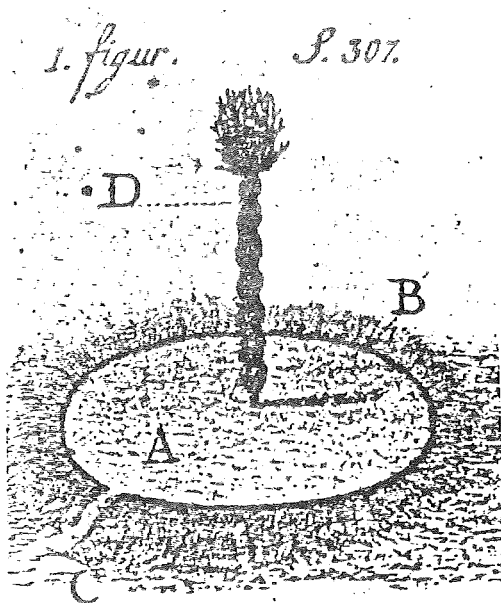


Abb. 7: Platzbereitung für einen Ringmeiler
 A = Kohlgrube; B = Wall; C = Abzugsgraben; D = Wisch
 Quelle: Jung, J.H., 1775/76

Aus dem gleichen Grund wurden in ebenem Gelände sogenannte Ringmeiler erstellt (s. Abb. 6 u. 7). Der Platz mußte eben und etwas abschüssig sein, damit das Regenwasser abgeleitet werden konnte. Der zirkelrund abgemessene Platz wurde zunächst von Gestrüpp und Unebenheiten gereinigt. Das dabei anfallende Erdmaterial wurde gleichförmig um den Platz herum in Form eines 50-100 cm hohen Ringwalles aufgeworfen. Bei lang anhaltenden Niederschlägen diente dieser Wall als Schutz vor zu starker Vernässung. Zusätzlich wurde an der tiefst gelegenen Stelle in den Wall ein Graben gehauen, damit das innerhalb des Ringes anfallende Regenwasser abfließen konnte (vgl. Jung, 1775/1776). Diesen so vorbereiteten Ringmeiler bezeichnet Jung als "Kohlgrube" (Jung, 1775/76, S. 306), was jedoch nicht mit der bekannten Form der einfachen "Grubenverkohlung" zu verwechseln ist (Johannsen, 1953, S. 97). War nun die Meilerplatte auf die eine oder andere Weise geebnet und gereinigt, konnte mit dem Aufbau des Meilers begonnen werden. Die einmal angelegten Kohlplatten wurden mehrmals benutzt, wie unter anderem eine deutliche Anhäufung von Holzkohleresten auf dem Ringwall oder der talwärtigen Böschung des Platzmeilers erkennen läßt.

Die große Zahl der oft noch sehr gut erhaltenen Kohlplatten unter Wald zeugt von einer ehemals außerordentlich umfangreichen Energiegewinnung durch Holzkohle. Im Südwestspessart wurde sie zur Versorgung der Eisenhämmer dringend benötigt.

Das erste Hammerwerk im Elsavatal erstand bereits um das Jahr 1700. Doch erst 70 Jahre später kam es zur eigentlichen Blütezeit der Hammerwerke, die vor allem Alteisen verarbeiteten. Wie bei der Wiesenbewässerung hat auch hier wieder der Staat Einfluß genommen. Private Initiativen zur Entwicklung der Industrie wurden Ende des 18. Jahrhunderts mit dem Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze staatlich unterstützt. Zur staatlichen Förderung kam jedoch das wirtschaftliche Geschick der privaten Hammerbesitzer. Die Tatsache, daß jedes Hammerwerk im Elsavatal u.a. 8-10 Köhler beschäftigte, deutet bereits auf die umfangreichen Kohlholzmengen hin, die zur Betreibung der Hämmer notwendig waren. Geköhlet wurde deshalb auch nicht nur in den hammereigenen Waldungen, sondern auch in den Bauern-, Gemeinde-, Staats- und Großprivatwäldern. Nicht immer wurde das Kohlholz in Verbindung mit Niederwaldwirtschaft gewonnen, bei zu großer Nachfrage ist auch Stammholz verkohlt worden. Dabei wurden ganze Waldareale devastiert.

Über alle Nutzungen erhaben und von großer Persistenz ist die besitzrechtliche Raumaufteilung, wie sie uns in alten Absteinungen im Gelände entgegentritt. Zum größten Teil handelt es sich bei Grenzsteinen um persistente Elemente unserer Kulturlandschaft, die überwiegend noch heute Rechtsgültigkeit haben.

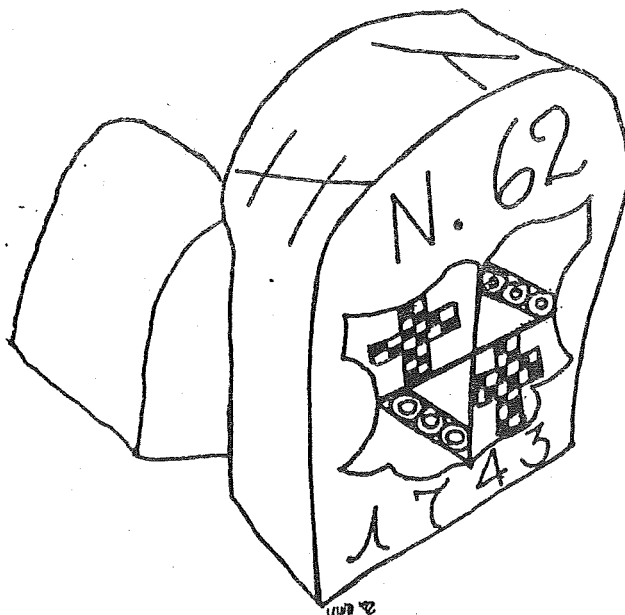


Abb. 8: Dreimärker - Gemarkung Hobbach

(Wappen der Grafen von Ingelheim; H = Gemarkung Hobbach; Buchstaben für Elchelsbacher Gemarkung nicht abgebildet)

So markiert z.B. der Dreimärker (Abb. 8) drei am Punkt seines Standortes zusammenlaufende Grenzen. Auf der jeweiligen Schauseite, der dem Betrachter zugewandten Ansicht, ist mit Hilfe von Wappen oder Buchstaben die Zugehörigkeit des Areals zu einem Adelsgeschlecht oder zu einer Dorfmarkung festgehalten. Häufig waren mit dem Recht, ein Wappen in den Grenzstein zu meißen, grundherrliche Rechte verbunden. Die Dorfmarkungen hingegen sind meist nur mit Buchstaben gekennzeichnet worden. Die Jahreszahl z.B. 1743 gibt uns das Jahr der Steinsetzung an. Die No. 62 besagt, daß es sich bei der Absteinerung der Grenze um das 62. Grenzelement handelt. Laut einer Grenzbeschreibung aus dem Jahre 1820, wo der eben genannte Grenzstein erwähnt wird, geht hervor, daß bei der fortlaufenden Numerierung auch natürliche Grenzelemente wie Lach-, Loch- oder Malbäume mit berücksichtigt werden (vgl. Gemeindearchiv Hobach, I/c/8). Bei derartigen Bäumen handelt es sich in der Regel um 200-300 jährige Eichen, an deren Stamm ein wenig Rinde abgeschält und an diese Stelle ein Kreuz und ein Loch eingekerbt wurden.

Da unmittelbar neben dem abgebildeten Dreimärker noch ein alter "rauer" Stein steht, finden wir hier zwei Grenzsteingenerationen unmittelbar nebeneinander. Dies spricht für eine gewisse Persistenz der Grenze, die übrigens auch heute noch Gültigkeit besitzt. Umfangreiche Landvermessungen und damit einhergehende Absteinerungen wurden verstärkt ab Mitte des 18. Jahrhunderts vorgenommen. Damals haben sich die im Südwestspessart ansässigen Adelsgeschlechter rechtlich sowohl gegen ihren Landesherrn Kurmainz als auch gegen ihre Untertanen abgrenzen müssen. Letztere suchten wegen zunehmenden Bevölkerungsdruckes ihre Dorfmarkungen auf Kosten des Adels zu erweitern.

Doch nicht nur ein Netz von Landes- und Gemarkungsgrenzsteinen liegt über dem Südwestspessart. Auch Gütersteine zur Markierung des Privatbesitzes der Bauern und sonstige Grenz- und Merksteine verschiedenen Aussehens wie Zent-, Trift- und Geleitsteine u.a.m. sind im Gelände noch vorhanden.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß die Kulturlandschaft des Spessarts markante historische Züge trägt. Kulturlandschaftliche Elemente und Relikte, in der Vergangenheit einmal zu bestimmten Zwecken vom Menschen eingerichtet, zeugen noch heute im Gelände von den ehemaligen Nutzungsformen. Sie sind von hohem historisch-geographischen Aussagewert und besitzen so durchaus Denkmalcharakter. Sie tragen wesentlich zum vielschichtigen Auf- und Ausbau der Landschaft bei. Sie bedingen die Unverwechselbarkeit dieser Kulturlandschaft und ermöglichen so eine Raumidentitätsfindung der Menschen. Der hohe landschaftsästhetische Wert dieser historisch gewachsenen Kulturlandschaften stellt ein endogenes Entwicklungspotential für Freizeit und Erholung dar. Zahlreiche dieser geschichtsträchtigen Kulturlandschaftselemente bieten in ihrer Komplexität vielen Klein- und Kleinstlebewesen sowie einer artenreichen Flora optimalen Lebensraum. Dies alles ist Grund genug, die historischen Kulturlandschaftselemente und -relikte einem umfassenden Kulturlandschaftsschutz mit entsprechenden Gesetzesgrundlagen zu unterstellen.

Der Begriff "Historische Kulturlandschaft", wie er im Bundesnaturschutzgesetz benutzt wird, ist vorerst noch "ein unbestimmter Rechtsbegriff wertenden Inhalts" (Hönes, 1991), dem richtungsweisende Kriterien zur möglichen und wünschenswerten Einleitung von wirksamen Schutzmaßnahmen fehlen. Es ist daher der Forderung von R. Graafen (1991) mit Nachdruck zuzustimmen, der für künftige landschaftliche Planungsvorhaben in Abgrenzung zum Natur- und Denkmalschutz eine eigene Schutzkategorie "Kulturlandschaftsschutzgebiete" mit genauen Handlungsanleitungen erwartet.

Die Erhaltung der quasi-natürlichen Elemente sollte durch irgend eine Form der Weiternutzung der entsprechenden Areale erreicht werden. Ich denke dabei z.B. an solche anthropogen geschaffene Elemente wie mit wilden Hecken bewachsene Ackerraine und Lesesteinwälle, an Lesesteinhaufen, die von Feldgehölzen eingeschlossen werden oder an Hohlwege, die mit modernen Feldgeräten heute nicht mehr befahren werden können. Ein Ausscheiden solcher Areale aus der landschaftlichen Nutzung, wie dies häufig auf ertragsarmen Standorten in Mittelgebirgslagen der Fall ist, führt häufig zu einer aus der Sicht des Kulturlandschaftsschutzes nicht wünschenswerten Verbuschung oder Wiederaufforstung. Ein Offenhalten solcher regionaltypischer Landschaftseinheiten ließe sich z.B. relativ einfach durch Beweidung und/oder Mulchen erreichen, wie dies bereits u.a. im Spessart im Rahmen staatlicher Förderprogramme praktiziert wird. Am Beispiel der Waldhufenflur könnten dadurch folgen-

de charakteristische landschaftsprägende Elemente erhalten werden: gezackter Waldrand, quer zum Gefälle verlaufende alte Ackerraine mit Hecken und Gehölzen, Lesesteinhaufen mit niedrigem Buschwerk und Hohlwege mit Hecken- und Gehölzbegrenzung.

Doch im Bereich der ehemaligen Wässerwiesenareale reichen solche "Pflegemaßnahmen zur Erhaltung" nicht aus. Durch Befahren mit Mulchgeräten und Viehvertritt werden die Be- und Entwässerungsgräben allmählich zerstört und die Wasserschlütten, wenn sie nicht gepflegt werden, zerfallen. Hier bedarf es intensiverer Schutzmaßnahmen im Sinne einer Konservierung. Neben den finanziellen Aspekten für eine regelmäßige Pflege müssen vorweg auch die besitzrechtlichen Fragen geklärt werden. Bei den Wässerwiesenkomplexen im Spessart handelt es sich häufig um Kleinstprivatbesitz, der schon früher nur genossenschaftlich bewirtschaftet werden konnte (s.o.). Die Gründung von Interessengemeinschaften oder die Überführung ausgewählter, gut erhaltener Wässerwiesenkomplexe durch entsprechende Bodenordnungsmaßnahmen in Gemeindebesitz sind notwendige Voraussetzung für eine Wiederinstandsetzung. Diese Anlagen haben als historisches Element landschaftsprägenden Charakter und können darüber hinaus als ideale Feuchtbiotope hohen ökologischen Ansprüchen genügen.

Neben einer umfassenden Unterschutzstellung, gilt es insbesondere die einheimische Bevölkerung für ihr kulturelles Erbe zu sensibilisieren. Nur mit und durch die Bevölkerung ist ein langfristiger Schutz der historischen Kulturlandschaftselemente und -relikte möglich. Eine museale Aufbereitung vor Ort - in welcher Form auch immer - könnte neben den landschaftsprägenden Elementen zahlreiche andere, weniger auffallende Klein- und Flurdenkmäler wie z.B. Bildstöcke, Grenz- und Kreuzsteine und Bodendenkmäler wie Meilerplatten, Flurwüstungen u.a.m. dem Betrachter nahebringen. Durch eine beschauliche Wegführung hin zu den Zeugen des kulturellen Erbes vor Ort kann der Besucher über seine sinnliche Wahrnehmung in den Raum und somit in die Geschichte des Raumes eingeführt werden.

Literatur

Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (1993): Flurbereinigung und Denkmalpflege, München

Bormuth, H.; Lorenz, H. (1984): Von alten Grenzen und ihrer Markierung, in: Geschichtsblätter Kreis Bergstraße, S. 51-70

Born, K.M. (1991): Maßnahmen zur Erhaltung von historischen Kulturlandschaftselementen, Göttingen (unveröffentlichte Diplomarbeit)

Brink, A.; Wöbse, H. (1989): Die Erhaltung historischer Kulturlandschaften in der Bundesrepublik Deutschland, Hannover

Denzer, V. (1991): Kulturlandschaftliche Relikte des ländlichen Raumes - ihre Inventarisierung, Bewertung und Präsentation, in: Zeitschrift für angewandte historische Geographie, Bonn, S. 127-131

Graafen, R. (1991): Der Umfang des Schutzes von historischen Kulturlandschaften in deutschen Rechtsvorschriften, in: Zeitschriften für angewandte historische Geographie, Bonn, S. 6-9

Hildebrandt, H.; Maysud, N. (1985): Siedlungsgenetisch-bodenkundliche Untersuchungen an Flurwüstungen im nördlichen Vogelsberg, in: Siedlungsforschung, Archäologie-Geschichte-Geographie, 3, S. 37-67

Hillebrecht, M.-L. (1982). Die Relikte der Holzkohlewirtschaft als Indikatoren für Waldnutzung und Waldentwicklung, Göttingen

Hönes, E. K.: (1992): Zur Schutzkategorie historische Kulturlandschaft, in: Natur und Landschaft, H. 2, S. 7-90

Johannsen, O. (1953): Geschichte des Eisens, Düsseldorf

Jung, J.H. (1775/76): Beschreibung der Nassau-Siegenschen Methode Kohle zu brennen, in: Bemerkungen der kuhrpfälzischen physikalisch-ökonomischen Gesellschaft, Lautern, S. 257-371

Kauder, B. (1992): Relikte der Waldköhlerei im Winkelhofer Forst bei Ebrach, in: Heimat Bamberger Land, 4, S. 23-28

Fotos: B. Heuser-Hildebrandt S. 18 (Abb. 6); V. Denzer S. 15 u. 17 (Abb. 2 u. 5)

Zur Handhabe von Wiederbepflanzungsrechten in der Flurbereinigung

von Vermessungsreferendar Peter Wenzel, Mayen

1. Einleitung

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der Handhabe von Wiederbepflanzungsrechten allgemein und evtl. Problemen bei der Flurbereinigung. Vor deren Behandlung soll zunächst auf die rechtlichen Grundlagen zur Wiederbepflanzung in Abgrenzung zur Neuanpflanzung eingegangen werden. Die Probleme, die im Rahmen von agrarischen Bodenordnungsverfahren im Zusammenhang mit derartigen Rechten auftreten können, sind sicher vielschichtig und können nur exemplarisch aufgezeigt werden.

2. Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen ergeben sich aus einer EG-Verordnung, dem Weinwirtschaftsgesetz und seinen Durchführungsverordnungen sowie verschiedenen Verwaltungsvorschriften u.a. zur sog. Anbauregelung.

3. Regelungsinhalte zur Wiederbepflanzung

Die Europäische Gemeinschaft hat zur Verringerung des gemeinschaftlichen Weinpotentials die Verordnung 822/87 über die gemeinsame Marktorganisation von Wein (16.3.1987) erlassen.

Hierin ist neben der Wiederbepflanzung u. a. auch die Neuanpflanzung von Reben geregelt. Zur mengen- und qualitätsmäßigen Kontrolle der Erzeugung ist ferner eine Klassifizierung auch der potentiellen Rebflächen in Weinbauzonen (je auch natürlichem Alkoholgehalt) und die Kategorien (je nach natürlichen Gegebenheiten, so z. B. Bodenbeschaffenheit oder Klima) zur Abgrenzung der weinbaueigneten Flächen vorzunehmen. Diese Klassifizierungen sind auch bei der Übertragung von Wiederbepflanzungsrechten zu beachten.

Was die Neuanpflanzung angeht, so ist diese mit wenigen Ausnahmen (so z. B. für Flächen, die in der Flurbereinigung dafür vorgesehen sind; Begriff der Zuschnittsflächen) bis zum 31. Aug. 1996 untersagt (Anbaustopp).

Die Wiederbepflanzung ist in Art. 7 der EWG-Verordnung geregelt; danach ist die Wiederbepflanzung nur zulässig, wenn eine natürliche oder juristische Person ... das Recht auf Wiederbepflanzung besitzt. Dieses Recht entsteht mit der Abgabe der ordnungsgemäßen Rodungsmeldung bis zum 31. Mai eines Jahres und besteht acht Wirtschaftsjahre nach dem Jahr der Abgabe dieser Meldung (diese Fläche wird als Weinbergsbrache bezeichnet); das Recht besagt, während dieser Frist auf einer Fläche, die der gerodeten Fläche gleichwertig ist, Reben anzupflanzen. Unter Rodung ist dabei die vollständige Beseitigung der Rebstöcke, die sich auf einem mit Reben bepflanzten Grundstück befinden, zu verstehen.

Das Recht erlischt, wenn die sog. Rodungsprämie gewährt wurde, für die sich der Eigentümer zur endgültigen Aufgabe der Nutzung der gerodeten Fläche als Rebfläche bereiterklärt hat; ferner geht es auch durch Fristablauf verloren.

Das Recht darf innerhalb desselben Betriebes ausgeübt werden, die Mitgliedsstaaten können allerdings bestimmen, daß dieses Recht nur auf den gerodeten Flächen ausgeübt wird, was auch im ursprünglichen Weinwirtschaftsgesetz von 1980 so vorgesehen wurde.

Ferner regelt der Art. 7 die Möglichkeiten der Übertragung des Rechts auf Flächen anderer Betriebe, die z. B. zur Erzeugung von QbA-Weinen geeignet sind.

Wird das Recht auf einer anderen als der gerodeten Fläche ausgeübt, so muß diese der gerodeten gleichwertig sein oder eine höhere Kategorie besitzen, d. h. es muß mindestens die gleiche weinbauliche Eignung aufweisen.

Zuletzt wird bestimmt, daß zur Ausübung dieses Rechts nur Rebsorten aus dem von der EG erstellten Rebsortenverzeichnis verwendet werden dürfen.

Das zur Umsetzung der EG-Verordnung verabschiedete Weinwirtschaftsgesetz (vom 19. Okt. 1990) beinhaltet Regelungen zur Wiederbe- und Neuanpflanzung. Dies greift diesbezüglich die Inhalte der EG-Verordnung wieder auf und enthält auch wieder allgemeine Aussagen u. a. zur Anbaueignung von Flurstücken. Diese besteht, wenn zu erwarten ist, daß auf dem Grundstück im 10jährigen Durchschnitt die gesetzlich festgelegten Mindestmostgewichte erreicht werden. Außerdem spielen dabei auch Bodenbeschaffenheit, Exposition, Frostgefährdung etc. eine Rolle.

Mit dem neuen WWG kann das Wiederbepflanzungsrecht auch auf andere als nur auf gerodete Flächen, so z. B. auf landwirtschaftliche Nutzfläche übertragen werden, was auch in der am 20.04.1991 in Kraft getretenen Durchführungsverordnung zum WWG von Rheinland-Pfalz zum Ausdruck kommt.

Danach ist eine Übertragung möglich, wenn die Fläche zur Erzeugung von QbA-Weinen i.S.v. § 5 des WWG geeignet ist und ein unmittelbarer räumlicher Zusammenhang mit zulässigerweise mit Reben bepflanzten oder vorübergehend nicht bepflanzten Flächen besteht.

Ausgeschlossen ist die Übertragung auf frostgefährdete Flächen und von Steillagen- auf Flachlagenflächen.

Es sei noch angemerkt, daß die Prüfung der Anbaueignung der Flurstücke im Mayener Kulturamtsbezirk dem beim Weinbauamt Koblenz (Landwirtschaftskammer) gebildeten Sachverständigenausschuß obliegt. Die zur Erzeugung von QbA-Weinen geeigneten Flächen werden im sog. Rebflächenverzeichnis erfaßt, das bei der Landwirtschaftskammer eingerichtet ist.

Ergänzend zur o.g. LVO existieren zwei Verwaltungsvorschriften, welche sich näher mit der Durchführung der sog. Anbauregelung des WWG - § 3 Wiederbepflanzungen und § 4 Neuanpflanzungen - auch im Rahmen von Flurbereinigungen befassen. Unabhängig von der Flurbereinigung sind Neuanpflanzungen melde- und genehmigungspflichtig, während die Rodung und die Wiederbepflanzung nur meldepflichtig sind.

Die Übertragung des Wiederbepflanzungsrechtes auf ein anderes als das gerodete Flurstück, an welches das Recht gebunden ist, muß beantragt werden. Die Genehmigung wird durch die Bezirksregierung erteilt, nachdem der Reblauskommissar die ordnungsgemäße Rodung überprüft und die Hangneigung festgestellt hat und die Kammer über die Anbaueignung befunden hat.

Erst nach Erteilung der Genehmigung darf wiederbepflanzt werden. Die Genehmigung erlischt acht Jahre nach der ordnungsgemäß gemeldeten Rodung.

Im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren sind die genannten Vorschriften ergänzend zu beachten. Es soll nun dargelegt werden, welche Möglichkeiten die Flurbereinigungsbehörde bei der Handhabung von Neu- bzw. Wiederbepflanzungen hat und inwieweit Konfliktsituationen geschaffen werden.

4. Flurbereinigung und Zuteilung

Inwiefern mit der Anbauregelung nach WWG im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren umzugehen ist, regelt klar die VV vom 27.06.1983.

Auf Anfrage der Kulturämter teilt der Reblauskommissar die grundlegende weinbauliche Zielsetzung mit, die den Kulturämtern als Entscheidungshilfe (im Rahmen der AVP) für die Abgrenzung des Gebietes dient. Nach Einleitung des Verfahrens werden im Benehmen mit den verschiedenen Stellen (Kammer, Reblauskommissar, Gemeinde, TG-Vorstand, Vorstand der Aufbaugemeinschaft etc.) Grundsätze für die zweckmäßige Neugestaltung der (für den Wiederaufbau) vorgesehenen Rebflächen erörtert, die im Wege- und Gewässerplan als Gerüst der gesamten Planung Niederschlag finden. Wegen der topographischen Verhältnisse müssen i.d.R. Zu- und Abschnitte zur sinnvollen Begrenzung der Flächen vorgenommen werden, wobei die Zuschnittsflächen die o. g. Anbaueignung nach Weinwirtschaftsgesetz aufweisen müssen, die ja durch den Sachverständigenausschuß festgestellt wird.

Zu beachten ist, daß durch diese Anpassungen keine Rebflächenerweiterung vorgenommen wird! Nach einem OVG-Urteil können die Kulturämter von sich aus keine Rebflächenerweiterungen vornehmen.

Die endgültige Festlegung der neuen Wege und neuen Rebflächengrenzen erfolgt in einem Ortstermin.

Bei der Neuzuteilung wird man nicht umhinkommen, auch Flächen behandeln zu müssen, die mit einem Recht auf Wiederbepflanzung versehen sind. Das FlurbG sieht im § 37 vor, daß die Flurbereinigungsbehörde ermächtigt ist, die rechtlichen Verhältnisse zu ordnen, um dem Zweck einer Flurbereinigung gerecht zu werden. Und darüber hinaus ist dem § 58 zu entnehmen, daß durch den Flurbereinigungsplan die sonstigen Rechtsverhältnisse zu regeln sind.

Es besteht allerdings der Grundsatz, so das MLWF, daß die Flurbereinigungsbehörde keine Genehmigung i.S.d. WWG erteilen kann. Was die Neuanpflanzungsgenehmigung angeht, so vgl. OVG-Urteil 1981; der Fall der Genehmigung der Übertragung von Wiederbepflanzungsrechten scheint mir ähnlich gelagert. Dies geht zumindest auch aus einer Stellungnahme des Ministeriums hervor, nach der durch den Flurbereinigungsplan keine Rechte auf Wiederbepflanzung übertragen werden können. Der neue Grundstückseigentümer, dem das Grundstück nicht als "WG" zugeteilt werden kann, muß den entsprechenden Antrag stellen.

Keine rechtlichen Bedenken gibt es bei der Zuteilung von Flächen mit diesen Rechten an anderer Stelle des Flurbereinigungsgebietes, sofern nicht gegen die Bestimmungen der EG, des Weinwirtschaftsgesetzes und seiner Durchführungsverordnungen verstoßen wird, so ist z.B., zur Erinnerung nur auf Rebflächen gleicher oder höherer Kategorie und nicht von der Steil- auf die Flachlage zu übertragen.

5. Ergänzungen und Probleme

Im Anschluß an diese Erläuterungen sollen noch einige Beispiele und Ansatzpunkte für eine Erörterung aufgeführt werden:

Bsp. 1: Vor Einleitung der Flurbereinigung nach § 4 FlurbG wird eine Übertragung des Rechtes auf eine LN beantragt, ob aus Gründen eines höheren erzielbaren Verkehrswertes nach der Flurbereinigung sei dahingestellt. Aus dem Gesagten ergibt sich, daß dem prinzipiell stattgegeben werden kann.

Bsp. 2: Nach Einleitung des Verfahrens unterliegt die Genehmigung dem Zustimmungsvorbehalt des Kulturamtes. Probleme sehe ich derzeit in der Bewertung; aus LN wird WG. Zuteilung mit Land von gleichem Wert?

Am Wiederbepflanzungsrecht ist auch interessant, daß man direkt Kosten sparen kann, wenn man die Übertragung des Rechtes für ein Flurstück beantragt, da diese Genehmigung 8,- DM/a im Unterschied zur Neuanpflanzungsgenehmigung mit 18,- DM/a kostet.

Desweiteren ist das Interesse der Winzer an Fläche mit diesen Rechten für Neuanpflanzungsflächen groß, da diese in die Bezugsreblfläche einfließt, die für die Berechnung der Hektarerträge herangezogen wird. Dies gilt nach der 5. LVO zur Durchführung des Weingesetzes vom 7. Aug. 1989 nur für die Weinbaugebiete Rheinhessen und Rheinpfalz, in denen sich der zulässige Hektarertrag auf die Betriebsreblfläche bezieht, zu denen auch die vorübergehend nicht bestockten Reblflächen zählen.

Zuletzt begründet es den Anspruch auf Zuteilung von WG.

Die Handhabung der Wiederbepflanzungsrechte in der Flurbereinigung war schon Gegenstand umfangreicher Erörterungen; es sollen aber nur noch drei Gedanken aufgegriffen werden:

Es bestand die Frage, ob für den einzelnen Teilnehmer das Recht prozentual durch den Landabzug für Wege, Gewässer und ökologische Flächen reduziert wird. Dazu meint das MLWF, daß das eingebrachte Recht auf Wiederanpflanzung durch das Abfindungsverfahren zum neuen Recht auf Wiederbepflanzung wird. Die Sozialbindung des Eigentums ist - was die Verminderung der Eigentumsfläche im Zuge der Flurbereinigung angeht - auf die Inhaberschaft eines Rechtes anwendbar.

Der zweite Gedanke betrifft die Bildung eines "Rechtepools" für nicht genutzte Rechte. Was dies betrifft, so wird auch hier betont, daß das Recht durch die Abfindung auf den Umfang der neuen Fläche gebracht wird. Die mit Unanfechtbarkeit des Plans bestandskräftig gewordenen Landespflegeflächen verlieren das Recht auf Wiederbepflanzung. Die vorhandenen Rechte gehen entsprechend einem Sollanspruch auf die neuen Flächen über.

Der letzte Punkt behandelt den Vorschlag, Reblflächen im Rahmen der Flurbereinigung dem Rodungsprogramm zugänglich zu machen, um später durch den Flurbereinigungsplan die Rechte auf Wiederbepflanzung auf die qualitativ besten Lagen zu erstrecken. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt, wohl nur, weil nach derzeitiger Rechtsauffassung der Plan keine Genehmigung auf Rechtsübertragung ersetzt.

Das Problem wird bis zu seiner Lösung durch die Rechtsprechung die fehlende materiell-rechtliche Abgleichung von Flurbereinigungsrecht mit den Regelungen des Weinwirtschaftsrechtes bleiben.

6. Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag sollte versuchen, die Handhabung von Wiederbepflanzungsrechten in der Flurbereinigung zu erläutern und damit zusammenhängende Probleme aufzuzeigen. Prinzipiell ist eine Neuübertragung durch den Flurbereinigungsplan nicht möglich, für die Genehmigung bedarf es

nach wie vor der Beantragung bei der Bezirksregierung; wohl aber ist die Zuteilung von Flächen mit diesen Rechten an anderer Stelle des Flurbereinigungsgebietes möglich unter der Voraussetzung gleicher weinbaulicher Eignung der Zielfläche.

Eventuellen Problemen, die im Laufe des Verfahrens denkbar wären, sei es hinsichtlich Bewertung oder Zuteilung, dürfte mit dem Instrument des Zustimmungsvorbehaltes nach § 34 FlurbG zu begegnen sein.

7. Literatur und Quellen

- EWG-Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation von Wein vom 16.3.87
- Seehusen/Schwede: Flurbereinigungsgesetz, Kommentar, 5. Aufl. 1991
- Weinwirtschaftsgesetz vom 19.10.1990
- Weingesetz vom 27.8.1982
- 5. LVO zur Durchf. des WG vom 7.8.1989
- LVO zur Durchf. des WWG vom 21.3.1991
- VV zur Durchf. der Anbauregelung nach dem WWG vom 14.4.1981
- VV zur Durchf. der Anbauregelung nach dem WWG; hier: Verf. nach dem FlurbG vom 27.6.1983
- VV-FördFlurb vom 14.10.1988
- Zillien: Weinwirtschaftliche Anbauregelung in Rh-Pf; RdL '83 und: Weinbauregelung in der Flurbereinigung von Rh-Pf; RdL '84
- Dr. Münzing: Brachgefallene Rebflächen aus weinbaulicher Sicht; Schriftenreihe der Landwirtschaftskammer Bad Kreuznach, Heft 39, 1987
- Jörgen: Recht auf Wiederbepflanzung ist übertragbar; Bad. Winzer '92

Zur Lage der Landeskulturverwaltung

- Situationsbericht - *)

von Ministerialdirigent Felix Zillien, Mainz

1. Vorbemerkung

Ich danke für die Einladung zur Jahresmitgliederversammlung und für die Begrüßung durch Herrn Vorsitzenden Senftleben. Ich bin gerne dem Wunsch, einen Bericht zur Lage der Landeskulturverwaltung abzugeben, nachgekommen. Zu diesem Thema ließe sich so viel vortragen, daß der für ein Referat üblicherweise eingeräumte Zeitrahmen gesprengt würde. Ich möchte mich daher auf einige mir besonders wichtig erscheinende Bereiche beschränken. Dabei will ich einleitend kurz auf die derzeitige sehr schwierige Situation der Landwirtschaft eingehen, weil unsere Verwaltung vor dem Hintergrund ihrer Aufgabenstellung mit der Landwirtschaft eng verbunden ist und wir demzufolge unsere Tätigkeit nicht isoliert davon betrachten dürfen.

*) Vortrag anläßlich der Jahresmitgliederversammlung der Landesvereinigung der Verwaltungsbeamten und -angestellten der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz am 9. Oktober 1992 in Halsenbach-Ehr von Ministerialdirigent Felix Zillien

2. Agrarpolitische Rahmenbedingungen

Die Politik für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum befindet sich gegenwärtig in einer sehr schwierigen Phase, sowohl in bezug auf die Agrarstruktur als auch auf die Produktionstechnik. Die Folgewirkungen auf die künftige Flächennutzung und die Entwicklung ländlicher Räume, sind derzeit nur schwer abschätzbar. Die Rahmenbedingungen werden im wesentlichen gebildet von

- der EG-Agrarreform Mitte dieses Jahres und den anhängigen GATT-Verhandlungen
- der deutschen Wiedervereinigung vom 3. Oktober 1990 und dem daraus für die Landwirtschaft resultierenden Anpassungsprozeß der unterschiedlichen Agrarstrukturen sowie
- der Vollendung des EG-Binnenmarktes, die zum 31. Dezember 1992 erreicht sein wird.

Diese drei Ereigniskomplexe verändern nicht nur die agrarpolitischen Rahmenbedingungen. Sie sind zugleich von großer Bedeutung für die Landeskulturverwaltung und werden nach meiner Einschätzung auch zu einer Neuorientierung der Aufgabenfelder der Landeskulturverwaltung führen.

Wesentliche Anhaltspunkte im Rahmen dieser Neuorientierung werden der Verlauf und das Ergebnis der z.Zt. anhängigen Diskussion um den Begriff der Agrarstruktur und die damit in engem Zusammenhang stehende, ebenfalls z.Zt. anhängige Reformdiskussion um die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" sein. Nach Auffassung der zuständigen Fachexperten im BML, die auch auf der Sitzung der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft der Flurbereinigung (ArgeFlurb) vom 21. bis 23. September 1992 in Celle bestätigt wurde, wird die bisherige Definition der Agrarstruktur als das Verhältnis zwischen den im Agrarbereich eingesetzten Produktionsfaktoren - vor allem Boden, Arbeit und Kapital - den Gegebenheiten nicht mehr gerecht. Die zukunftsorientierte Agrarstruktur muß auch Art und Gestaltung der Landschaftselemente und der Elemente der natürlichen und kulturellen Umwelt in ländlichen Räumen umfassen, soweit diese durch die Landwirtschaft wesentlich mitbestimmt werden.

Bedingt durch den Wettbewerbsdruck von seiten der Agrarstruktur in den neuen Bundesländern einerseits und den Anforderungen von seiten des EG-Binnenmarktes andererseits sowie durch die "flankierenden Maßnahmen" der EG-Agrarreform zeichnen sich zwei Leitlinien für die Landeskulturverwaltung ab, die auf eine "duale Agrarstruktur" hinauslaufen.

Der eine Entwicklungspfad verläuft in Richtung Stärkung der Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen. Dies wird eines der zentralen agrarstrukturpolitischen Ziele der Zukunft sein. Die andere Entwicklungsschiene, die in enger Verbindung mit der vorerwähnten Linie steht, ist die "Ökologisierung der ländlichen Infrastruktur", die in eine Vernetzungsstrategie von Maßnahmen der umweltschonenden Landbewirtschaftung, der "Ökomaßnahmen" der Landespflegeverwaltung sowie der ländlichen Bodenordnung eingebunden ist.

Für die Tätigkeit der Landeskulturverwaltung sind dabei nach meiner Einschätzung folgende Entwicklungstendenzen von Bedeutung:

- gravierende Änderungen in der Flächenbewirtschaftung
- steigende Bedeutung der "Vertragslandwirtschaft"
- zunehmende Umwandlung von Ackerflächen in Grünland
- etwa 15 % Stilllegung von Ackerflächen
- außergewöhnliche Beschleunigung des Strukturwandels mit tiefen Einschnitten in die klein- und mittelbäuerlichen Strukturen
- große Änderungen in der Besitzstruktur
- weiter steigender Pachtlandanteil und
- insgesamt weitere Differenzierung der ländlichen Räume.

Nicht zuletzt für die von Natur benachteiligten Gebiete mit ungünstigen Produktionsfaktoren stellt sich die grundlegende Frage, ob und von wem dort eine von der Landwirtschaft geprägte Kulturlandschaft erhalten und auf Dauer gesichert wird.

Wie sind vor dem aufgezeigten Hintergrund unsere derzeitigen Aufgabenstellungen zu sehen?

3. Anhängige Bodenordnungsverfahren in Rheinland-Pfalz (Stand 01.01.1992)

Insgesamt sind derzeit 459 Verfahren mit 176.426 ha Verfahrenfläche, davon 13.460 ha Rebland anhängig. Davon sind 190 Verfahren mit 63.261 ha, davon 7.707 ha Rebland, vor Besitzübergang. Demgegenüber sind 269 Verfahren mit 113.165 ha, davon 6.453 ha Rebland, nach Besitzübergang.

Das bedeutet, daß im Landesdurchschnitt nur 36 % der anhängigen Verfahrensfläche vor Besitzübergang, aber 64 % der Verfahrensfläche nach Besitzübergang sind. Günstiger sieht es beim Rebland aus, weil sich von der Bearbeitungsfläche rd. 52 % vor dem Besitzübergang befinden und 48 % nach Besitzübergang.

Das Verhältnis der Verfahrensfläche vor Besitzübergang einerseits und nach Besitzübergang andererseits ist demzufolge landesweit unausgewogen. Es muß das Ziel sein, ein landesweit ausgewogeneres Verhältnis mittelfristig zu schaffen.

3.1 Regionale Verteilung:

- Im Regierungsbezirk Koblenz sind derzeit 143 Verfahren mit 7.843 ha, davon 2.094 ha Rebland in Bearbeitung. Von diesen 143 Verfahren sind 50 Verfahren mit 17.069 ha, davon 715 ha Rebland vor Besitzübergang und 93 Verfahren mit 50.774 ha, davon 1.379 ha Rebland nach Besitzübergang. Der Anteil der Verfahrensfläche, der sich vor dem Besitzübergang befindet, macht demzufolge im Regierungsbezirk Koblenz lediglich 25 % aus, während sich 75 % der Verfahrensfläche nach dem Besitzübergang befindet.
- Im Regierungsbezirk Trier sind derzeit 99 Verfahren mit einer Verfahrensfläche von 67.868 ha, davon 2.241 ha Rebfläche anhängig. Von diesen Verfahren befinden sich 45 mit einer Verfahrensfläche von 29.213 ha, davon 560 ha Rebland, vor dem Besitzübergang, während 54 Verfahren mit einer Fläche von 38.655 ha, davon 1.681 ha nach dem Besitzübergang sind. Im Vergleich zum Regierungsbezirk Koblenz ist das Verhältnis der Verfahrensfläche vor Besitzübergang einerseits und nach Besitzübergang andererseits mit 43 % bzw. 57 % günstiger.
- Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz sind z.Zt. insgesamt 217 Verfahren mit einer Fläche von 40.715 ha, davon 9.125 ha Rebfläche, anhängig. Von den 217 Verfahren befinden sich 95 Verfahren mit 16.979 ha, davon 5.732 ha Rebland, vor dem Besitzübergang, während 122 Verfahren mit 23.736 ha, davon 3.393 ha Rebfläche, nach dem Besitzübergang sind. Das Verhältnis der Verfahrensfläche vor bzw. nach Besitzübergang ist ähnlich wie im Regierungsbezirk Trier, nämlich 42 % bzw. 58 %. Bemerkenswert dabei ist es, daß sich im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz von der Rebfläche 63 % vor Besitzübergang und nur 37 % nach Besitzübergang befinden.

3.2 Folgerungen:

Sofern die These zutreffend ist, daß die ländliche Bodenordnung ein wichtiges Instrument zur Unterstützung und Begleitung des schnellen Strukturwandels in der Landwirtschaft sei, könnte aus den wenigen statistischen Zahlen gefolgert werden, daß sich in Rheinland-Pfalz insgesamt zu wenige Bodenordnungsverfahren vor und zu viele Verfahren nach dem Besitzübergang befinden; denn nur bei 36 % der anhängigen Verfahrensfläche kann die Landeskulturverwaltung derzeit noch neuordnend mitwir-

ken, während sich 64 % in der Abwicklung im Sinne von Grundbuch- bzw. Katasterberichtigungen sowie Schlußfeststellungen befinden.

Aus Zeitgründen kann ich hier nicht die Gegebenheiten bei den einzelnen Kulturämtern aufzeigen, sondern ich muß mich auf die genannten Durchschnittszahlen mit ihren lediglich trendanzeigenden Aussagen beschränken, die die Folgerung aufzeigen, alle Möglichkeiten der Einleitung neuer Bodenordnungsverfahren und -maßnahmen im Rahmen der Arbeitsplanungen voll zu nützen, um den Strukturwandel unterstützend zu begleiten.

3.3 Arbeitsergebnisse 1990 - 1992:

- Im Jahre 1992 sind nach der Arbeitsplanung 37 Verfahren mit 9.537 ha, davon 778 ha Rebland zur Einleitung vorgesehen. Demgegenüber betrugen die Vergleichszahlen im Jahre 1991 11 Verfahren mit 4.475 ha, davon 130 ha Rebland und 1990 waren es 20 Verfahren mit 4.881 ha, davon 578 ha Rebland. Im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Jahren sieht die Arbeitsplanung des Jahres 1992 demzufolge eine höhere Anzahl an Verfahren mit entsprechend größerer Verfahrensfläche für die Neueinleitung vor.
- Beim Besitzübergang werden nach der Arbeitsplanung im Jahre 1992 voraussichtlich 32 Verfahren mit 10.968 ha, davon 582 ha Rebland, erwartet. Die Vergleichszahlen der beiden vorangegangenen Jahre waren folgende: Im Jahre 1990 kamen 43 Verfahren mit 13.516 ha, davon 707 ha Rebfläche, zum Besitzübergang und im Jahre 1991 waren es 22 Verfahren mit lediglich 3.736 ha, davon 355 ha Rebland.
- Bei der Grundbuchberichtigung sieht die Arbeitsplanung für das Jahr 1992 vor, daß 43 Verfahren mit 14.933 ha, davon 729 ha Rebfläche, zur Grundbuchberichtigung kommen werden. Die Vergleichszahlen der beiden vorangegangenen Jahre waren folgende: 1990 kamen 32 Verfahren mit 10.386 ha, davon 453 ha Rebfläche, zur Grundbuchberichtigung und im Jahre 1991 waren es 34 Verfahren mit 18.002 ha, davon 717 ha Rebfläche.
- Für die Katasterberichtigung sind nach der Arbeitsplanung im Jahre 1992 insgesamt 54 Verfahren mit 18.772 ha, davon 1.636 ha Rebfläche vorgesehen. Im Jahre 1990 kamen 37 Verfahren mit 17.083 ha, davon 566 ha Rebfläche zur Katasterberichtigung und im Jahre 1991 waren es 39 Verfahren mit 14.168 ha, davon 910 ha Rebfläche.
- Für die Schlußfeststellung sieht die Arbeitsplanung 1992 insgesamt 67 Verfahren mit 28.577 ha, davon 1.688 ha Rebfläche vor. Im Jahre 1990 kamen 39 Verfahren mit 18.388 ha, davon 797 Rebfläche und im Jahre 1991 31 Verfahren mit 10.900 ha, davon 1.171 ha Rebfläche, zur Schlußfeststellung.

Sofern die Arbeitsplanung 1992 tatsächlich verwirklicht werden kann, kommen wir der mit der landesweiten Arbeitsplanung angestrebten Zielsetzung des Abbaues älterer Verfahren und der langsam ansteigenden Neueinleitung von Verfahren einen Schritt näher. Im übrigen gelten die Grundsätze des Arbeitsprogramms "Landentwicklung 1990/94" - wie sie im Ministerialblatt zu Beginn des Jahres 1991 veröffentlicht wurden - weiter. Sie erfahren für den Anschlußzeitraum 1995/99 eine Fortschreibung, wie am 09.07.1992 bei der Amtsleitertagung in Mainz in Anwesenheit von Herrn Minister Schneider besprochen worden ist.

4. Einzelbetriebliche Förderung

Wie sieht es bei der einzelbetrieblichen Investitionsförderung und ländlichen Siedlung als ebenfalls landentwickelnde Maßnahme aus? Die betreuungspflichtigen investiven Maßnahmen gewinnen angesichts der aufgezeigten Rahmenbedingungen zunehmend an Bedeutung. Während im Jahre 1991 landesweit 89 betreuungspflichtige einzelbetriebliche Fördermaßnahmen mit einem Mittelvolumen

von 10,2 Mio DM öffentlichen Darlehen und Zuschüssen durchgeführt wurden, rechnen wir im Jahre 1992 mit einem Anstieg um knapp 50 v.H. d.h mit 131 betreuungspflichtigen Förderfällen und einem Mittelbedarf von 13,4 Mio DM.

Der Schwerpunkt der Förderung liegt dabei nach wie vor im Regierungsbezirk Trier.

Landesweit ergibt sich für die Jahre 1991 und 1992 folgende Statistik:

Regierungsbezirk Trier:

1991: 45 Maßnahmen mit 4,8 Mio DM öffentlichen Mitteln

1992: 63 Maßnahmen mit rd. 7,0 Mio DM öffentlichen Mitteln

Gemessen am gesamten Fördervolumen entsprechen die für 1992 eingesetzten Mittel im Regierungsbezirk Trier 52,3 %.

Regierungsbezirk Koblenz:

1991: 23 Maßnahmen mit 3,48 Mio DM öffentlichen Mitteln

1992: 41 Maßnahmen mit 3,97 Mio DM öffentlichen Mitteln

Das Mittelvolumen macht im Jahr 1992 im Regierungsbezirk Koblenz 29,7 % aus.

Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz:

1991: 21 Maßnahmen mit 1,9 Mio DM öffentlichen Mitteln

1992: 27 Maßnahmen mit 2,4 Mio DM öffentlichen Mitteln

Das Mittelvolumen macht im Jahr 1992 im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz rd. 18 % aus.

Neben der beachtlichen Steigerung der Fallzahlen und des Mittelbedarfs ist zu erwähnen, daß zu den Fördermaßnahmen auch 3 Vollaussiedlungen sowie die Förderung eines Landauffangbetriebes gehören. Hervorzuheben ist auch das Förderinstrument der Erschließungsbeihilfe nach Nr. 3.5.10 Abs. 2 der Verwaltungsvorschrift "Einzelbetriebliche Förderung", das angesichts der zunehmenden Bedeutung des Umweltschutzes ebenfalls in steigendem Maße zum Einsatz kommt.

Die investiven Maßnahmen der einzelbetrieblichen Förderung werden ihre große Bedeutung auch in der mittelfristigen Zukunft beibehalten. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der gegenwärtig diskutierten Novellierung und Überarbeitung der Fördergrundsätze der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes". Gerade im Bereich der einzelbetrieblichen Förderung wird ab 1994, sofern diese Reform greift, ein weiterer Bedeutungszuwachs erwartet.

5. Sonstige Fördermaßnahmen

Nach Abschluß des Notifizierungsverfahrens in Brüssel konnte im Ministerialblatt vom 9. Juli 1992 das "Landtausch- und Pachtförderungsprogramm für die Land- und Forstwirtschaft" vom 12. Mai 1992 veröffentlicht werden. Dieses Programm faßt bekanntlich die bisherigen Verwaltungsvorschriften zum freiwilligen Landtausch und zur Förderung der Bildung rationeller Bewirtschaftungseinheiten zusammen und beinhaltet darüber hinaus die beiden Unterprogramme "Förderung der Verpachtung durch Prämien" und "Förderung der Verpachtung durch Beitragsübernahme in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz".

Diese Fördermaßnahme stellt ein flexibles Bodenordnungsinstrumentarium zur Verfügung und bezieht ausdrücklich auch die Förderung der Verpachtung mit ein. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Pachtlandanteile auch in Zukunft weiter ansteigen werden. Derzeit bewirtschaften in Rheinland-Pfalz die landwirtschaftlichen Betriebe in der Betriebsgrößengruppe von 20 bis 30 ha bereits 53 % Pachtflächen; die Betriebe in der Größengruppe von 30 bis 50 ha bewirtschaften im Durchschnitt 56 % Pachtflächen und die Betriebe in der Größe von 50 und mehr ha inzwischen 65 % Pachtflächen.

Ein vergleichbares Förderprogramm auf Bundesebene gibt es z.Zt. nicht. In Verbindung mit der Umsetzung der "flankierenden Maßnahmen" der EG-Agrarreform kommt diesem Instrumentarium vor-

aussichtlich erhebliche Bedeutung zu. Insoweit kann auch auf das gemeinsame Rundschreiben des Landwirtschaftsministeriums und des Umweltschutzministeriums vom 4. September 1992 verwiesen werden.

Es sei jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dieses Landtausch- und Pachtförderprogramm von seinem Ursprung her in erster Linie zur Unterstützung der Landwirtschaft in den benachteiligten Gebieten bzw. in den Mittelgebirgslagen des Landes geschaffen wurde. Dies gilt insbesondere für die beiden letzten Unterprogramme des Landtauschpachtförderungsprogramms. Im Bereich der Weinbergsflurbereinigung war der Einsatz dieses Programms von Beginn an nicht vorgesehen. Sofern nachhaltiger Bedarf besteht, soll das Programm jedoch entsprechend modifiziert werden, damit es auch in der Weinbergsflurbereinigung in verstärktem Umfang eingesetzt werden kann.

Bereits nach wenigen Monaten läßt sich feststellen, daß das Programm zügig genutzt wird und der von den Ämtern angemeldete Mittelbedarf deutlich höher ist als die in den Haushalt eingestellten Finanzmittel (500.000 DM).

6. Agrarstrukturelle Vorplanung

Die Verwaltungsvorschrift zur agrarstrukturellen Vorplanung vom 24. August 1990 wurde am 26. Mai 1992 geändert und erfuhr dabei eine Weiterung im Hinblick auf den Einsatz der AVP als raumwirksames Planungsinstrument. Eine weitere Änderung der Verwaltungsvorschrift ist derzeit zur Veröffentlichung anhängig, um insbesondere die bereits genannten "flankierenden Maßnahmen" der EG-Agrarreform möglichst kurzfristig und in flexibler Weise begleiten zu können, indem hierbei wie beim freiwilligen Landtausch auf eine agrarstrukturelle Vorplanung verzichtet wird.

7. Aufforstungsförderung im Rahmen der "flankierenden Maßnahmen der EG-Agrarreform"

Die enormen Überschüsse auf den Agrarmärkten haben zu einer Reform der EG-Agrarpolitik geführt, die der EG-Ministerrat am 30. Juni 1992 beschlossen hat. Danach ist eine Stabilisierung der landwirtschaftlichen Märkte und der Einkommen der Landwirte in der Europäischen Gemeinschaft nur erreichbar, wenn in erheblichem Umfang landwirtschaftliche Nutzflächen nicht nur extensiver bewirtschaftet, sondern sogar dauerhaft aus der Produktion genommen werden.

Zu diesem Zweck sieht die Reform eine Reihe von "flankierenden Maßnahmen", wie die Aufforstung landwirtschaftlicher Nutzflächen, die Förderung umweltfreundlicher landwirtschaftlicher Produktionsverfahren und den Aufbau von Biotopverbundsystemen vor. Diesen "flankierenden Maßnahmen" räumt die Landesregierung Priorität ein. Die Rechtsgrundlagen für diese Maßnahmen sind in drei EG-Verordnungen zu finden, und zwar

- der Verordnung (EWG) Nr. 2078/92 des Rates vom 30. Juni 1992 für umweltgerechte und den natürlichen Lebensraum schützende landwirtschaftliche Produktionsverfahren
- der Verordnung (EWG) Nr. 2079/92 des Rates vom 30. Juni 1992 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Beihilferegelung für den Vorruhestand in der Landwirtschaft und
- der Verordnung (EWG) Nr. 2080/92 des Rates vom 30. Juni 1992 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Beihilferegelung für Aufforstungsmaßnahmen in der Landwirtschaft.

Während die Umsetzung der Verordnung Nr. 2079/92 in die Zuständigkeit des Bundes (FELEG) fällt, obliegt der Vollzug der Verordnungen 2078/92 und 2080/92 letztlich den Ländern. Die Verordnung 2078/92 wird durch das "Förderprogramm umweltschonende Landbewirtschaftung" (FUL) umgesetzt werden und die Verordnung 2080/92 wird in einem zweistufigen Verfahren durch

- die Abgrenzung sog. Aufforstungsblöcke und
 - durch die Förderung der investiven Aufforstungsmaßnahmen und des 20jährigen Auskommensausgleiches
- umgesetzt.

Einen wichtigen Schritt in Richtung Umsetzung der Aufforstungsförderung hat das Land Rheinland-Pfalz mit dem gemeinsamen Rundschreiben des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten und des Ministeriums für Umwelt vom 4. September 1992 (Az.: 746 - 50.37 b/734 - 4223) getan. Dieses Rundschreiben ist inzwischen den nachgeordneten Behörden und Stellen zugegangen. Es wird landesweit in 6 Regionaltagungen von Anfang November bis Mitte Dezember 1992 eingehend vor Ort erläutert und diskutiert, um ab 1993 in die Umsetzung einzutreten.

8. BZ-Arbeitsgruppen

Seit dem 1. Oktober 1991 befinden sich bei den Kulturämtern Kaiserslautern, Prüm und Westerburg unter Leitung von Dipl.-Agraringenieuren Arbeitsgruppen zur Durchführung beschleunigter Zusammenlegungsverfahren und sonstiger schnell durchführbarer Bodenordnungsmaßnahmen im Aufbau.

Während bei den Kulturämtern Kaiserslautern und Prüm die in der Trägerschaft der Heimstätte Rheinland-Pfalz GmbH stehenden Arbeitsgruppen bereits konkret in beschleunigten Zusammenlegungsverfahren tätig sind, wird für den Agrar-Ingenieur beim Kulturamt Westerburg gegen Ende dieses Jahres ein beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren angeordnet. Damit ist dann die Startphase für diese neuen BZ-Arbeitsgruppen abgeschlossen, da sämtliche Arbeitsgruppen dann ihre jeweiligen beschleunigten Zusammenlegungsverfahren zu bearbeiten haben.

Angesichts des nach wie vor wichtigen Zieles der Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen und der zunehmenden Bedeutung des Umweltschutzes in der ländlichen Strukturpolitik sind die Perspektiven für diese Arbeitsgruppen durchaus positiv einzuschätzen. Sie sollen die Tätigkeit der Landeskulturverwaltung in sinnvoller Weise ergänzen und deshalb möchte ich Sie auch an dieser Stelle bitten, diese Arbeitsgruppen nicht als Konkurrenz anzusehen, sondern sie in kollegialer Weise zu unterstützen.

Mit dem Aufbau weiterer BZ-Arbeitsgruppen - wie es ursprünglich beabsichtigt war - kann allerdings angesichts der angespannten Haushaltslage vorerst nicht gerechnet werden.

9. Dorferneuerung

Bei der Dorferneuerung ist bekanntlich die Zuständigkeit vom Innenministerium auf unser Ministerium übergegangen, mit der Folge, daß Mitte 1992 in der Abteilung 4 (Landeskultur) das neue Referat 748 mit dem Aufgabenschwerpunkt "Dorferneuerung/ Landentwicklung" eingerichtet worden ist, was auf Wunsch des Ministers mit 2 Referenten und 2 Sachbearbeitern besetzt wurde. Auf der Ebene der 3 Bezirksregierungen ging die Dorferneuerung von den Referaten 10 (Kommunalaufsicht) auf die Referate 53 (obere Flurbereinigungsbehörde) über, ohne daß bisher, mit Ausnahme der Bezirksregierung Koblenz, der gebotene Personaltransfer vorgenommen worden ist, so daß es zu schwierigen Arbeitssituationen gekommen ist. Die Zuständigkeitsänderung auf die Kulturämter war zumindest im ersten politischen Durchgang nicht erreichbar. Nach meiner Einschätzung dürfte sich an der insoweit gebliebenen Zuständigkeit bei den 24 Kreisverwaltungen nichts ändern, obgleich es vom Verwaltungsaufbau und Verfahrensablauf sinnvoll gewesen wäre, die Kulturämter mit der Dorferneuerung zu betrauen. Andererseits müssen wir realistischerweise feststellen, daß bei den bekannten Personalengpässen der Kulturämter eine Zuständigkeitsübertragung in der Dorferneuerung auf erhebliche Probleme bei der übrigen Arbeitserledigung gestoßen wäre.

Der Übergang der Zuständigkeiten vom Innen- zum Landwirtschaftsministerium mit gewissen Schwierigkeiten verbunden, aber inzwischen hat das neue Referat Dorferneuerung die in 1992 zur Verfügung stehenden Fördermittel in Höhe von rd. 54 Mio DM zeitgerecht auf die Bezirksregierungen verteilen können. Der Arbeitsanfall im Referat 748 ist beachtlich; er wird sich nicht zuletzt deshalb verstärken, weil ab 1993 neue Fördergrundsätze eingeführt werden sollen, die sich zur Zeit in Vorbereitung befinden.

10. Datenverarbeitung für die Verwaltungsbüros

Das Ministerium hat bereits vor 7 Jahren mit Rundschreiben vom 30. April 1985 - Az.: - 743 - 24.61 - vorläufige Datenverarbeitungsrichtlinien erlassen, die das Verfahren der dezentralen Datenverarbeitung in der Landeskulturverwaltung einführen. Hierbei wurde einer Forderung des Rechnungshofes folgend auch der Einsatz der Datenverarbeitung im Bereich der Verwaltung vorgesehen. Es wurden zwei Arbeitsgruppen eingesetzt, die die Komplexe "Register und Listen" und "Finanzierung" untersuchten und für eine Automationslösung aufbereiteten. Nachdem es - nach problematischen Anfängen - gelang, einen geeigneten Programmierer (Reg. Amtmann Reiser) für die Bearbeitung des Projektes zu gewinnen, konnten bis zum Jahre 1991 beide Komplexe einer Datenverarbeitungslösung zugeführt werden. Die einschlägigen Programme sind in den Kulturämtern eingeführt. Alle erforderlichen Regelungen wurden in die Richtlinien für die dezentrale Datenverarbeitung im Jahre 1991 integriert.

Während im Komplex "Register und Listen" eine schrittweise Überführung zur Datenverarbeitung stattfand (jeweils bei Neueinleitung eines Verfahrens; Ordnungs-Nr.-Vergabe) wurden im Komplex "Finanzierung" mit Kassenabschluß vom 31. Dezember 1991 alle Kassengegenbücher und Finanzierungspläne der Kulturämter umgestellt. Im Wesentlichen beurteilen wir die Einführung der neuen Programme positiv. Allerdings ist es üblich, daß bei Einführung neuer Programme noch 2/3 der gesamten Arbeit in die Programmpflege investiert werden müssen, damit das Produkt seine endgültige Praxisreife erhält. Dies ist durch den aus privaten Gründen gewünschten Weggang des Reg. Amtmanns Reiser an das Kulturamt Mayen leider nicht möglich. Von daher können an den Programmen nur noch geringfügige Veränderungen (durch zeitweilige Abordnung von Reg. Amtmann Reiser an die Lurest) vorgenommen werden.

Die Kulturämter haben uns zum 1. September 1992 berichtet, welche Änderungen im einzelnen noch erforderlich sind. Alle Kulturämter sind inzwischen mit 3 Rechnern für die Bearbeitung der Verwaltungsprogramme ausgestattet. Dies war wegen der täglichen Bearbeitung, insbesondere im Komplex "Finanzierung" unerlässlich. Auch wenn natürlich noch nicht jeder Sachbearbeiter über einen Personalcomputer verfügt, ist festzustellen, daß die Ausstattung mit Rechnern im Bereich der Verwaltungsbüros derzeit wesentlich günstiger zu beurteilen ist, als im Bereich der Vermessungsbüros. Eine durchgreifende Verbesserung wird erst im Projekt WEDAL im Vollzug des Haushalts 1994/95 erhofft. Dabei wird angestrebt, alle mit Datenverarbeitung berührten Mitarbeiter mit geeigneten Rechnern auszustatten.

Soweit es die Ausstattung mit Rechnern angeht, beurteilen wir, selbst aufgrund der angespannten Haushaltslage, die Situation insgesamt noch zuversichtlich. Anders sieht es bei der Fortentwicklung der Datenverarbeitungsprogramme aus. Hier war es in den vergangenen beiden Jahren nicht möglich, trotz einer landesweit vorgenommenen Anwerbung einen geeigneten Programmierer für die Pflege und Fortentwicklung der Datenverarbeitungsprogramme zu gewinnen. Alle verwaltungsinternen Versuche fanden überhaupt keine Resonanz. Die Bewerber außerhalb der Verwaltung waren alle nicht geeignet. Ausgesprochen problematisch stellt sich die Angelegenheit dar, wenn man mit einbezieht, daß in den kommenden Jahren die gesamten Register für eine dezentrale Datenverarbeitung aufbereitet werden sollen. Ohne einen geeigneten Programmierer aus dem Bereich der Verwaltung sind hier von vornherein Fehler und Lücken zu erwarten, die der Gesamtleistung der Kulturämter insgesamt abträglich sein könnten. Ich trage daher die Bitte an Sie heran, zu überprüfen, ob sich nicht ein geeigneter Bewerber unter Ihnen befindet, der bereit wäre, für einige Jahre bei der Luftbild- und Rechenstelle an den dort anstehenden Datenverarbeitungslösungen mitzuarbeiten.

In diesem Zusammenhang will ich auf das heikle Thema des Datenschutzes kurz eingehen. Es ist mir bekannt geworden, daß einige Kulturämter eine weitergehende Nutzung des Computers im Sinne einer Arbeitserleichterung und Zeitersparnis bei der Erledigung der Arbeiten im Förderbereich Landwirtschaft und Weinbau wünschen. Dieser Wunsch ist zwar verständlich, aber er läßt sich mit den geltenden Datenschutzbestimmungen leider nicht in Einklang bringen. Im Vorfeld der Programmbearbeitung, Programmerstellung und Programmgenehmigung durch die Landesdatenschutzkommission wurden die entsprechenden Fragen sehr vertieft geprüft.

Danach ist es grundsätzlich nicht möglich, personengeschützte Daten offen zu verarbeiten. Zu einer offenen Verarbeitung gehören die Programmsysteme Framework oder Textverarbeitungsprogramme. Es ist mir sehr genau bewußt, daß die neu eingeführte und von der Landesdatenschutzkommission genehmigte Lösung gegenüber der praktizierten Verfahrensweise bei den Ämtern einen Rückschritt bedeutet. Die in den Kulturämtern praktizierte und gewünschte Lösung zur weitergehenden Nutzung des Computers im Agrarförderbereich fällt leider unter einen Straftatbestand.

Im Einführungsschreiben der Richtlinien für die dezentrale Datenverarbeitung vom 27. Mai 1992 (Az.: 747 - 24.61) habe ich deshalb ausdrücklich darauf hinweisen müssen, daß die Datenschutzbestimmungen aufgrund der Gesetzeslage strikt einzuhalten sind. Nach den in den Datenschutzbestimmungen enthaltenen Strafbestimmungen wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer zum Beispiel unbefugt

- Daten des Betriebsverbesserungsplanes aus den entsprechenden Dateien abruf
- den Zugriff auf die Daten des Betriebsverbesserungsplanes gewährt (z.B. durch Weitergabe des Paßwortes oder durch offenen Rechnerzugang nach Paßworteingabe) oder
- Daten des Betriebsverbesserungsplanes auf Datenträger an Unbefugte übermittelt.

Würde man dem Ansinnen einiger Kulturämter folgen, so wäre ein Schutz dieser Daten überhaupt nicht mehr gewährleistet. So wäre z.B. der Zugriff auf das Betriebssystem DOS eine Öffnung des Computers mit der Folge, daß jeder beliebige Benutzer die im Computer enthaltenen Dateien auf Disketten übertragen könnte.

Auch die geforderte Möglichkeit, die im Computer enthaltenen Daten in der Form von Serienbriefen mit Textverarbeitung verknüpfen zu können, widerläuft bereits den wichtigsten Forderungen des Datenschutzes.

Der zuständige Fachreferent, Verm.Direktor Lorig, hat mich ausdrücklich gebeten, im Rahmen der heutigen Tagung vor allem die Kulturamtsvorsteher darauf hinzuweisen, daß sie für die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen unmittelbar verantwortlich sind. Auch die derzeit eingeführten Regelungen werden dem voraussichtlich noch in diesem Jahr in Kraft tretenden neuen Landesdatenschutzgesetz nicht mehr gerecht.

Es muß auch in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß in Zukunft der Landesdatenschutzbeauftragte ähnliche Rechte erhält wie derzeit der Landesrechnungshof. Dies alles ist vor dem Hintergrund der praktischen Alltagsarbeit sicherlich unerfreulich und ist ein weiteres Indiz für die zunehmende Regelungsdichte im allgemeinen Verwaltungshandeln, aber es sind nun einmal gesetzliche Vorgaben, die wir beachten müssen.

Das Ministerium des Innern und für Sport bereitet zur Zeit eine Neufassung des Landesdatenschutzgesetzes vom 21. Dezember 1978 vor. Ein Referentenentwurf ist den Ressorts zur Stellungnahme zugeleitet worden. Unabhängig von den Anforderungen, die der Entwurf voraussichtlich noch erfahren wird, ist es erforderlich, die für die Landeskulturverwaltung zu erwartenden Auswirkungen rechtzeitig durch entsprechende verwaltungsinterne Regelungen vorzubereiten. Die notwendigen Vorarbeiten

sollen von einer Arbeitsgruppe geleistet werden, der Vertreter der drei Regierungsbezirke und des Ministeriums angehören. Diese Arbeitsgruppe ist mit Schreiben vom 14. September 1992, welches an die Bezirksregierungen des Landes gerichtet wurde, in folgender Zusammensetzung berufen worden:

- VOAR Jacobus, MLWF
- OAR Poschmann, Kulturamt Trier
- VOAR Kien, Kulturamt Neustadt/W.
- RA Reiser, Kulturamt Mayen.

Die Arbeitsgruppe soll möglichst noch in diesem Jahr zu einer ersten Besprechung in Mainz zusammenkommen. Es wird Aufgabe der Arbeitsgruppe sein, alle Möglichkeiten auszuloten, wie im Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben die praktische Arbeit für die Kulturämter in datenschutzrechtlicher Hinsicht ausgerichtet werden kann.

11. Personalsituation

Die Personalsituation innerhalb der Landeskulturverwaltung ist, wie bereits seit Jahren, sehr angespannt. Denn wir haben seit 1983/84 bis heute rd. 23 % der damaligen Planstellen zurückführen müssen. Diese Einsparungsaufgabe geht auf eine Forderung des Landesrechnungshofes zurück, die dieser nach der damaligen Organisationsprüfung der Kulturämter aufgestellt hatte und die von der Landesregierung bestätigt worden ist. Im Zuge landes- und ressortumfassender Einsparungsaufgaben muß auch weiterhin mit personellen Rückführungen gerechnet werden. Bis Ende 1994 müssen im Rahmen von personellen Umschichtungen etwa 1.100 Stellen für Bildung/Schulwesen/Polizei und Kindergärten - um die wichtigsten Bereiche zu nennen - bereitgestellt werden. Von diesen 1.100 Stellen entfallen auf das Ressort Landwirtschaft, Weinbau und Forsten 161 Stellen. Davon wiederum entfallen auf die Landeskulturverwaltung nach derzeitigem Stand 22 Stellen zuzüglich 12 Stellen, die die Landeskulturverwaltung von der Landsiedlung Rheinland-Pfalz GmbH übernommen hat. Dies macht somit insgesamt 34 Stellen aus, die bis Ende 1994 eingespart werden müssen. Nachrichtlich sei angemerkt, daß nach der Erklärung von Herrn Ministerpräsident Scharping, die vor wenigen Tagen in den Medien gegenüber der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, die rd. 1.100 Planstellen sich auf die einzelnen Ressorts wie folgt verteilen:

- Innenministerium einschl. nachgeordneter Bereich	= rd. 400 Stellen
- Justizministerium	= 122 Stellen
- Ministerium für Landwirtsch., Weinbau u. Forsten	= 161 Stellen
- Sozialministerium	= 115 Stellen
- Finanzministerium	= 97 Stellen
- Wirtschafts- u. Verkehrsministerium	= 33 Stellen
- Bildungsministerium	= 64 Stellen
- Wissenschaftsministerium	= 84 Stellen
- Umweltministerium	= 23 Stellen
- Staatskanzlei	= 7 Stellen

Darüber hinaus wurde durch den Ministerpräsidenten Scharping mitgeteilt, daß nur jede vierte freiwerdende Stelle wiederbesetzt werden kann und im übrigen die bisherige 6monatige Wiederbesetzungssperre auch weiterhin Gültigkeit behält. Durch diese Einsparungsmaßnahmen erwartet die Landesregierung eine Reduzierung der Ausgaben in Höhe von 100 bis 120 Mio DM.

Angesichts der Personalentwicklung einerseits und der Aufgabenstellung andererseits wird nach allem die Arbeit innerhalb der Landeskulturverwaltung keineswegs leichter, sondern eher schwieriger.

12. Geschäftsordnung für die Kulturämter

Zu diesem Thema will ich zunächst einige Sätze des früheren Vorsitzenden der Landesvereinigung der Verwaltungsbeamten und -angestellten der Landeskulturverwaltung, Herrn RD Dr. Schuy, auf der Jahrestagung hier in Halsenbach-Ehr am 28. September 1990 zitieren. Er sagte u.a.: "Langsam reagiere ich allergisch auf das Wort Geschäftsordnung mit dem Zusatz in Frageform: Fortschreibung? Neufassung? Seit ich bei der Landeskulturverwaltung bin, kommt dieses Thema immer wieder periodisch hoch, um dann letztlich langsam wieder im Sande zu verlaufen. Tatsache ist, daß die Geschäftsordnung aus dem Jahre 1962 inzwischen - allein durch den Zeitablauf - so viele Ungereimtheiten und Mängel aufweist, daß wohl kein Insider guten Gewissens behaupten wird, sie sei noch die geeignete Basis für einen reibungslosen und sachgerechten Geschäftsablauf in den Ämtern. Zwar ist für ein funktionierendes Amt die Geschäftsordnung nur nachrangig von Bedeutung, wenn es aber mal "klemmt" oder gar "kracht" - und solche Fälle kommen mit regional unterschiedlicher Intensität auch in Kulturämtern immer wieder einmal vor - muß eine Geschäftsordnung allerdings klare Aussagen liefern, was wer wie zu tun hat. Diesem Anspruch wird unsere Geschäftsordnung von 1962 in vielen Bereichen nicht mehr gerecht."

Herr Dr. Schuy fuhr an anderer Stelle seiner damaligen Ausführungen wie folgt fort: "Ich halte es für durchaus sinnvoll und angebracht, das heikle Thema Geschäftsordnung seitens der Fachabteilung wieder aufzugreifen, allerdings nicht, um es nur "aufzuwärmen" und dann wieder erkalten zu lassen, sondern um es möglichst bald zu einem der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz dienlichen Abschluß zu bringen."

Nun, meine Damen und Herren, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, am 25. September 1992 ist die neue Allgemeine Dienst- und Geschäftsordnung für die Kulturämter des Landes Rheinland-Pfalz von Herrn Staatssekretär Günter Eymael als Amtschef im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten unterzeichnet und mit Begleitschreiben vom 30. September 1992 an die Bezirksregierungen und Kulturämter versandt worden. Am 1. Oktober, also vor 9 Tagen, ist die Allgemeine Dienst- und Geschäftsordnung für die Kulturämter in Kraft getreten.

Ich kann somit feststellen, daß die Fachabteilung das heikle Thema der Geschäftsordnung nicht nur aufgewärmt hat, sondern es wurde auch gehandelt. Ich betrachte die nunmehr in Kraft getretene neue Geschäftsordnung bei allen möglichen Unzulänglichkeiten aus der Sicht der einzelnen Funktionsgruppen als ein stabilisierendes Element für die Landeskulturverwaltung im Rahmen von anstehenden Reformüberlegungen. Den besonderen Wert der Geschäftsordnung erblicke ich darin, daß klare Abgrenzungen der wahrzunehmenden Aufgabenbereiche vorgenommen worden sind und daß der Grundsatz zur Delegation und eigenverantwortlichen Erledigung der Aufgaben besonders herausgestellt wurde. Ebenso sind in der Geschäftsordnung die wichtigen Aufgaben der Kulturämter im Wandel der Zeit als Maßnahmen der Landentwicklung festgeschrieben worden.

Was jetzt als Allgemeine Dienst- und Geschäftsordnung vorliegt, ist das Produkt einer breitgefächerten Anhörung der verschiedenen Berufs- und Funktionsgruppen der Kulturämter, der berufsständischen Organisationen und Verbände und nicht zuletzt des Hauptpersonalrates im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, der zuletzt mit Schreiben vom 15. September 1992 an Herrn Minister Schneider ausdrücklich das praktizierte breitgefächerte Anhörungsverfahren lobend herausgestellt und der Allgemeinen Dienst- und Geschäftsordnung mit einigen inzwischen vorgenommenen Änderungen zugestimmt hat.

Ich bin mir darüber bewußt, daß die Allgemeine Dienst- und Geschäftsordnung in mancherlei Hinsicht Kompromisse beinhaltet und daß sie auch die ein oder andere Fachdisziplin nicht ganz zufriedenstellt. Unsere Kulturämter setzen sich nun einmal aus unterschiedlichen Fachdisziplinen zusammen, was die Arbeit an der Dienst- und Geschäftsordnung keineswegs erleichtert, sondern erschwert hat. Gleichwohl bin ich der Auffassung, daß wir mit der aktualisierten Geschäftsordnung arbeiten und leben können. Der von mir eingesetzten Arbeitsgruppe, bestehend aus den Herren Ministerialrat Dr. Spaetgens, Ministerialrat Orning und Vermessungsdirektor Lorig gebührt daher auch an dieser Stelle Dank für die mühevollen Abstimmungsarbeit unter Einbeziehung der vielfältigen

Stellungnahmen der angehörten Personengruppen und Funktionsträger. Es kam mir unter Abwägung unterschiedlicher Denkmodelle im Grundsatz darauf an, den textlichen Teil der Allgemeinen Dienst- und Geschäftsordnung möglichst umfassend zu gestalten und weniger durch Denkkategorien in Organisationsschemata zu belasten. Es war aber auch mein Anliegen, daß jede Fachdisziplin an der Hauptaufgabe der ländlichen Bodenordnung und Landentwicklung aktiv mitwirkt und nicht von dieser Aufgabe ausgeschlossen wird. Dies gilt nicht zuletzt auch für den nichttechnischen höheren Verwaltungsdienst. Insoweit hatte ich mich persönlich bei der Endredaktion der Allgemeinen Dienst- und Geschäftsordnung unmittelbar eingeschaltet.

Ich hoffe und wünsche, daß die aktualisierte Dienst- und Geschäftsordnung trotz möglicher Unzulänglichkeiten aus der Sicht der einen oder anderen Fachgruppe das Bewußtsein bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dazu schärfen kann, daß letztlich alle an einer gemeinsamen wichtigen Aufgabe für den ländlichen Raum unseres Landes arbeiten.

13. Abschluß und Ausblick

Meine Damen und Herren, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ich will zum Schluß meiner Ausführungen kommen und mit einigen persönlichen Anmerkungen abschließen.

Ich nehme heute voraussichtlich zum letzten Mal als Abteilungsleiter der Landeskulturverwaltung an der traditionsreichen Jahrestagung der Landesvereinigung der Verwaltungsbeamten und -angestellten teil; denn bei Ihrer nächsten Jahrestagung, die wohl in einem Jahr stattfinden wird, werde ich nach 40jähriger Zugehörigkeit zur rheinland-pfälzischen Landeskulturverwaltung im Ruhestand sein. In der zweiten Hälfte des Jahres 1993 werde ich 65 Jahre alt.

Als ich vor fast 40 Jahren als junger Dipl.-Landwirt damals bei der Nebenstelle des Kulturstandes Neustadt in Kaiserslautern in die Landeskulturverwaltung eintrat, hatte ich das Gefühl, eine unendlich lange Zukunft im Berufsleben vor mir zu haben. Aus heutiger Sicht war es im Zuge des schnellen Zeitablaufes eine sehr kurze Vergangenheit. Dies ist offensichtlich ein besonderes Phänomen unseres Lebens, daß sich die Zukunft zeitlich dehnt und die Vergangenheit dagegen zeitlich schrumpft. Wie dem auch sei, ich habe mich bemüht, an den jeweiligen Orten meines Dienstes im Rahmen meiner Möglichkeiten meine dienstlichen und menschlichen Pflichten zu erfüllen. Ich weiß selbst, daß mir dies nur unvollkommen gelungen ist. Wenn mir jedoch in einen oder anderen Falle Erfolg beschieden war, dann war dies nur möglich auf der Grundlage guter und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Daher danke ich auch Ihnen allen und der Landesvereinigung der Verwaltungsbeamten und -angestellten der Landeskulturverwaltung bei der heutigen Jahrestagung für die gute Zusammenarbeit. Dieser Dank gilt gleichermaßen auch den anderen berufsständischen Organisationen und Verbänden der Landeskulturverwaltung, die heute durch einige Vorstandsmitglieder vertreten sind.

Es war auch ein Anliegen meinerseits, die Arbeit der unterschiedlichen Verbände zu "konzertierten Aktionen" im Interesse der Landeskulturverwaltung zu ermuntern. Diese meine Ermunterung gilt im wohlverstandenen Interesse der Landeskulturverwaltung auch für die Zukunft, die sehr schwierig werden dürfte, insbesondere vor dem Hintergrund der schwierigen allgemeinen Rahmenbedingungen.

Anforderungen an die künftige Büroautomation und Bürokommunikation in der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz

von Vermessungsdirektor Axel Lorig und Vermessungsrat z.A. Dr. Rainer Dippold, Mainz

1. Ziele und Rahmenbedingungen

Büroautomation und Bürokommunikation innerhalb der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz haben die bedarfsgerechte Ausstattung der Kulturämter mit moderner Hardware und Software der Informations- und Kommunikationstechnik zum Ziel. Durch diese Ausstattung soll es ermöglicht werden, alle im Büro anfallenden Tätigkeiten mittelfristig mit Hilfe der Datenverarbeitung auszuführen und dabei alle Büroarbeiten in ihrem Ablauf zu verbessern, zu vereinfachen und kostengünstiger auszuführen.

Die beiden Begriffe "Büroautomation" und "Bürokommunikation" sind eng miteinander verflochten:

Die "Büroautomation" umfaßt Datenverarbeitungslösungen für verschiedene Bearbeitungen von Bürovorgängen, wie z.B. Textverarbeitungen oder Ablagevorgänge, aber auch Textbereiche innerhalb verschiedenster Fachanwendungen (z.B. Vermessung, Verwaltung, Landespflege, Bautechnik).

Die "Bürokommunikation" hat die Herstellung automationsunterstützter informationstechnischer Beziehungen innerhalb und außerhalb der Organisationseinheit "Kulturamt" zum Ziel.

Der Büroautomation und Bürokommunikation kommt damit insgesamt eine wichtige Klammerfunktion für Verwaltungs- und Fachaufgaben zu. Das Teilprojekt Büroautomation und Bürokommunikation ist Trägersystem für andere Projekte und damit von herausgehobener Bedeutung innerhalb des Gesamtprojektes WEDAL.

2. Bedarfserhebung in den Kulturämtern

Um praxisorientierte Aussagen über Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Büroautomation und Bürokommunikation zu gewinnen, sind in den Kulturämtern Mayen, Prüm und Neustadt gezielte Befragungen durchgeführt worden. Der Inhalt dieser Bedarfsbefragungen ist bei der Luftbild- und Rechenstelle dokumentiert.

Die Mitarbeiter dieser Kulturämter wurden repräsentativ mit Fragebogen abgefragt, welche Leistungs-/Funktionsmerkmale sie aus einer angebotenen Auswahl als notwendig erachten. Insgesamt ist als Ergebnis der Bedarfserhebung festzustellen, daß der Desktop die zentrale Komponente und zugleich die Grundvoraussetzung für die Büroautomation und Bürokommunikation aller Mitarbeiter werden muß. Das gesamte durch die Informations- und Kommunikationstechnik unterstützbare Arbeitsumfeld eines Bediensteten im Kulturamt, gleichgültig ob in Führungs-, Sachgebietsleiter-, Sachbearbeiter- oder sonstiger Funktion, muß als einheitliche Bedieneroberfläche auf dem Bildschirm zur Verfügung stehen.

Die einzelnen Leistungs-/Funktionsmerkmale für das automationsunterstützte Bürosystem sind nachfolgend dargestellt:



Abb. 1: Leistungs- und Funktionsmerkmale des automationsgestützten Bürosystems

Die befragten Mitarbeiter in den Kulturämtern konnten unter nachfolgenden fünf verschiedenen Antwortmöglichkeiten auswählen:

- 1. = Werde ich sicherlich gebrauchen
- 2. = könnte nützlich sein
- 3. = ist vermutlich nicht notwendig
- 4. = werde ich nicht brauchen
- 5. = kann ich nicht beurteilen.

Die Auswertung ergab (in Kurzfassung) folgende Resultate:

Leistungs-/ Funktionsmerkmal	1	2	3	4	5
Tabellenkalkulation	42	22	11	14	11
Postdienste (Teletex/Telefax)	30	38	21	11	-
Tischrechner	82	13	3	2	-
Formularbearbeitung	70	20	7	2	1
Dokumentenverwaltung (Handakte)	51	24	11	11	3
Ablage/Archiv (Gruppe/Büro)	58	20	6	10	6
Telefonbuch/ Notizbuch (pers.)	53	21	13	10	3
Terminkalender	56	25	10	9	-
Scanner	30	34	6	21	9
Graphik	12	46	13	20	9
Program. Textverarbeitung	60	27	5	3	5
Textverarb. (alphanumerisch)	58	19	1	1	1
Textverarb. (graphisch)	68	24	2	3	3
elektronische Post	26	27	19	19	9
Vorgangsbearbeitung	40	25	8	7	20

Abb. 2: Befragung verschiedener Kulturämter im Hinblick auf die Notwendigkeit bestimmter Leistungs-/Funktionsmerkmale zukünftiger Arbeitsplätze (Ergebnisdarstellung: Alle Mitarbeiter)

Bei der Einschätzung von Erfordernis und Nützlichkeit in Bezug auf die einzelnen automationsgestützten Bürofunktionen kamen die befragten Mitarbeiter der Kulturämter zu überwiegend einheitlichen Ergebnissen.

Die Abweichungen zwischen den einzelnen Mitarbeitergruppierungen in den Funktionalitäten des Bürosystems sind im Durchschnitt verhältnismäßig gering und deuten auf eine hohe Akzeptanz für neue Technologien innerhalb der Kulturamtsmitarbeiter hin.

Nach dem Gesamtergebnis aller befragten Mitarbeiter sind folgende Funktionalitäten im Bürosystem notwendig (alle nachfolgenden Angaben in %):

Tischrechner:	95
graphische Textverarbeitung:	92
Formularbearbeitung:	90
programmierte Textverarbeitung:	87
Terminkalender:	81
Ablage/Archiv:	78
alphanumerische Textverarbeitung:	77
Dokumentenverwaltung:	75
Telefonbuch:	74
Postdienste:	68
Vorgangsbearbeitung:	65
Tabellenkalkulation:	64
Scanner:	64
Graphik:	58
elektronische Post:	53

3. Untersuchung der Büroautomation in der Landeskulturverwaltung

3.1 Erstellung der Schriftstücke

Schriftstücke, einschl. aller Register und Listen, werden im Durchschnitt aller Mitarbeiter des Kulturamtes zu 73% und damit zu einem sehr hohen Prozentsatz, handschriftlich erstellt. Nur einzelne Mitarbeiter verfügen aufgrund der technischen Ausstattung in den Sachgebieten an ihrem Arbeitsplatz bereits über moderne Schreibsysteme (PC), die aber wegen Überlastung in den Sachaufgaben trotzdem nicht für Textverarbeitung (auch einfacher Art) genutzt werden können. Nach der Prüfung durch den Landesrechnungshof wurden Schreibkräfte eingespart, was letztlich wieder zu einer Zunahme handschriftlicher Bearbeitungen führte. Die Verteilung bei automatisierter Schriftguterstellung sieht wie folgt aus:

Erfassung von Texten mit Diktiergerät:	6 %
Diktat von Texten unmittelbar in Schreibmaschinen/	
Textverarbeitungssysteme:	2 %
Selbstschreiber mit herkömmlicher Schreibmaschine:	6 %
Selbstschreiber mit Personalcomputer:	12 %

3.2 Art der Schriftstücke

Viele Texte, insbesondere im Verwaltungs- und Organisationsbüro, bestehen aus Standardformulierungen (z.B. einzelne Sätze, ganze Abschnitte) bzw. im Planungs- und Vermessungsbüro aus umfangreichen Tabellen.

Es wird im Kulturamt insgesamt immer noch ein sehr großer Zeitaufwand auf das Ausfüllen von Vordrucken bzw. auf das handschriftliche Weiterbearbeiten vorhandener Listen verwandt.

Bedeutsam ist auch die hohe Zahl an Wiederholungstexten, (z.B. Stellungnahmen zu öffentlichen Vorhaben, Ladungen und Mitteilungen an die Teilnehmergeinschaft, Verwaltungsakte, Bauausschreibungen, Listen und Aufstellungen).

Insgesamt ist festzustellen, daß 48% der Texte den Standardformulierungen zugerechnet werden können. 44% der Schreibarbeit wird auf das Bearbeiten vorhandener Listen und Register in manueller Form verwandt.

Oft müssen Daten aus vorhandenen Datenbeständen, die teilweise in der Originalfassung bei der Luftbild- und Rechenstelle geführt werden, in das zu erstellende Schriftstück übernommen werden. Dies ist ein besonders aufwendiger und fehleranfälliger Teil der Sachbearbeitertätigkeit im Kulturamt.

Der relativ hohe Anteil an Querverbindungen zu anderen Datenbeständen verdeutlicht, daß die im Kulturamt vorzusehende Automationslösung im Bereich der Büroautomation übergreifend angelegt werden muß. Nahezu alle Arbeitsplätze müssen miteinander verbunden werden. Ein sicherer und möglichst schneller Zugriff auf die benötigten Datenbestände steht in Zukunft im Vordergrund der Bürotätigkeiten.

3.3 Schreibvolumen

Erhebungen über die Menge der im Kulturamt angefertigten Schriftstücke wurden wegen der nur empirisch abschätzbaren Quantitätsangaben nicht vorgenommen. Der Landesrechnungshof hat bei seiner Prüfung vor etwa 8 Jahren umfassende Untersuchungen vorgelegt. Es kann davon ausgegangen werden, daß diese Feststellungen sich noch nicht wesentlich verändert haben.

3.4 Änderungsvolumen

Änderungen, d.h. Korrekturen wegen formaler Mängel (z.B. Schreibfehler) oder wegen permanenter Fortführung (z.B. bei Listen und Registern) treten sehr häufig auf. Dabei ist zu beachten, daß Dokumente, wie z.B. Planfeststellungsunterlagen oder Flurbereinigungspläne wegen der daraus abzuleitenden Rechtsfolgen völlig fehlerfrei sein müssen. Eine nachträgliche Korrektur dieser Dokumente ist in der Regel nicht möglich bzw. nur mit den entsprechenden formalen Einschränkungen gegeben.

3.5 Benutzung vorhandener Datenbestände

Im Rahmen einer zukunftsgerichteten Datenverarbeitungslösung ist es im Bereich Büroautomation besonders wichtig, vorhandene Datenbestände als Textmodule in verschiedenste neue Texte und Schreiben einbinden zu können.

Folgende Datenbestände, die in Zukunft innerhalb des Kulturamtes als Datei automatisiert vorliegen müssen, werden besonders häufig benutzt:

Teilnehmernachweis, Abfindungsnachweis, Eigentümerverzeichnis, Besitzstandsnachweis, Flurstücksliste/-verzeichnis, Grundbuch- und Katasterangaben, vermessungstechnische Dateien (insbesondere Koordinatenverzeichnis), Adressenverzeichnisse und Listen, Wertermittlungsnachweis, Hebelisten, Plan- und Hauptakten, Gliederung nach Wirtschaftseinheiten, Statistikunterlagen, Kassengegenbuch in der Flurbereinigung, Flurbereinigungsplantext, Verzeichnis der Vorschriften, Verdingungsordnung für Bauleistungen, Grunddatei, bautechnische Bemessungstabellen, Niederschriften/Vermerke, Vergabehandbuch für das Bauwesen, Kontonummern, Bauleistungsbeschreibungen, textliche Teile des Plans nach 41 FlurbG, Verzeichnis und Sammlung öffentlicher Bekanntmachungen, Terminladungen, Bilanzierungen bei landespflegerischen Maßnahmen, Landschaftsbewertungen, Verwaltungsdaten.

3.6 Schwachstellen der bisherigen Ausstattung

Im Zusammenhang mit der geplanten Automationslösung wurden die Mitarbeiter in drei Kulturämtern (vgl. Nr. 2) auch auf vorhandene Schwachstellen/Schwierigkeiten bei der Bearbeitung befragt. Dabei wurden von den befragten Mitarbeitern folgende Schwachstellen aufgezeigt (die Reihenfolge der nachfolgenden Liste gibt die Häufigkeit der Schwachstelle an:

- Fehlende Ausstattung bei Büroautomation (insb. PC)
- umfangreiche Aktensuche wegen fehlender Ablagesysteme
- Nichterreichen von Mitarbeitern, wegen fehlender moderner Kommunikationstechniken
- lange Laufzeiten im zentralen Schreibdienst mit der Folge eigenständiger manueller Bearbeitung
- Probleme bei Terminsachen bzw. bei Terminvorgaben
- kein unmittelbarer Zugriff auf vorhandene Datenbestände
- fehlende Schulung in Textverarbeitungssysteme
- lange Laufzeit von Posteingängen im internen Ablauf
- fehlende Tabellenkalkulationstechniken mit der Folge mühsamer manueller Zusammenstellung von Tabellen
- manuelle Veränderung aller vorhandenen, von der Luftbild- und Rechenstelle ausgedruckten Register

4. Untersuchung der Bürokommunikation in der Landeskulturverwaltung

4.1 Kommunikationsbeziehungen

Die innerhalb des Kulturamtes zur sach- und zeitgerechten Erledigung von Arbeitsaufträgen anstehenden neu zu organisierenden Kommunikationsbeziehungen lassen sich nach den derzeitigen Funktionen der Mitarbeiter strukturieren. Zur besseren Anschaulichkeit und Nachvollziehbarkeit des durch Datenverarbeitungssysteme zu unterstützenden Kommunikationsbedarfs werden die aufgabenbezogenen Beziehungsströme sowohl nach einzelnen Funktionen/-Sachgebieten (wie z.B. Sachgebietsleiter Planung und Vermessung, Sachbearbeiter Landespflege) als auch in übergeordneten Funktions- und Organisationseinheiten (z.B. Planungs- und Vermessungsbüro, Landespflegegruppe) unterschieden.

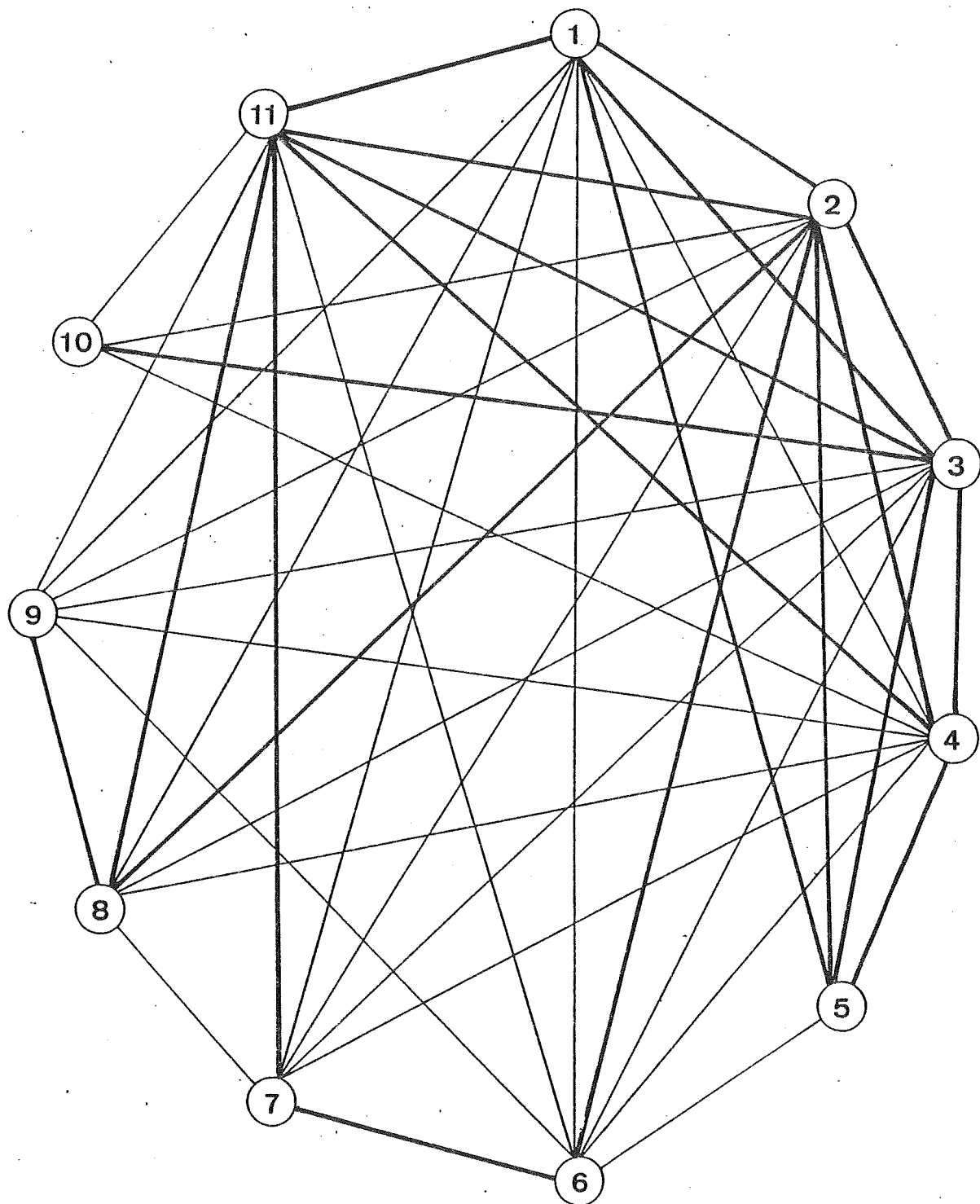
Dabei geht es sowohl um die Kommunikationsabläufe innerhalb der jeweiligen Organisationseinheit (z.B. Planungs- und Vermessungsbüro) als auch zu anderen Organisationseinheiten innerhalb des Kulturamtes. Auf weitere Kommunikationspartner außerhalb des Kulturamtes wird an dieser Stelle nicht eingegangen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen zeigen, welche Kommunikationspartner und welches Kommunikationsvolumen innerhalb des Kulturamtes auftreten. Die gewonnenen Aussagen zeigen, daß zur sach- und zeitgerechten Erledigung aller Arbeiten ein engmaschiges und fortwährendes datenverarbeitungsgestütztes Informationsgeflecht notwendig ist. Hier kann in Zukunft nur eine geeignete Informationstechnik Abhilfe bieten.

4.2 Kommunikationsströme und Kommunikationsaufwand

Die ermittelten Kommunikationsabläufe lassen sich graphisch in Form von "Kommunikationsspinnen" für jede Mitarbeiterfunktion aufbereitet. Aus diesen Kommunikationsspinnen sind die jeweiligen Kommunikationspartner und die Intensität der Kommunikationsbeziehungen ersichtlich.

4.3 Gesamtzusammenhänge der Kommunikationsströme

Die Gesamtzusammenhänge der kommunikativen Beziehungen zwischen den einzelnen Organisationseinheiten innerhalb eines Kulturamtes sind nachfolgend in einem Diagramm dargestellt:



Intensität der Kontakte:

———— sehr häufig

—— oft

Abb. 3: Durch Kommunikationstechnik zu unterstützende kommunikative Beziehungen

Intensität der Kontakte:

_____ sehr häufig
 _____ oft

1. Kulturamtsleiter
2. leitender technischer Beamter
3. nichttechnischer höherer Beamter
4. Arbeitsgruppe Planung und Vermessung
5. Verwaltungs- und Organisationsbüro
6. Planungs- und Vermessungsbüro
7. Kataster- und Datenverarbeitungsbüro
8. bautechnisches Büro
9. Landespflegegruppe
10. Landwirtschaftsgruppe
11. Schreibdienst

Aus dem oben dargestellten Verbund der Organisationseinheiten in kommunikativer Hinsicht zeigt sich, daß ein dichtes Informationsgeflecht besteht, das bei einer Datenverarbeitungslösung im Bereich der Bürokommunikation keine isolierten Arbeitsplätze zuläßt. Vielmehr ist durch eine das gesamte Amt überziehende Vernetzungslösung sicherzustellen, daß die bestehenden kommunikativen Beziehungen bestmöglich in eine Automationslösung abgebildet werden. Hierbei ist jeder einzelne Mitarbeiter über einen Netzanschluß in den Kommunikationsverbund einzuschalten.

4.4 Schwachstellen in den Kommunikationsbeziehungen und daraus zu ziehende Folgerungen

Nachfolgende Schwachstellen wurden im Zusammenhang mit den Kommunikationsabläufen in den befragten Kulturämtern erkannt:

4.4.1 Auswirkungen der Kommunikation auf Zeitabläufe

- zeitaufwendige Weiterleitung von Unterlagen und Informationen. Abhilfe durch Elektronik-Mail
- Verzögerungen im Verfahrensablauf aufgrund fehlender direkter Zugriffsmöglichkeiten auf die Datenbestände. Abhilfe durch Verlagerung bisher zentral geführter Datenbestände der Luftbild- und Rechenstelle auf die Kulturämter als auch Zusammenfassung der verschiedenen Datenbestände in Datenbanken
- Probleme im Zeitablauf bei nicht aktualisiertem Nachweis von Daten. Abhilfe durch unmittelbare Fortführung der Dateien in automatisierter Form
- Zeitverzögerungen infolge fehlender Vernetzung, insbesondere bei Daten, die im Verwaltungs-PC und Vermessungs-PC gespeichert sind. Abhilfe durch vollständige Neubearbeitung im Komplex Registerdaten.

4.4.2 Doppelarbeiten durch fehlende Kommunikationsbeziehungen

- Doppelerfassungen der Grundbuchmitteilungen sowohl im Verwaltungs- und Organisationsbüro als auch im Planungs- und Vermessungsbüro bei der Wahrnehmung von Eigentumsänderungen, da nicht auf automatisierte Datenbestände der Grundbuchämter zurückgegriffen werden kann.

- Doppelerfassung in Bauakten (Z-Bau) und im Kassengegenbuch. Auch hier ist eine Zusammenführung auf einer Dateibasis vorzusehen.
- Auch die Doppelerfassungen der Teilnehmernachweisdaten bei Fortführungen im Erfassungsbeleg 6 können nur durch Dezentralisierung der Register abgeschafft werden.
- Umfangreiche Doppelarbeit fällt bei Kostenzusammenstellungen, Finanzierungsplänen, Ausschreibungsunterlagen als auch bei der Bearbeitung des Erläuterungsberichtes für den Plan nach 41 FlurbG an. Abhilfe in einer einheitlichen Planungs- und Finanzierungsdatenbank ist geboten.

4.4.3 Schwachstellen bei mehrfacher Fortführung von Datenbeständen in den Kulturämtern

- Doppelte Fortführungen von Eigentümer- und Flurstücksdaten in verschiedenen Registern. Abhilfe durch Dezentralisierung und Neuprogrammierung der Registerdaten in einer Datenbank.
- Doppelte Aktenführung in verschiedenen Sachbereichen und bei den Nebenstellen der Kulturämter. Abhilfe durch eine einheitliche datenverarbeitungsgestützte Ablageordnung.
- Mehrfache Fortführung und Laufendhaltung von statistischen Verfahrensdaten an unterschiedlichen Stellen des Kulturamtes. Abhilfe durch Führung von Originärdaten mit jederzeitigem Zugriff auf die statistischen Daten.
- Umfangreichste doppelte Fortführung von Daten aus Anlaß von Nachträgen zum Flurbereinigungsplan Abhilfe durch Dezentralisierung aller automatisiert gehaltenen Register und unmittelbarer Zugriff bei Fortschreibungen.

5. Zusammenfassende aufgabenbezogene Anforderungen an die Informations- und Kommunikationstechnik

Die Anforderungen zur Optimierung der Arbeitsabläufe im Informations- und Kommunikationsbereich sind bei den befragten Kulturämtern nahezu gleichlautend. Diese Anforderungen charakterisieren einhellig den weiteren Entwicklungsbedarf und stellen letztlich die Grundlage für die Erarbeitung des informations- und kommunikationstechnischen Sollkonzeptes dar.

Als Schlußfolgerungen aus den Untersuchungen, die in den Nrn. 2-4 niedergelegt sind, können folgende Anforderungen an die aufgabenbezogene Informations- und Kommunikationstechnik in den Kulturämtern gestellt werden:

- 5.1 Vollständige Ausstattung der Kulturämter mit moderner Datenverarbeitung (Hardware und Software)
- 5.2 Zentral eingerichtete Datenbanken mit Zugangskontrollen und Zugangsregelungen, die aufgrund einheitlicher Vorgaben in jedem Kulturamt einzurichten und fortzuführen sind.
- 5.3 Herstellung eines vollständigen Kommunikationsnetzes mit passender Geräteausstattung für die jeweilige Aufgabenerledigung.
- 5.4 Automationsgestützte Textverarbeitung mit graphischer Bildoberfläche.
- 5.5 Programmierte Textverarbeitung durch Verknüpfung mit anderen Datenbeständen (vorgangsorientierte Textbearbeitung).
- 5.6 Vorgefertigte Bildschirmmasken zur Abbildung und Bearbeitung von Formularen.

- 5.7 integrierte Tabellenkalkulation für Verwaltungs-, Finanzierungs-, Vermessungs- und sonstige Zwecke.
- 5.8 Graphische Statistikmodule
- 5.9 Persönlich zugängliche Ablagetechniken
- 5.10 Amts-/gruppen-/bürobezogene Ablagesysteme
- 5.11 Speicherungs- und Verwertungsmodule für Informationen, Daten und Dokumente
- 5.12 Telefaxanschluß zum Datenaustausch mit Stellen oder Personen außerhalb des Kulturamtes.
- 5.13 Persönliches Notizbuch für die Mitarbeiter sowie Terminkalender, der von allen Mitarbeitern in einem vorgegebenen Zulassungsrahmen eingesehen bzw. bearbeitet werden kann.
- 5.14 Rechenfunktionen für wiederkehrende Standardberechnungen.
- 5.15 Scannervorrichtungen an zentralen Stellen zur automatisierten Erfassung von Textvorlagen.

Alle Einzelfunktionen der Bürokommunikation und Büroautomation sind durch marktgängige Bürokommunikations-Software realisierbar.

6. Realisierungsansätze

6.1 Organisation

Die Planung der Kommunikationstechnik (Hardware- und Softwarelösung) wird auf der Grundlage der allgemeinen Dienst- und Geschäftsordnung für die Kulturämter des Landes Rheinland-Pfalz vom 25.09.1992 vorgenommen.

Die Aufteilung des Kulturamtes in verschiedene Funktionseinheiten (z. B. Planungs- und Vermessungsbüro, Verwaltungs- und Organisationsbüro, bautechnisches Büro, Landespflegegruppe, Landwirtschaftsgruppe u. a.) ist für die netzintegrierten Kommunikationslösungen gut geeignet.

Bislang feststellbare Produktivitätsverluste (z. B. durch überflüssige Doppelarbeiten, erschwerte Dokumentensuche, umständliche Vorgangsbearbeitung) zwischen den Funktionseinheiten werden nunmehr mit der vorgeschlagenen Informations- und Kommunikationstechnologie minimiert.

Aus Gründen der Datensicherheit und des Datenschutzes muß bei den automationsgestützten Bürokommunikationsanwendungen ein Zugriffsschutz nach Berechtigungskompetenzen realisiert werden.

6.2 Hardwarekomponenten für die Büroautomation und Bürokommunikation

Die Installation der verschiedenen Bürokommunikationsprodukte ist vom Grundsatz her unabhängig von der Rechnerleistung am Arbeitsplatz. Dies bedeutet, daß die Kommunikationstechnik sowohl auf Terminals (Bildschirmarbeitsplätze) als auch auf Arbeitsplatzrechnern (Personalcomputern) lauffähig ist.

Im Verbund mit sonstigen Fachanwendungen, die an den Endgeräten be- und verarbeitet werden, setzt sich in der Praxis immer mehr die Personalcomputerlösung auf der Grundlage des Client-Ser-

ver-Modells durch. Diese Architekturlösung sollte somit zweckmäßigerweise auch für die Bürokommunikation angewendet werden. Damit können auch vorhandene Personalcomputer bei den Kulturämtern in die Kommunikationsausstattung problemlos integriert werden. Das bei der Luftbild- und Rechenstelle z. Zeit auszutestende Pilotprojekt bestätigt bereits im Vorfeld diese Vorgehensweise.

An den Peripheriegeräten des Systems sind arbeitsplatzübergreifende Drucker im Netzverbund einzusetzen. Im Regelfall sind netzintegrierte Systemdrucker ausreichend. Angesichts anhaltender Kaufpreisdegressionen im Bereich der Laserdrucker ist es zweckmäßig, leistungsfähige Schnelldrucker (ca. 10 Seiten pro Minute) mit Lasertechnik büro-/gruppenbezogen einzusetzen.

Daneben ist für Präsentationszwecke und Öffentlichkeitsarbeit pro Kulturamt ein DTP-Arbeitsplatz vorzusehen.

6.3 Softwarelösung für die Büroautomation und Bürokommunikation

Für den Bereich Büroautomation und Bürokommunikation sind im Netzverbund folgende Softwarekomponenten als Grundausstattung zu installieren:

- Graphikorientiertes Textverarbeitungsprogramm (im Test: WordPerfect)
- Programmierter Textverarbeitung (Formulare, Textbausteine, Verbund mit Fachanwendungen)
- E-Mail
- Persönliches Notiz-/Telefonbuch
- Persönlich zugängliche Ablage (Handakte)
- Büro-/gruppenbezogene Ablage
- Formular-/Maskengenerator
- einfacher Graphikeditor (Zeichenprogramm)
- Kalenderfunktion
- Tabellenkalkulation
- Rechenfunktion

Die Akzeptanz für diese geschlossene Softwarelösung ist bei den Mitarbeitern der Kulturämter gewährleistet. Die hier konzipierte Lösung deckt sich mit den Anwenderforderungen im Rahmen der Bedarfsanalyse (vgl. Nr. 2).

Als Zusatzausstattungen sind folgende Bürokommunikationstechnik-Produkte einzuführen:

- Vorgangsmanagement
- Telefax per E-Mail
- Scanner

Vorgangsmanagement ist für den Mitarbeiterkreis oberhalb der Sachgebietsleiterebene vorzusehen, der Organisations- und Führungsaufgaben wahrzunehmen hat.

Die Telefaxeinrichtung ist nicht über ein am Arbeitsplatz verfügbares Telefaxendgerät, sondern über E-Mail zur hausinternen Abgabe- / Eingangsstelle zu realisieren.

Die Scannervorrichtung ist amtsbezogen zentral (ein Gerät) in das System einzuführen.

Zusammenfassung:

Die Softwarelösung im Netzverbund ist das notwendige integrierte Bürokommunikationssystem für die Kulturämter, weil es:

- einen durchgängigen Informations- und Datenaustausch mit gemeinsam genutzter Peripherie ermöglicht

Die Telefaxeinrichtung ist nicht über ein am Arbeitsplatz verfügbares Telefaxengerät, sondern über E-Mail zur hausinternen Abgabe- / Eingangsstelle zu realisieren.

Die Scannervorrichtung ist amtsbezogen zentral (ein Gerät) in das System einzuführen.

Zusammenfassung:

Die Softwarelösung im Netzverbund ist das notwendige integrierte Bürokommunikationssystem für die Kulturämter, weil es:

- einen durchgängigen Informations- und Datenaustausch mit gemeinsam genutzter Peripherie ermöglicht
- eine integrierte Vorgangsbearbeitung (Compound-Document Architecture)
- eine freie Kombination unterschiedlicher Informationsarten (Text, Graphik, Daten, Sprache) bietet.

6.4 Stufen zum Umsetzen des Sollkonzepts

Das Sollkonzept für die Büroautomation und Bürokommunikation ist in 2 Stufen in den Doppelhaushalten 1994/95 und 1996/97 zu verwirklichen, sobald die haushaltsmäßigen Voraussetzungen zur Beschaffung der geplanten Investitionen im vorgegebenen Rahmen vorliegen.

7. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung

Eine auf monetärer Grundlage vorzunehmende Bewertung der automationsgestützten Arbeitsmittel im Bürobereich ist nicht möglich. Es müssen vielmehr vorrangig qualitative/quantitative Aspekte berücksichtigt werden, die nicht oder nur unzureichend einer monetären Untersuchung zugänglich sind.

Die mit der modernen Büroautomation verbundenen Vorteile und Nutzeffekte werden im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Maßstäben aufgaben-/technikorientiert beschrieben und bewertet.

7.1 Integrierte Informationsverarbeitung

Ziel einer wirtschaftlichen Büroorganisation muß es sein, die verschiedenen Informationsformen wie Daten, Texte und Graphiken miteinander zu verknüpfen und/oder zu verdichten, damit sie mit einem Maximum an Produktivität in den Arbeitsabläufen verarbeitet und weitergeleitet werden können.

Im Hinblick auf eine effektive und rationelle Informationsverarbeitung ist es notwendig, monofunktionale Arbeitsplätze mit dem ihnen innewohnenden Mangel des sog. "Medienbruches", d.h. Informationen und Daten müssen z.T. mehrfach erfaßt und von einem System auf ein anderes übertragen werden, durch multifunktionale Arbeitsplätze zu ersetzen.

Die verschiedenen automationsgestützten Methoden der Informationsbeschaffung, -verarbeitung und -weiterleitung werden somit integrierend genutzt. Damit wird ein zweckmäßiges, arbeitszeitbeschleunigendes und ressourcenschonendes Zusammenspiel von Datenverarbeitung, Bürotechnik und Nachrichtentechnik erreicht.

7.2 Netzwerk

Die Aufgaben am Arbeitsplatz erfordern einen permanenten, schnellen und komplexen Informations- und Datenaustausch mit einer Vielzahl an Kommunikationspartnern innerhalb des Kulturamtes. Die Realisierung von Kommunikationsinfrastrukturen auf der Grundlage leistungsfähiger Netztechnologien mit Mehrplatzsystemen ist daher eine entscheidende Voraussetzung.

Insellösungen, d.h. das Führen von isolierten Datenbeständen auf einem Personalcomputer widersprechen dem Konzept, daß Informationen und Daten allgemein und kontrolliert zugänglich sein müssen. Aktualität, Datensicherheit und nicht redundante Informations- und Datenbestände sind bei einem "Stand-Alone-System" häufig nicht hinlänglich gewährleistet. Derzeit sind bei den Kulturämtern unvernetzte Arbeitsplatzrechner (Einzelplatzsysteme) installiert.

7.3 Client-Server-Lösung

Die wesentlichen Vorteile dieser Lösungsvariante sind:

- Die von vielen Anwendern gemeinsam nutzbaren Komponenten, die Ablage, Datenbankanwendungen und Electronic-Mail, laufen auf Servern als Amtstrechner (Zentraleinheit).
- Die rechen- und speicherintensiven Komponenten, wie Text- und Graphikeditoren, werden grundsätzlich auf die Arbeitsplatzebene (PC) ausgelagert.
- Zusätzliche Anwendungen als auch zusätzliche Arbeitsplätze können auf einfache Weise in die Systemarchitektur integriert werden.
- In Bezug auf eine Ausstattung mit Vielzahlteilnehmern (multiuser) mit graphischen Applikationen und hoher Endbenutzer-Produktivität bei ständig gesicherter Arbeitsfunktion der Arbeitsplatzgeräte, wie sie für die Kulturämter notwendig ist, erweist sich die Client-Server-Architektur mit einem Amtstrechner als Server und PC's als Clients im Verhältnis zur Bildschirmarbeitsplatzlösung als weitaus wirtschaftlichste Systemlösung.

7.4 Druckerleistung

Netzintegrierte Hochleistungsgeräte mit Druckgeschwindigkeiten von ca. 10 Seiten pro Minute sorgen für einen hohen Output in Informations- und Datenaustausch. Um den im Kulturamt gegebenen Funktions/Organisationsstrukturen Rechnung zu tragen, sind die Drucker gruppen/ bzw. bürobezogen einzusetzen.

7.5 Standardisierung

Durch die vorgesehene Verwendung standardisierter Produkte im ADV-Bereich der Büroarbeit wird der Forderung nach Wirtschaftlichkeit bei den Automationsverfahren Rechnung getragen. Die Standardisierung trägt auch zur Kommunikationsfähigkeit innerhalb und außerhalb der Landeskulturverwaltung sowie zur Verringerung des Aufwandes für Schulung und Systembetreuung bei.

7.6 Geplantes Bürokommunikationssystem

Es sind folgende Vorteile zu erwarten:

- Verringerung bzw. Abbau von Schreibstaus im Schreibdienst

- geringerem Zeit- und Ressourcenverbrauch für Texterstellung, Korrektur, Vervielfältigung und Suchvorgänge in Akten, Registern und Listen
- Einheitlichkeit bei Standardtexten
- Wegfall von Mehrfacherfassungen und -fortführungen (dadurch Reduzierung von Fehlerquellen, Fehldispositionen, Kosten)
- besserer Kommunikationsfähigkeit (dadurch Verringerung von Ausfallzeiten und terminlichen Überschneidungen)
- kürzeren Bearbeitungszeiten von Vorgängen
- Problemschärfung bei zeitkritischen Angelegenheiten, z.B. Terminsachen
- erleichtertes Auffinden von Schriftstücken
- unmittelbarer Zugriff auf aktualisierte Datenbestände (verbesserte Informationsqualität)
- Verringerung des Kopiervolumens (durch elektronische Dokumenten-/Datenverwaltung, Versenden von Informationen mittels E-Mail).

Gemessen an der Vielzahl und dem Umfang der auf über 10 Jahre Dauer angelegten Leistungsverbesserungen ist die Investition außerordentlich wirtschaftlich.

Erstaufforstung landwirtschaftlich genutzter Flächen

von Regierungsdirektor Hans-Werner Baur, Mainz

1. Einleitung

Am 21. Mai 1992 haben die Agrarminister der Europäischen Gemeinschaft eine Agrarreform beschlossen, die aus zwei Maßnahmenbündeln besteht:

1. den produktbezogenen Beihilfen und
2. den "flankierenden Maßnahmen".

Zu den "flankierenden Maßnahmen" gehört die Förderung

- umweltschonender Wirtschaftsweisen in der Landwirtschaft,
- der 20-jährigen Stilllegung von Ackerflächen zu ökologischen Zwecken und
- der Aufforstung landwirtschaftlicher Nutzflächen.

Diesen "flankierenden Maßnahmen" räumt die Landesregierung Priorität ein, weil es nur durch eine dauerhafte Herausnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen aus der Produktion gelingt, eine Marktentlastung herbeizuführen, die ökologischen Verhältnisse zu verbessern und eine Stabilisierung der Einkommen in der Landwirtschaft sicherzustellen.

Die Durchführung der Aufforstungen stößt jedoch auf erhebliche Schwierigkeiten, solange keine Aufforstungsblöcke - zur Aufforstung geeignete, zusammenhängende Flächen - in den Gemarkun-

gen abgegrenzt sind. Die Einzelfallgenehmigungen nach § 14 Abs. 1 des Landesforstgesetzes (LFG) beanspruchen - wenn eine Vielzahl von Antragstellern, wie dies ab 1993 zu erwarten ist, auftritt - einen zu großen Verwaltungsaufwand. Ohne die Abgrenzung von Aufforstungsblöcken wird zudem ein ungeordneter Verlauf der Aufforstungen landwirtschaftlicher Nutzflächen nicht zu vermeiden sein.

Vor diesem Hintergrund haben das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten und das Ministerium für Umwelt im Einvernehmen mit dem Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz in einem gemeinsamen Rundschreiben vom 04. September 1992 eine Empfehlung und ein Verfahren zur Abgrenzung von Aufforstungsblöcken erarbeitet, das für alle Gemeinden eine Richtschnur für die Durchführung geordneter Aufforstungen sein soll. Dieses Rundschreiben ist allen Gemeinden zugegangen und in sechs landesweit durchgeführten Regionaltagungen Ende 1992 näher vorgestellt und diskutiert worden. Nachfolgend soll vor allem auf die Fragen eingegangen werden, die bei diesen Regionaltagungen gestellt wurden.

2. Ziele der Abgrenzung von Aufforstungsblöcken

Das in dem gemeinsamen Rundschreiben geregelte Verfahren zur Abgrenzung von Aufforstungsblöcken verfolgt drei Ziele:

- 2.1 Wenn ab 1993 eine verstärkte Aufforstungsförderung angeboten wird, dann kann schon heute davon ausgegangen werden, daß Grundstückseigentümer sich kurzfristig verstärkt für die Aufforstung interessieren. Deshalb sind bereits jetzt die Voraussetzungen dafür zu treffen, daß die Eigentümer aufforsten können.
- 2.2 Die Aufforstungen müssen so geordnet verlaufen, daß die Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe nicht gestört wird.
- 2.3 Die Aufforstungsblöcke sollen so ausgewählt werden, daß mit der Anlage von Wald eine ökologische Bereicherung verbunden werden kann, zumindest aber keine Beeinträchtigung der ökologischen Verhältnisse eintritt.

Vorbehaltlich der Zustimmung der EG-Kommission und der Bundesregierung ist folgende Aufforstungsförderung für die Grundstückseigentümer und die Gemeinden vorgesehen:

Als Investitionsbeihilfe

- für die Erstaufforstung mit Laubbäumen (mindestens 80 v.H. Laubbaumartenanteil) bis zu 85 v.H. Zuschüsse der zuwendungsfähigen Kosten, höchstens 15.000 DM/Hektar;
- für die Aufforstung mit Mischkulturen (mindestens 20 v.H. Laubbaumartenanteil) bis zu 70 v.H. der zuwendungsfähigen Kosten, höchstens 10.000 DM/Hektar.

In diesen Investitionsbeihilfen ist eine Prämie für den Schutz und die Pflege in den ersten fünf Jahren enthalten.

Als zweite Komponente wird eine Erstaufforstungsprämie über einen Zeitraum von 20 Jahren gewährt, die den Einkommensausfall für die künftige forstliche Nutzung der ehemals landwirtschaftlich genutzten Flächen ausgleichen soll. Für diese Prämie bestehen folgende, nach zwei Gruppen gestaffelte Überlegungen:

- land- und forstwirtschaftliche Unternehmer sollen für Ackerflächen mit einer Ertragsmeßzahl (EMZ) bis 35 eine jährliche Prämie von 600 DM/Hektar erhalten, die für jeden weiteren EMZ-Punkt um 15 DM ansteigt und bis zu einem Höchstbetrag von 1.200 DM/Hektar und Jahr reicht. Für die Aufforstung von Grünlandflächen werden unabhängig von der Ertragsmeßzahl 600,- DM pro Hektar und Jahr gezahlt.

- sonstige Grundstückseigentümer (Gemeinden ausgenommen), die ihre Flächen nicht mehr selbst landwirtschaftlich genutzt haben, sollen im benachteiligten Gebiet eine Erstaufforstungsprämie von etwa 150 DM/Hektar und Jahr, im nicht benachteiligten Gebiet von etwa 300 DM/Hektar jährlich erhalten.

Die Förderung wird grundsätzlich nur dann gewährt, wenn die Aufforstungsflächen innerhalb der abgegrenzten Aufforstungsblöcke belegen sind oder dort hineingetauscht werden. Wer trotzdem Einzelaufforstungen außerhalb der Aufforstungsblöcke vornehmen will, kann keine Finanzhilfen erhalten, es sei denn, daß das Einzelgrundstück nach seiner Lage und Größe einem Aufforstungsblock (grundsätzlich Mindestgröße drei Hektar) entspricht bzw. mehrere Eigentümer gemeinsam eine entsprechend große Fläche aufzuforsten beantragen.

3. Ergänzende Hinweise zum Abgrenzungsverfahren

Die Abgrenzung von Aufforstungsblöcken liegt im besonderen Interesse der Gemeinden. Deshalb ist es nicht nur erwünscht, sondern dringend erforderlich, daß die Initiative zur Abgrenzung der Blöcke von der Gemeinde ausgeht. In Gemeinden, in denen bereits mehrere Anträge auf Aufforstungen vorliegen, sollten die Antragsteller gebeten werden, ihre Anträge zunächst zurückzustellen bis die Aufforstungsblöcke abgegrenzt sind. In Gemeinden, in denen zwar noch keine entsprechenden Anträge vorliegen, jedoch mit Aufforstungsanträgen zu rechnen ist, sollten die Gemeinden kurzfristig die Initiative zur Abgrenzung der Aufforstungsblöcke entsprechend der in dem Rundschreiben erläuterten Vorgehensweise ergreifen.

Es kann im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens liegen, daß nach Absprache unter den Beteiligten die Erstbegehung zur Anfertigung eines Grobvorschlages nur von der Gemeinde und der Forstverwaltung durchgeführt wird. Voraussetzung ist dabei, daß die in dem Rundschreiben vom 04. Sept. 1992 aufgeführten Kriterien, die bei der Abgrenzung der Aufforstungsblöcke zu beachten sind, nach dem Kenntnisstand der Beteiligten berücksichtigt werden.

In Gemeinden, die an walddreiche Gebiete angrenzen und in denen laut Rundschreiben nicht zusätzlich aufgeforstet werden soll, können in gewissem Umfang - wenn die untere Landespflegebehörde zustimmt - Teilflächen, insbesondere zur Arrondierung von vorhandenen Waldflächen, zugelassen werden.

4. Bodenordnung zur Unterstützung einer geordneten Aufforstung

Aufgrund der ungünstigen Agrarstrukturverhältnisse in Rheinland-Pfalz ist fast immer eine Bodenordnung erforderlich, um die Aufforstung in die Aufforstungsblöcke zu lenken. In erster Linie soll dazu der freiwillige Landtausch genutzt werden. Dieses Verfahren ist für einen raschen Tausch von Flächen in die Aufforstungsblöcke hinein sowie zur Zusammenfassung zersplitterten Grundbesitzes innerhalb der Aufforstungsblöcke besonders geeignet. Der freiwillige Landtausch wird nach der Verwaltungsvorschrift für das "Landtausch- und Pachtförderungsprogramm für die Land- und Forstwirtschaft" (MinBl. 1992 S. 247) besonders hoch gefördert. Nähere Einzelheiten zu den Arten des freiwilligen Landtausches und zum Verfahrensablauf können einem Beitrag im NLKV, Heft 18, S. 5, entnommen werden, in dem diese Verfahren ausführlich dargestellt sind.

Wegen des differenzierten Förderungsangebotes für Grundstückseigentümer, das einen hohen Informationsbedarf auslöst, und zur möglichst bürgernahen Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen, ist vorgesehen, versuchsweise bei einzelnen ausgewählten Verbandsgemeinden sogenannte Helfer einzu setzen, die die Aufforstungswilligen informieren und beraten, Anträge vorbereiten und Tauschmaßnahmen durchführen sollen.

5. Wichtige Fragen in den Regionaltagungen

5.1 Einzelgenehmigungen nach § 14 Abs. 1 LFG während des Abgrenzungsverfahrens?

Diese Frage ist von entscheidender Bedeutung für die Abgrenzung von Aufforstungsblöcken. Während das Verfahren zur Abgrenzung der Blöcke läuft oder eingeleitet ist, sollten einzelne Genehmigungsanträge zurückgestellt werden, bis das Abgrenzungsverfahren abgeschlossen ist. Da die Förderung der Aufforstungen künftig in der Regel nur noch dann gewährt wird, wenn die Aufforstungen innerhalb der Abgrenzungsblöcke vorgenommen werden, sollten die in der Zwischenzeit auftretenden Einzelantragsteller entsprechend beraten werden. Über die Finanzhilfen kann insoweit eine Steuerung zugunsten der Aufforstung in Aufforstungsblöcken vorgenommen werden. Eine Ausnahme hier von gilt für Gemeinschafts- und Einzelaufforstungen, die nach Lage und Größe einem Aufforstungsblock entsprechen und deshalb ebenfalls gefördert werden können.

5.2 Weihnachtsbaumkulturen

Für die Genehmigung und Anlage von Weihnachtsbaumkulturen gilt, daß sie bei Belegenheit des Grundstücks im Aufforstungsblock dort zugelassen werden können. Bei Belegenheit außerhalb der Aufforstungsblöcke gilt weiterhin das geltende Verfahren, d.h. im Gegensatz zur Anlage von Hochwald entfällt eine Lenkung in die Aufforstungsblöcke.

5.3 Können im Jahr 1990 sturmgeschädigte Waldflächen im Rahmen des Aufforstungsprogramms gefördert werden?

Nein. Es gelten für die Finanzierung andere rechtliche Grundlagen.

5.4 Führt das Abgrenzungsverfahren zu Konflikten mit der Landwirtschaft?

Das Verfahren dient der Konfliktvermeidung zwischen den Interessen aufforstungswilliger Grundstückseigentümer und Landwirten, die ihre landwirtschaftlichen Betriebe weiterentwickeln möchten.

5.5 Sind die Haushaltsmittel über einen Zeitraum von 20 Jahren garantiert?

Die Finanzierung der Aufforstungsprämien über 20 Jahre ist sichergestellt. Die EG beteiligt sich mit 50 v.H. an der Finanzierung des Programms. Die restlichen 50 v.H. teilen sich Bund und Land Rheinland-Pfalz im Finanzierungsverhältnis 60 : 40 (Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes").

5.6 Ist das Nachbarrecht zu beachten?

Das Nachbarrecht ist Teil des Privatrechts. Es wird von dem Abgrenzungsverfahren nicht berührt und ist deshalb wie bisher zu beachten.

5.7 Mindestgröße der Aufforstungsblöcke?

Die Mindestgröße für Aufforstungsblöcke liegt bei drei Hektar. Ausnahmen von dieser Mindestgröße nach unten sind jedoch in Einzelfällen zulässig (z.B. zur Abrundung bestehender Feld-Waldgrenzen).

5.8 Wer erhält die Waldrandflächen?

Nach Nummer 8. des Rundschreibens ist sicherzustellen, daß sich am Außenrand der Aufforstungsblöcke wertvolle Waldränder entwickeln können. Deshalb ist diese Frage für den künftigen Vermögensaufbau durch die Aufforstung von erheblicher Bedeutung. Nach Möglichkeit sollte die Gemeinde die Waldrandflächen zur Verfügung stellen bzw. zugeteilt bekommen. Soweit die Gemeinde nicht bereits Flächen am Rand künftiger Aufforstungsblöcke besitzt, ist dies am ehesten mit Hilfe von Bodenordnungsmaßnahmen (vgl. oben) zu erreichen.

5. SCHLUSSBEMERKUNG

In den Regionaltagungen ist immer wieder wegen der sicherlich auftretenden Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Abgrenzungsverfahren von Aufforstungsblöcken Skepsis deutlich geworden. Fest steht aber, daß die Gemeinden wesentlich größere Probleme haben werden, wenn keine Aufforstungsblöcke abgegrenzt werden. Die Welle von Aufforstungsanträgen, die ab 1993 zu erwarten ist, wird den Gemeinden und allen beteiligten Behörden erhebliche Schwierigkeiten bereiten, wenn bis dahin keine Aufforstungsblöcke abgegrenzt sind.

Weinbergsflurbereinigung Nierstein - Jahresringe einer Flurbereinigung -

von Obervermessungsrat Gerd Hausmann, Worms

1. Vorbemerkung

Nierstein und der Wein. Zwei Worte die untrennbar miteinander verbunden sind, da die Niersteiner Weine wegen ihrer besonderen Charakteristik, die sie aus dem dort anstehenden roten Boden beziehen, weltbekannt sind. Bei den berühmtesten Niersteiner Weinlagen handelt es sich jedoch um die Steil- und Hanglagen des Abbruches des Alzey-Niersteiner-Horstes zum Rhein und zu einem Seitental hin.

Diese, den Ruhm des Niersteiner Weines begründenden Lagen, waren allerdings mit so vielfältigen agrarstrukturellen Mängel behaftet, daß es schwerlich mit Worten gebührend zu beschreiben ist.

"Stichwortartig seien jedoch folgende genannt:

- kein systematisches Wegenetz (Überfahren von Fremdgrundstücken; im Steilhang keine befahrbaren Wege),
- viele kleine, unwirtschaftlich geformte Grundstücke,
- Gliederung der Grundstücke in Terrassen durch zahlreiche unterhaltungsaufwendige Mauern,
- tlw. zu lange Rebzeilen mit sowohl direktzugfähigen Teilabschnitten als auch Seilzuggelände in einem Grundstück,
- unregelmäßige, häufig zu gering dimensionierte Wasserableitungen" (1).

Da die mit den Mängeln behafteten Weinberge ca. 20 % der Gesamtrebfläche der Gemarkung Nierstein ausmachten, reiften bereits Anfang der 70er Jahre bei den örtlichen Weingutsbesitzern die Überlegungen, sie im Rahmen eines Flurbereinigungsverfahrens beseitigen zu lassen. So wurde für eine Teilfläche von 125 ha der Steil- und Hanglagen der Gemarkung Nierstein (Rehbach) 1974 ein Flurbereinigungsverfahren eingeleitet. Zur Streckung der finanziellen Belastung wurde es nach § 8 Abs. 3 FlurbG in drei rechtlich selbständige Verfahren (Projekte) geteilt, welche in einem dreijährigen Rhythmus bearbeitet wurden.

Aufgrund der Ergebnisse des ersten Flurbereinigungsprojektes und der erkennbaren Verbesserungen aufgrund der Planung des zweiten Projektes wurde vom Bauern- und Winzerverein bereits während der Ausbauphase des zweiten Projektes beantragt, die Flurbereinigung über das ursprüngliche Gebiet hinaus fortzuführen und nochmals eine Fläche von 115 ha (Auflängen) in drei weiteren Abschnitten zu bereinigen. Dieses Verfahren wurde 1983 eingeleitet.

Parallel hierzu wurde auch für eine Teilfläche von 48 ha in dem zu Nierstein gehörenden Ortsteil Schwabsburg ein Antrag auf Durchführung von Flurbereinigung gestellt, welches jedoch wegen ökologischer Besonderheiten bei den folgenden Betrachtungen unberücksichtigt bleibt.

Die wesentlichen Verfahrensschritte und Gebietsgrößen ergeben sich zusammenfassend dargestellt aus der nachfolgenden Übersicht 1.

	Projekt					
	Rehbach			Auflängen		
	I	II	III	IV	V	VI
Einleitung Gesamtverfahren (Jahr)	1974			1983		
Teilungsbeschluß	1976	1978	-	1984	1986	-
Verfahrensgebietsgröße (ha)	38	39	48	16	49	50
zu bereinigende Rebfläche (ha)	24	27	34	10	35	44
Verfahrensbeteiligte	93	83	130	45	171	130
Rebenräumung (Jahr)	1976	1979	1982	1985	1988	1991
Ausbau (Jahr)	1977	1980	1983	1986	1989	1992
Besitzübergang (Jahr)	1978	1981	1984	1987	1990	1993

Übersicht 1: Zeitlich-sachlicher Verfahrensablauf

Z. Zt. steht der Besitzübergang für das letzte Projekt an, Zeit also, rückblickend die Verfahren zu resümieren, wobei speziell der Wandel bei der Neugestaltung der Flurbereinigungsgebiete in den letzten 15 Jahren betrachtet werden soll, eine Entwicklung die einmal als "Jahresringe der Flurbereinigung" bezeichnet wurde.

Die Niersteiner Verfahren sind hierfür besonders prädestiniert, da mit Ausnahme des 4. Projektes welches nur Direktzuglagen aufweist, alle Abschnitte gleiche topographische Eingangsvoraussetzungen (ca. 30 % Seilzuglage) haben, so daß ein direkter Vergleich möglich ist.

2. Situation vor der Flurbereinigung

Die Verfahrensgebiete (mit Ausnahme des 4. Projektes) weisen topographisch eine Dreigliederung auf. Im Übergangsbereich zu dem Plateau des "Alzey-Niersteines-Horstes" befinden sich flachere Hanglagen mit 10 % - max. 20 %, daran anschließend ein Steilhangbereich mit bis zu 70 % und am Hangfuß wieder flachere Hang- bis Flachlagen von 5 % - 20 % Hangneigung.

Wie viele Weinbergshanglagen am Rhein, waren auch diejenigen in der Gemarkung Nierstein in den vergangenen Jahrhunderten zur Minderung des Längsgefälles terrassiert worden und durch Weinbergsmauern stark untergliedert. Gerade aber die Mauern, wenn auch von erheblicher landespflegerischer Bedeutung, stellten für die Bewirtschaftung mit Maschinen ein erhebliches Hindernis dar.

So mangelhaft wie die Bewirtschaftungsmöglichkeiten war auch die Erschließung der Weinbergflächen. Die wenigen vorhandenen befestigten Wege dienten weniger der unmittelbaren Zufahrt zu den Weinbergen als der großräumigen Erschließung. Selbst direkt angrenzende Weinberge waren von den Wegen nicht erreichbar, da sich dazwischen häufig hohe Böschungen oder Mauern befanden. Die für die Bewirtschaftung der Steillagen notwendigen Wege oberhalb der Gewannen waren fast nirgendwo vorhanden, so daß der Einsatz des Seilzuges kaum möglich war und die Grundstücke überwiegend in Handarbeit bewirtschaftet werden mußten. Die innere Erschließung der Gebiete selbst erfolgte lediglich durch Erdwege, die zudem stellenweise so tief in das Gelände eingeschnitten waren, daß die Weinbergflurstücke nur über Rampen zu erreichen waren.

Die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse waren vor der Flurbereinigung weitestgehend ungeordnet. Bei den in diesem Gebiet häufig auftretenden sommerlichen Starkregen (bis zu 60 mm in einer halben Stunde), kam es in der Vergangenheit häufig zu erheblichen Bodenabschwemmungen und öfter auch zur Überflutung der Ortslagen Nierstein und Schwabsburg. Schon Mitte der 60er Jahre gaben - aufgrund eines verheerenden Unwetters im Jahre 1963 - die Gemeinden Schwabsburg, Nierstein und Nackenheim die Erstellung eines gemeinsamen Entwurfs zur Verhütung künftiger Unwetterschäden in Auftrag. Allein für die Gemeinde Nierstein einschließlich des jetzigen Ortsteils Schwabsburg belief sich der Kostenanschlag auf über 4 Millionen DM.

3. Neuplanung

Hauptaufgabe bei der Neugestaltung der Verfahrensgebiete war daher die Planung eines bedarfsgerechten Wegenetzes, welches die Flächen unterschiedlicher Bewirtschaftbarkeit (Seilzug, Direktzug) durch Wege trennte und die Erschließung aller Nutzflächen gewährleistete sowie die Herstellung maschinell bewirtschaftbarer Rebflächen und die Regelung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse.

Schon in dem vorgenannten gemeindlichen Planwerk wurde darauf hingewiesen, daß sich eine grundsätzliche Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Situation durch die Neuanlage eines Systems hangparalleler wasserführender Wirtschaftswege mit senkrecht zum Hang angelegten Vorflutgräben nur in Verbindung mit einer Bodenordnung erreichen ließe.

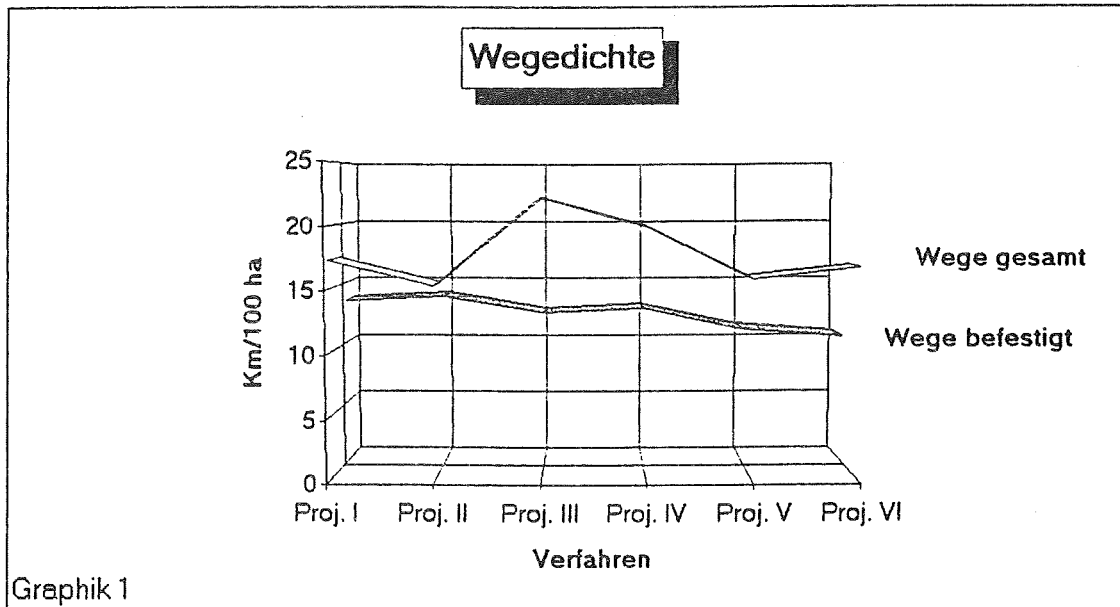
Wesentlich für die positive Beeinflussung des Abfluß- und Erosionsverhaltens sind die dicht gestaffelten, wasserführenden Wege im Bereich des Steilhangs. Unter Berücksichtigung der Seilzugbewirtschaftung wurden die Gewannlängen wesentlich verkürzt. Damit konnte erreicht werden, daß sich künftig das Wasser nicht mehr über längere Fließstrecken hinweg konzentriert. Es kann somit keine zerstörerische Kraft entfalten. Eine schadlose Ableitung des Oberflächenwassers zu den neuen und vorhandenen Gräben ist gewährleistet. Die Seilzuglagen sind ausreichend erschlossen. Da sich das Wegenetz an den topographischen Gegebenheiten orientiert, hat sich die Grundkonzeption im Laufe der Verfahren kaum verändert. Die Neugestaltung der Flurbereinigungsgebiete ergab eine relativ konstante Wegenetzdichte mit Ausnahme des 4. Abschnittes.

Wegen der o. g. Wasserführungsfunktion und zur Sicherstellung einer ganzjährigen Erschließung war die Befestigung eines überwiegenden Anteils der Wege erforderlich. Auffällig ist jedoch, daß im Laufe der zeitlichen Abfolge der Verfahren die Dichte der befestigten Wege konstant abnimmt.

Die Abnahme der Befestigungsdichte wird darauf zurückgeführt, daß aufgrund des wachsenden Verständnisses für Naturschutz und Landschaftspflege, aber auch wegen der im Laufe der Verfahren erworbenen Erkenntnisse nur noch diejenigen Wege befestigt wurden, für die eine Befestigung aus den genannten Gründen unbedingt notwendig ist.

Neben der konstanten Abnahme der Dichte der befestigten Wege ist auch eine Änderung in der Ausbauart, abhängig von der zeitlichen Abfolge der Verfahren erkennbar. Erfolgte in den ersten Abschnitten die Befestigung in Bitumen mit einer seitlichen Wasserführung, so fällt auf, daß später diejenigen Wege, denen keine besondere Wasserführungsfunktion, sondern eine Erschließungsfunk-

tion zukommt, in der Folgezeit nicht mehr mit Bitumen befestigt wurden, sondern mit sogenannten Rasengitterverbundsteinen, um so einer weiteren Versiegelung des bisher offenen Bodens entgegenzuwirken. Waren dies im 2. und 3. Abschnitt erst zwei kurze Wegestücke (Ökobrücken zur Verringerung des Barriereeffektes), die in dieser Bauweise erstellt wurden, so sind es in den drei letzten Projekten Wege mit Längen bis zu einem halben Kilometer.



Graphik 1: Wegedichte

Ebenso wie bei den Wegen erfuhr die Konzeption des Grabensystems im Laufe der Zeit kaum eine Änderung. Die weitere Ableitung des auf den wasserführenden Wegen gesammelten Oberflächenwassers orientierte sich nach Möglichkeit an dem vorhandenen Grabensystem, welches ausgebaut, ergänzt und teilweise neu angelegt wurde.

Während jedoch in den ersten Verfahren noch das Oberflächenwasser durch das Grabensystem direkt dem Rhein zugeleitet wurde, ist in den letzten Verfahren durch die Anlage von Rückhaltebecken sichergestellt, daß der Ausgleich der Wasserführung gewährleistet wird.

In der Art der Sohlbefestigung, die aufgrund der Gefälleverhältnisse notwendig ist, hat sich allerdings eine erhebliche Entwicklung vollzogen. Während in den ersten beiden Abschnitten die Sohlbefestigung der Gräben mit Betonfertigteilen in Form von Doppeltrapezschalen erfolgte, wurde in den restlichen Abschnitten Natursteinpflaster verwendet. Zunächst ahmte man dabei das Profil einer Trapezschale nach, bis aufgrund von ökologischen Untersuchungen nachgewiesen wurde, daß die Knicke zwischen Sohle und Wange für bestimmte Tierarten eine nachteilige Trennlinie darstellen. In den letzten Verfahren wurde für den Querschnitt der Sohlbefestigung daher eine parabelförmige Ausbildung gewählt.

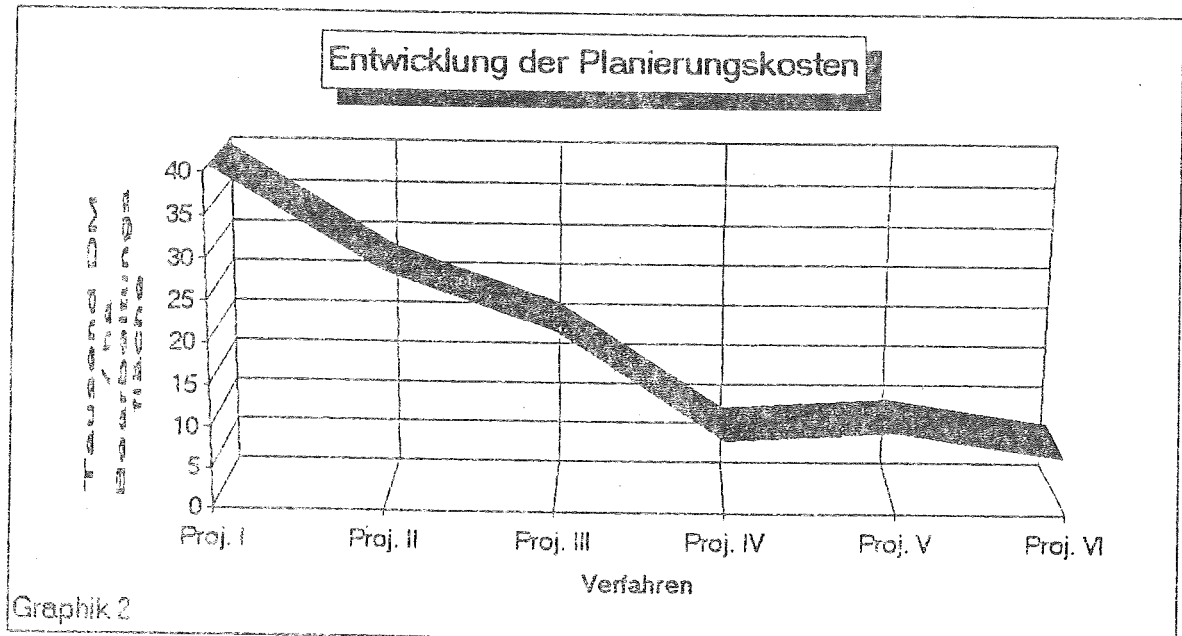
Neben der Erschließung und der Regelung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse war die Herstellung maschinell bewirtschafteter Rebflächen ein Hauptziel der Verfahren. Gerade hieran läßt sich der erhebliche Wandel bei der Bearbeitung der Weinbergslurbereinigung dokumentieren.

Die vorhandenen Mauern, soweit sie sich in Nutzflächen befanden und damit weitestgehend die maschinelle Bewirtschaftung verhinderten, mußten entfernt werden und aus Stabilitätsgründen die neuen Wege in das anstehende Gelände eingeschnitten werden. Ausgehend von der Philosophie, daß eine Mauer, gleich ob sie innerhalb einer Wirtschaftsfläche oder zwischen einer Wirtschaftsfläche und einem Weg errichtet wird, zu einer Wirtschafterschwernis führt, wurden in allen Verfahren möglichst die Wirtschaftsflächen durch Planierungen an die neuen Wege angeglichen.

Dabei spielen für die maschinelle Bewirtschaftung von Seilzuglagen sogenannte Über- oder Unterbögen, also konkave bzw. konvexe Geländeausformungen in Bewirtschaftungsrichtung eine wichtige Rolle. Bei den Planierungen in den beiden ersten Projekten hatte man daher die Seilzuglagen so gestaltet, daß Über- und Unterbögen nicht mehr auftraten (Tafelschnitt). Aufgrund der bei den Verfahren gewonnenen Erkenntnisse wurden jedoch in den letzten Abschnitten derartige Über- und Unterböden in einem gewissen Umfang belassen.

Daneben spielt für die Bewirtschaftung von Rebflächen auch der Seitenhang eine wesentliche Rolle. Zu dessen Vermeidung wurden zu Anfang der Verfahren noch Geländevertiefungen bzw. Erhöhungen in beträchtlichem Umfang (3 - 4 Meter Höhe) abgetragen bzw. verfüllt. Aus Gründen des Erhalts des Landschaftsbildes und auch zur Kostenreduzierung wurde auf derartig massive Eingriffe in den weiteren Verfahren verzichtet.

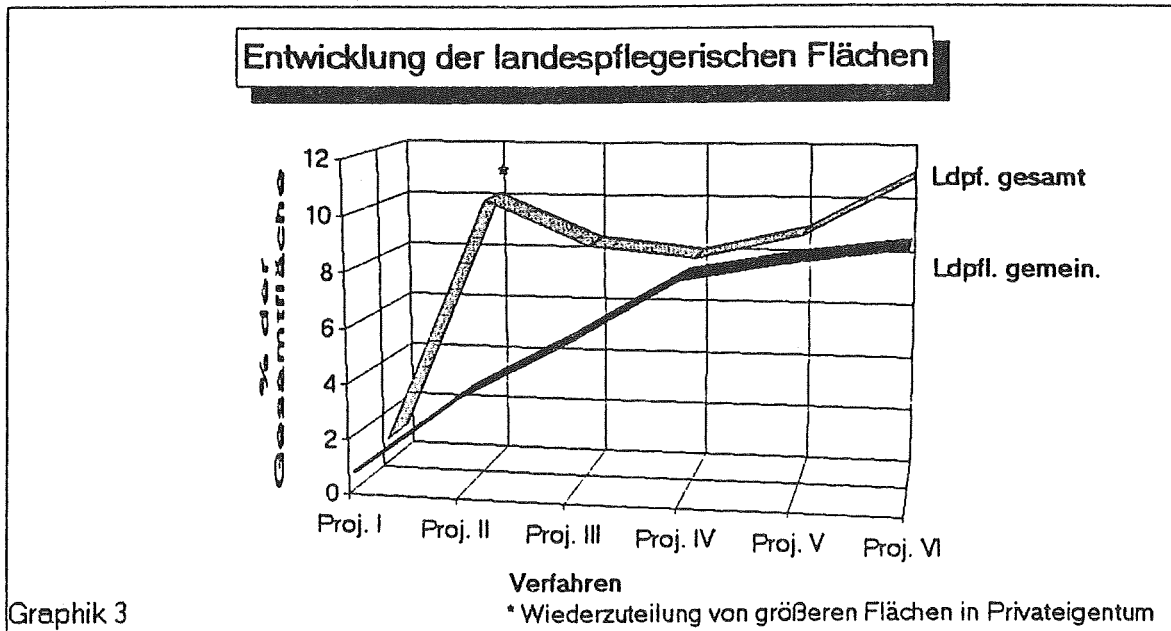
In welchem dramatischen Umfang die Planierungsmaßnahmen in den Verfahren reduziert wurden, ergibt sich aus der Graphik 2. Da die Kostenangaben nicht inflationsbereinigt sind, ist der tatsächliche Rückgang der Planierungen noch wesentlich stärker, als sich dies in den Kosten widerspiegelt.



Graphik 2: Entwicklung der Planierungskosten

Mauern wurden dabei - zumindest in den ersten Projekten - nur dort errichtet, wo sich eine statische Notwendigkeit ergab. Wegen des umfangreichen Wegfalls von vorhandenen Mauern ergab sich allerdings in den letzten Projekten aus Gründen des landespflegerischen Ausgleichs die Erfordernis, mehr Mauern zu errichten, als aus Stabilitätsgründen erforderlich gewesen wären. Dabei wurde allerdings darauf geachtet, daß die neuen Mauern der o. g. Philosophie entsprechend und auch nur dort errichtet wurden, wo sie zumindest optisch eine Stützfunktion wahrnehmen. Hinsichtlich der Art des Mauerbaus hat sich im Laufe der Jahre ebenfalls eine Veränderung ergeben. Wurden zunächst nur vermörtelte Bruchsteinmauern aus den Abbruchsteinen vorhandener Mauern hergestellt, so wurden in der Folgezeit fast nur noch Gabionen (Drahtschotterkörbe) verwendet, die der ökologischen Funktion von Trockenmauern am nächsten kommen.

In gleichem Maße, wie der Aufwand der Planierungen abnahm, nahm der Anteil der gemeinschaftlichen landespflegerischen Anlagen zu.



Graphik 3: Entwicklung der landespflegerischen Flächen

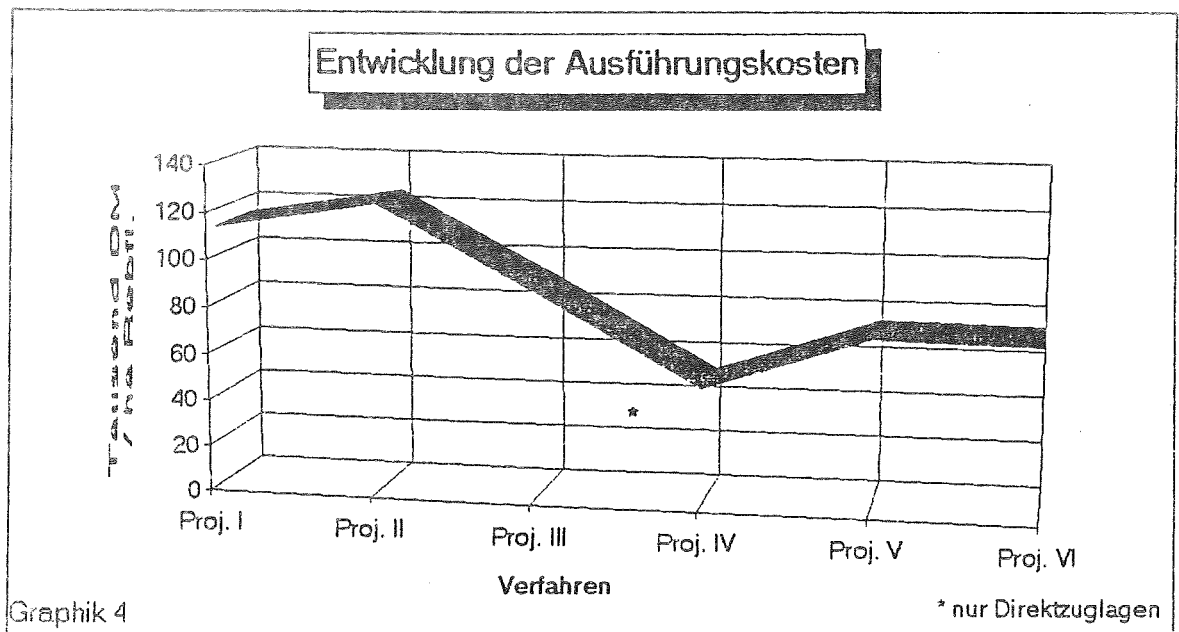
Ausschlaggebend hierfür sind zwei Gründe. Zum einen wurden zu Anfang der Verfahren noch möglichst alle Flächen, die sich, wenn auch gerade noch, für eine Bewirtschaftung eigneten, hergerichtet. Jedoch bereits im 2. Projekt wuchs die Erkenntnis, daß die Herrichtung derartiger Flächen in der Regel mit einem verhältnismäßig hohen Aufwand betrieben werden müßte, dessen Kosten unter Umständen den Bodenwert übertrafen. Zum anderen machte sich im Laufe der Verfahren der Einfluß der Landespflege immer stärker bemerkbar, da die Herrichtung von Grenzflächen auch immer mit einem erheblichen landespflegerischen Eingriff verbunden war. Es wurde daher auf eine Herrichtung verzichtet und diese Flächen der Landespflege zur Verfügung gestellt (tlw. durch Ankauf aus Ökotoptmitteln).

Daneben wurden die Anforderungen an die Ausgleichsmaßnahmen im Sinne des Landespflegegesetzes ständig verschärft. Wurden zunächst nur Ausgleichsmaßnahmen für entfallende Bestände gefordert, so mußten in der Folgezeit zunächst die Wegebefestigung in Bitumen, schließlich auch die Befestigung mit Schotter, Durchlässe, Planierungen usw. ausgeglichen werden. Dies alles hat den Anteil der gemeinschaftlichen landespflegerischen Anlagen erheblich erhöht.

Die Abnahme der Ausbaumaßnahmen und die damit verbundene Zunahme des Anteils der landespflegerischen Anlagen führte zu zwei für die Winzer wesentlichen Effekten:

Die Ausführungskosten konnten je Hektar Rebfläche trotz Inflation bis zum 5. Projekt ständig reduziert werden (Graphik 4).

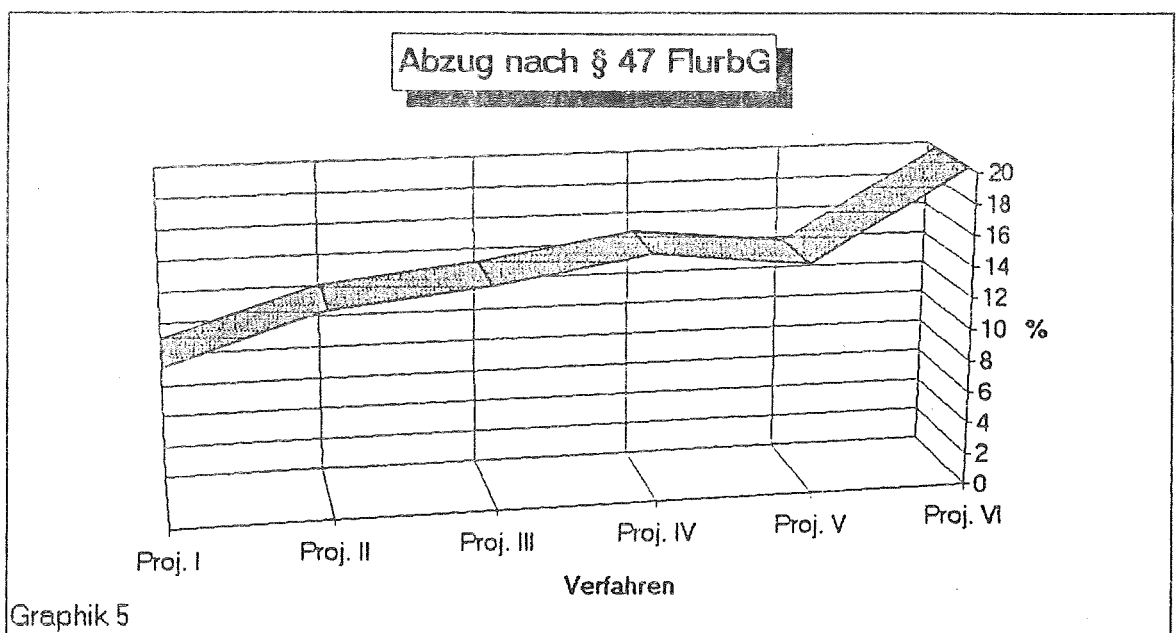
Durch die Rücknahme der Neugestaltung in Extrembereichen hat sich der Abzug nach § 47 FlurbG beständig erhöht (Graphik 5) und mittlerweile bedenkliche Höhen erreicht.



Graphik 4

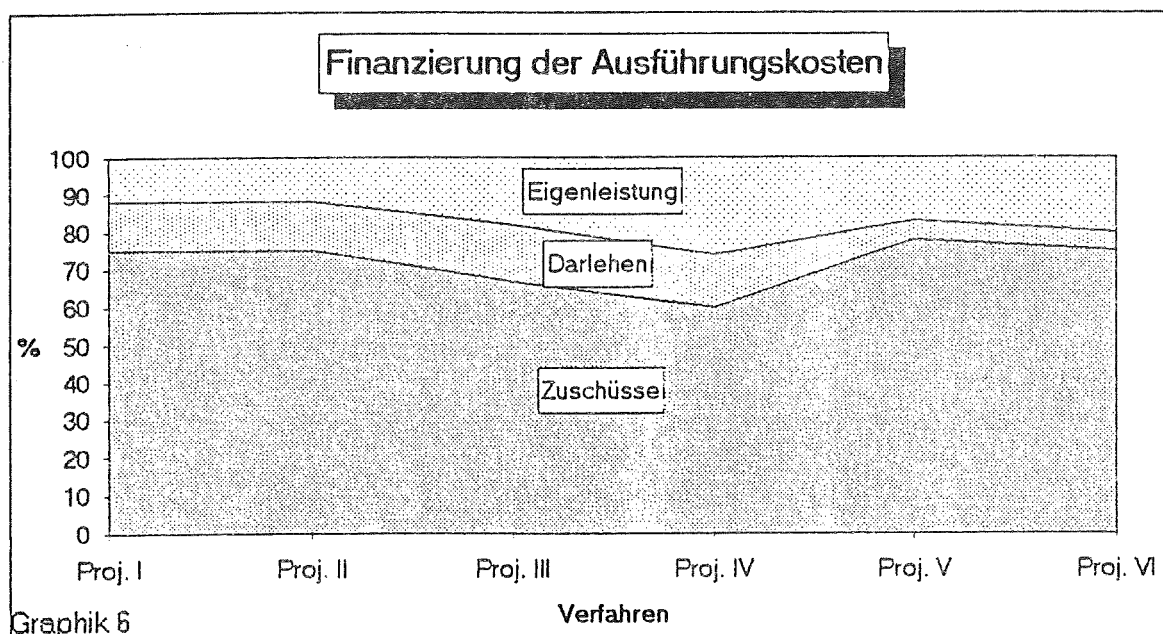
Graphik 4: Entwicklung der Ausführungskosten

Wichtiger als die Abnahme der Ausführungskosten, ist für die Beteiligten die bei ihnen verbleibende Kostenbelastung (Eigenleistung und Darlehen). Unter Berücksichtigung der verschiedenen, im Laufe der Zeit gültigen Finanzierungsrichtlinien ist auch hier eine deutliche Abnahme zu verzeichnen. Dies ist im wesentlichen auf die gesunkenen Ausführungskosten zurückzuführen, da die prozentuale Höhe der Zuschüsse mit geringen Ausnahmen gleich geblieben ist (Graphik 6).



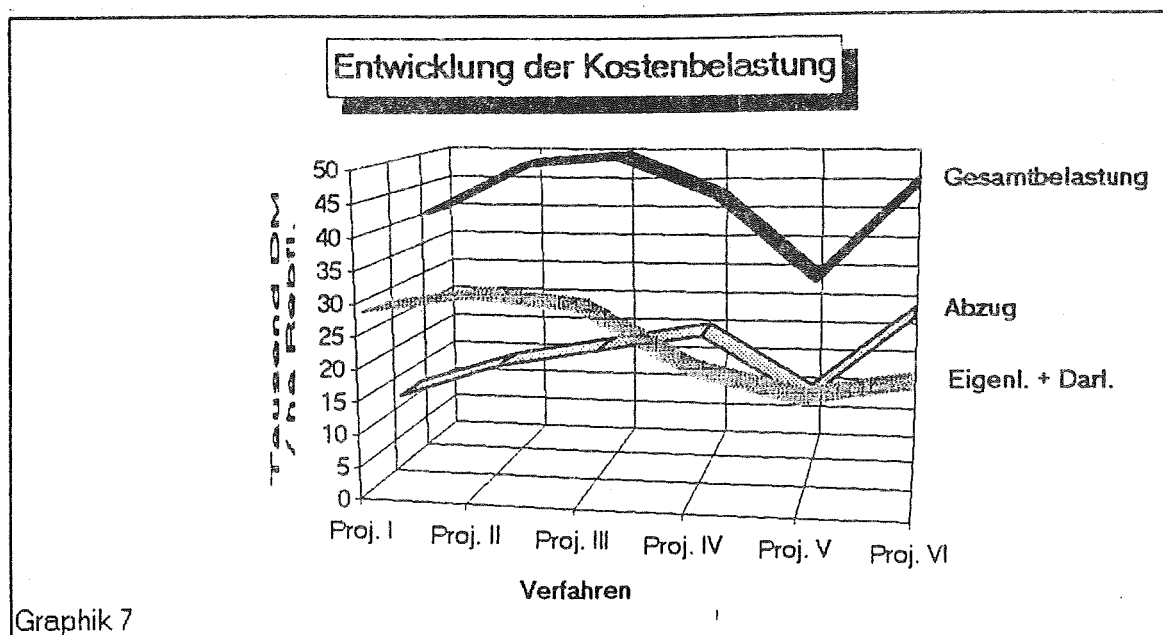
Graphik 5

Graphik 5: Abzug nach § 47 FlurbG



Graphik 6: Finanzierung der Ausführungskosten

Aufgefangen werden die Einsparungen jedoch durch den ständig gestiegenen Abzug nach § 47 FlurbG. Auch wenn wegen fallender Bodenpreise der kapitalisierte Wert des Abzuges nicht im gleichen Maße wie der Abzug stieg, so gleicht der Landverlust die verringerte finanzielle Belastung fast vollständig aus (Graphik 7), so daß sich eine etwa gleichbleibende Gesamtbelastung der Teilnehmer ergibt.



Graphik 7: Entwicklung der Kostenbelastung

4. Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzustellen, daß im Laufe der Jahre ein Umdenkungsprozeß bei der Neugestaltung der Weinbergsflächen stattgefunden hat. Wurde in der Anfangsphase noch dahingehend geplant, daß möglichst der letzte Quadratmeter wieder genutzt werden konnte, so wurde im Laufe der Jahre immer mehr Rücksicht auf die landespflegerischen Belange und das Kosten-/Nutzenverhältnis genommen und sich auf diejenigen Rebflächen beschränkt, von denen anzunehmen ist, daß auf ihnen langfristig rationell Weinbau betrieben werden kann.

Dadurch wurde der Anteil der landespflegerischen Flächen in einem erheblichen Maße gesteigert.

Positiv hierzu ist zu vermerken, daß der Vorstand der Teilnehmergeinschaft dies mitgetragen hat. Auch im Denken der Winzer hat sich über die letzten 15 Jahre ein Wandlungsprozeß vollzogen. Wurde zunächst der Weinberg lediglich als Produktionsstätte betrachtet, so ist die Erkenntnis gereift, daß neben der Ökonomie auch die Ökologie ihre Daseinsberechtigung hat und sich eine vielgestaltige Landschaft für die Vermarktung des Weines nutzen läßt. Die in den verschiedenen Verfahren angelegten Aussichtspunkte erfahren einen regen Zuspruch und die nunmehr jährlich ausgerichtete Weinpräsentation "Am Roten Hang" ist eine feste Institution innerhalb des Veranstaltungskalenders der Gemeinde Nierstein geworden.

(1) Willy Schuy/Gerd Hausmann: Weinbergsflurbereinigung Nierstein - Grundlage für einen zukunftsgerichteten Weinbau, Festschrift zur 1250 Jahrfeier Nierstein 1992, Seite 318

Landentwicklung und Flurneuordnung im Partnerland Thüringen

von Ltd. Ministerialrat Ernst Heider, Erfurt und
Ministerialdirigent Felix Zillien, Mainz

Die Abteilung 3 (Landentwicklung) im Thüringer Ministerium für Landwirtschaft und Forsten in Erfurt hat im Jahresbericht 1992 die Aktivitäten auf dem Gebiet der Landentwicklung/Flurneuordnung zusammengestellt, die im wesentlichen folgende Ergebnisse aufweisen:

1. Flurneuordnung

Im Berichtsjahr 1992 wurden 5 Flurneuordnungsverfahren mit einer Gesamtfläche von 4.474 ha eingeleitet. In allen Verfahren sind auch die Ortslagen in die Neuordnung einbezogen worden:

Verfahren	Landkreis (ha)	Fläche (ha)	LN (ha)	FN (ha)	Ortslage
Linda	Pörsneck	624	305	224	10
Böseckendorf	Worbis	669	362	165	11
Ketten	Bad Salzungen	1005	546	234	30
Mendhausen	Meinigen	996	708	93	18
Wolfmannshausen	Meinigen	1180	940	166	20
		4474	2861	882	89

2. Zusammenführung von Boden- und Gebäudeeigentum

Im Jahr 1992 hat die Anzahl der Anträge auf Zusammenführung von Boden- und Gebäudeeigentum auf der Grundlage von § 64 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes um 586 auf 1.445 zugenommen. Das entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr 1991 um rd. 168%.

Von den Gesamtanträgen konnten 216 Fälle abschließend bearbeitet werden. In 31 Fällen wurde ein freiwilliger Landtausch gemäß § 54 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes durchgeführt, während in den übrigen Fällen aufgrund der Beratung durch die Flurneuordnungsämter eine privatrechtliche Regelung gefunden werden konnte.

3. Dorferneuerung

Im Jahr 1992 waren insgesamt 177 Gemeinden als Förderschwerpunkte anerkannt.

Mit der Neufassung der Förderrichtlinie wurde die Anerkennung der Dorferneuerungsgemeinden auf 3 Jahre begrenzt. Damit läuft zum Ende des Jahres 1992 in 93 Gemeinden die Anerkennung als Förderschwerpunkt bereits aus. Bei den Flurneuordnungsämtern liegen insgesamt 436 Anträge von Gemeinden auf Anerkennung als Förderschwerpunkt ab 1993 vor.

Im Berichtsjahr 1992 wurden insgesamt 2.045 Fördermaßnahmen mit rd. 42 Mio. DM gefördert:

- 24,7 Mio. DM Gemeinschaftsaufgabe
- 15,7 Mio. DM EG-Programm
- 1,5 Mio. DM Landeshaushaltsmittel

Mit diesen Fördermitteln wurde ein Gesamtbauvolumen von rd. 105 Mio. DM initiiert.

Erstmalig wurde 1992 ein Landesprogramm in die Förderrichtlinie aufgenommen. Mit diesem Landesprogramm werden Dorferneuerungsmaßnahmen gefördert, die nach den Fördergrundsätzen der Gemeinschaftsaufgabe nicht förderfähig sind.

Die Fortsetzung des eigenständigen Landesprogramms in den Folgejahren wird als notwendig angesehen.

Im Landeswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" hat die Beteiligung von 171 Gemeinden im Jahre 1991 auf 327 Gemeinden im Berichtsjahr zugenommen.

Landessieger wurde die Gemeinde Bischofroda im Landkreis Eisenach.

4. Agrarstrukturelle Vorplanung

Im Berichtsjahr 1992 waren insgesamt 37 Agrarstrukturelle Vorplanungen für eine Gesamtfläche von rd. 220.000 ha in Bearbeitung. Das entspricht rd. 15% der Landesfläche Thüringens.

Insgesamt konnten 31 Agrarstrukturelle Vorplanungen fertiggestellt werden, mit der Maßgabe, daß Entscheidungsgrundlagen für Maßnahmen der Landentwicklung geschaffen wurden.

5. Landespflege

Im Jahr 1992 wurden 27 Erosionsschutzpflanzungen gefördert:

Amt	Anzahl	Länge	Kosten	Zuwendungen
Gotha	18	49 km	733 TDM	513 TDM
Gera	6	19 km	282 TDM	197 TDM
Meiningen	3	13 km	203 TDM	142 TDM
Summe	27	81 km	1.218 TDM	852 TDM

6. Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben

Aufgrund verbesserter Fördergrundsätze für die Wiedereinrichtung und Modernisierung sowie die Sonderförderung für Junglandwirte und Betriebe in den von Natur benachteiligten Gebieten wurde eine Vielzahl von Nachbewilligungen für die bereits 1991 geförderten Wiedereinrichter erforderlich.

Das gesamte Fördervolumen für Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben ergibt sich aus folgender Übersicht:

Förderbereich	Kosten (Mio DM)	Zuschüsse (Mio DM)	Darlehen (Mio DM)
Wiedereinrichtung	128	51	42
(Nachbewilligung)	-	4	17
Umstrukturierung	88	1	63
Energieträgerumstellung	5	2	-
Agrarkreditprogramm	49	13	-
Summe	240	71	122

7. Ländlicher Wegebau

Im Jahr 1992 wurden insgesamt 61 Fördermaßnahmen mit einer Gesamtlänge von rd. 60 km gefördert:

Amt	Anzahl (km)	Länge	Kosten	Zuwendungen
Gotha	21	23,2	3.364 TDM	2.800 TDM
Gera	11	10,0	2.276 TDM	1.777 TDM
Meiningen	29	26,5	2.821 TDM	2.240 TDM

8. Gesetzliche Regelungen

Im Berichtsjahr 1992 konnte am 30. Juni 1992 das Thüringer Ausführungsgesetz zum Flurbereinigungsgesetz (ThürAGFlurbG) erlassen und im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Thüringen veröffentlicht werden (GVBl. S. 304). Das rheinland-pfälzische Landesgesetz zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes (AGFlurbG) vom 18. Mai 1979 (GVBl.S. 271) hatte dabei Vorbildfunktion.

9. Verwaltungsvorschriften

Nachfolgende Verwaltungsvorschriften konnten 1992 erlassen werden:

- Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben vom 3. Februar 1992; Az.: 304-5815
- Beteiligung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten Naturschutzverbände in Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz und Bodenordnungsverfahren nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (StAnz. Nr. 17/1992, S. 577)
- Ausschreibung für den Dorfettbewerb im Lande Thüringen 1992/93 "Unser Dorf soll schöner werden" (StAnz. Nr. 20/1992, S. 644)
- Durchführung der Wertermittlung in Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz und nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (StAnz. Nr. 24/1992, S. 813)
- Förderung der Dorferneuerung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und Förderung der Dorferneuerung aus Landesmitteln (StAnz. Nr. 30/1992, S. 1007)
- Gemeinsamer Runderlaß des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft und Forsten, des Thüringer Ministeriums für Umwelt und Landesplanung sowie des Thüringer Ministeriums des Innern "Kordinierung der Bauleitplanung und Flurneuordnung" (StAnz. Nr. 31/1992, S. 1047)
- Zusammenarbeit der Flurneuordnungsbehörden und Naturschutzbehörden in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz und nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (StAnz. Nr. 47/1992, S. 1641)
- Förderung der Flurneuordnung nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" vom 09.11.1992; Richtlinie 9.1.

10. Richtlinien zur Planung und Durchführung von Flurneuordnungsverfahren

- Gliederungsschema der Richtlinien
- Sonderregelungen für Verfahren nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (Richtlinie 17)
- Zusammenarbeit der Vermessungs- und Katasterbehörden und der Flurbereinigungsbehörden in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz und nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz (Richtlinie 19.3).

11. Verwaltungshilfen

Unter Berücksichtigung des Ausbildungsstandes der Thüringer Mitarbeiter sowohl im Ministerium als auch bei den Flurneuordnungsämtern ist die zielbewußte Weiterführung der bisherigen Verwaltungshilfen in den Folgejahren dringend geboten.

Freigrenzen nach dem Grundstücksverkehrsgesetz und dem Landpachtverkehrsgesetz in Rheinland-Pfalz

von Ministerialrat Dr. Franz-Hubert Spaetgens

Der Landtag von Rheinland-Pfalz hat in seiner Sitzung vom 21.1.1993 dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des Grundstücksverkehrsgesetzes vom 19. Dezember 1962 (GVBl. 1963 S. 1, BS 7810-3) zugestimmt. Der Ministerrat hatte bereits in seiner Sitzung vom 3. November 1992 eine Landesverordnung zur Durchführung des Landpachtverkehrsgesetzes vom 8. November 1985 (BGBl. I S. 2075), die eine Freigrenze nach dem Landpachtverkehrsgesetz vorsieht, beschlossen. Das Landesgesetz und die Landesverordnung werden in Kürze veröffentlicht. Mit beiden Regelungen werden in Rheinland-Pfalz weitgehende Lockerungen bei dem landwirtschaftlichen Grundstück- und Landpachtverkehr unter Berücksichtigung der derzeitigen agrar- und strukturpolitischen Rahmenbedingungen eingeführt.

1. Freigrenze nach dem Grundstücksverkehrsgesetz

Durch das neue Landesgesetz zur Ausführung des Grundstücksverkehrsgesetzes (AGGrdstVG) wird jetzt auch in Rheinland-Pfalz von der nach § 2 Abs. 3 Nr. 2 des Grundstücksverkehrsgesetzes den Ländern eröffneten Möglichkeit, die Veräußerung von Grundstücken bis zu einer bestimmten Größe aus der Genehmigungspflicht auszunehmen, Gebrauch gemacht. Danach bedarf die Veräußerung eines Grundstückes keiner Genehmigung, wenn es nicht größer als 0,5 ha ist, es sei denn, es wird Weinbaulich genutzt und ist größer als 0,1 ha ist oder auf ihm befindet sich die Wirtschaftsstelle eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes (§ 1 AGGrdstVG). Nach § 2 des Gesetzes sind diese Regelungen anzuwenden auf die Veräußerung von grundstücksgleichen Rechten, die die land- oder forstwirtschaftliche Nutzung eines Grundstückes zum Gegenstand haben und von selbständigen Fischereirechten, die nicht dem Eigentümer eines Gewässers zustehen. Da das geltende Landesgesetz zur Ausführung des Grundstücksverkehrsgesetzes vom 19. Dezember 1962 (GVBl. 1963 S. 1, BS 7810-3) auch redaktionell überarbeitet werden mußte, war es geboten, das Gesetz insgesamt neu zu erlassen, was für die Anwendung in der Praxis erhebliche Erleichterungen bedeutet. Mit der Sonderregelung für die Weinbaulich genutzte Fläche mit einer Freigrenze von bis zu 0,1 ha werden der höhere Wirtschaftswert der Weinbaulich genutzten Fläche und die durchweg geringeren Grundstücksgrößen in den Weinbaulagen berücksichtigt. Die Freigrenze von bis zu 0,5 ha auch für die Weinbaulich genutzte Fläche würde bei den Strukturverhältnissen in den meisten Weinbaulagen die Kontrolle in diesem Bereich völlig aufheben, was nicht vertretbar erscheint. Durch die weitere Regelung, daß die Grundstücke, auf denen sich die Hofstelle eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes befindet, unabhängig von der Größe in der Kontrolle verbleiben, wird berücksichtigt, daß in Rheinland-Pfalz bei der vorwiegend dichten Bebauung in den ländlichen Ortslagen zahlreiche Hofstellen von landwirtschaftlichen Betrieben beengt sind. Durch die Beibehaltung der Genehmigungspflicht bei Veräußerung von Wirtschaftsstellen wird hier auch in Zukunft den angrenzenden Landwirten der Vorrang beim Erwerb zugestanden.

Zu den Gründen für die Einführung einer Freigrenze ist zunächst auf den Willen des Gesetzgebers zu verweisen, daß bei der Anwendung des Grundstücksverkehrsgesetzes, das ja durchaus eine erhebliche Einschränkung der in Art. 14 des Grundgesetzes enthaltenen Eigentumsgarantie beinhaltet, indem der Verkauf bestimmten Regeln unterworfen wird, überzogener Verwaltungsaufwand zu vermeiden ist. Die Eingriffe in den Grundstücksmarkt sind auf das im Hinblick auf die agrarpolitischen Ziele des Gesetzes notwendige Maß zu beschränken. Bei diesen Zielen ist insbesondere die Erhaltung und Verbesserung wettbewerbsfähiger Agrarstrukturen auch heute noch durchaus aktuell, während zweifellos andere Ziele, die seinerzeit im Jahre 1962 noch für das Gesetz bestimmend waren, wie die Sicherung der Volksernährung, völlig in den Hintergrund getreten sind. In Rheinland-Pfalz entfällt seit jeher, wie die Statistiken über einen langen Zeitraum ausweisen, ein ver-

hältnismäßig großer Teil der Verkaufsfälle auf verhältnismäßig kleine Grundstücksgrößen. So sind in der Grundstückverkehrsstatistik für 1991 bei Verkäufen von insgesamt 27.300 Einzelgrundstücken 22.400 Einzelgrundstücke in der Größenklasse bis 0,5 ha = 80 v. H. erfaßt. Dabei entfallen von der verkauften Fläche von insgesamt 13.300 ha aber lediglich 3.019 ha auf Grundstücksgrößen bis 0,5 ha = rd. 24 v. H. Die Statistiken in den früheren Jahren zeigen ähnliche Relationen. Schon alleine die Tatsache, daß hier bei einem erheblichen Fortfall von Verwaltungsaufwand durch den Fortfall von rd. 80 v. H. der Prüfungsfälle nur eine Fläche von rd. 24 v. H. aus der Genehmigungspflicht ausgenommen wird, belegt, daß nur in sehr begrenztem Umfang negative Auswirkungen zu befürchten sind, sofern diese überhaupt eintreten können. Die Ermittlungen bei den Kreisverwaltungen als Genehmigungsbehörden haben auch bestätigt, daß durch die Freigrenze doch deutliche Einsparungen an Verwaltungsaufwand möglich sind. Diese Einsparungen sind heute umso mehr geboten, da die Kreisverwaltungen durch erhebliche zusätzliche Aufgaben im Bereich der vielfältigen und nicht zuletzt durch die Umsetzung der EG-Agrarreform ausgeweiteten landwirtschaftlichen Fördermaßnahmen belastet werden.

Die Freigrenze führt aber nicht nur zu einer deutlichen Einsparung von vermeidbarem Verwaltungsaufwand, sondern es sind auch andere wichtige Ziele, wie die Marktenlastung, der Abbau der Schuldenlast landwirtschaftlicher Betriebe und die Flächenbereitstellung für außerlandwirtschaftliche Zwecke verstärkt zu berücksichtigen. Bei der in Teilregionen des Landes deutlich rückläufigen Nachfrage nach landwirtschaftlich genutzten Flächen, insbesondere in den strukturschwachen Höhengebieten, kann durch die stärkere Öffnung des Grundstücksmarktes für Nichtlandwirte dem zu starken Rückgang von Kaufpreisen entgegengewirkt und damit auch zur Sicherung der Vermögenswerte in der Landwirtschaft beigetragen werden; im übrigen ist ohnehin festzustellen, daß die Grundstücksverkehrsbehörden in Rheinland-Pfalz durch eine liberale Handhabung des Gesetzes diesen Verhältnissen zunehmend Rechnung getragen haben. Das kommt in der seit vielen Jahren verhältnismäßig geringen Zahl von Versagungen bei der Überprüfung von Verträgen zum Ausdruck.

Mit der Einführung einer Freigrenze nach dem Grundstücksverkehrsgesetz hat in Rheinland-Pfalz eine seit längerem geführte Diskussion ein Ende gefunden. Im Jahre 1973 wurde ein Gesetzentwurf im Landtag von Rheinland-Pfalz eingebracht. Dieser Gesetzentwurf sah schon eine Freigrenze von 0,5 ha bzw. 0,1 ha bei weinbaulich genutzter Fläche vor. Dieser Gesetzentwurf wurde aber nach den ersten Beratungen, auch nach vorweggehenden Diskussionen mit der landwirtschaftlichen Berufsvertretung, nicht weiter verfolgt. Auch in den Folgejahren führten weitere Initiativen seitens der Landesregierung zunächst zu keinem Ergebnis. Erst in der laufenden Legislaturperiode hat dann der Landtag einem erneut vorgelegten Gesetzentwurf der Landesregierung zugestimmt.

Die gegen die Einführung einer Freigrenze bis zuletzt vorgebrachten Bedenken beinhalten in wesentlichen zunächst die Befürchtung, daß durch die teilweise Freigabe des Grundstücksverkehrs die Erwerbsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Flächen durch Landwirte erheblich eingeschränkt werden, da diese auf dem Markt durch kapitalkräftige Käufer von außerhalb der Landwirtschaft verdrängt werden könnten. Diese Befürchtungen sind zumindest sei längerem überholt. Generell besteht eine solche Gefahr nicht. Im übrigen ist auch darauf hinzuweisen, daß gerade die Entwicklung der größeren Betriebe in Rheinland-Pfalz weitgehend durch Zupacht erfolgt. Auch die gelegentlich weiter vorgebrachte drohende Flächenanhäufung in einer Hand ist kaum zu befürchten. Auch in anderen Ländern, die seit langem eine Freigrenze eingeführt haben, sind derartige Entwicklungen nicht eingetreten. Entscheidend ist dabei ohnehin, daß für den größeren Teil der Fläche die Genehmigungspflicht erhalten bleibt. Nicht auszuschließen ist, daß in wenigen Einzelfällen möglicherweise bestimmte Nachteile für einzelne Betriebe entstehen können. Diese wenigen Sonderfälle rechtfertigen aber nicht die Beibehaltung eines umfassenden Prüfungsaufwandes mit hohen Kosten.

2. Freigrenze nach dem Landpachtverkehrsgesetz (LPachtVG)

Mit der neuen Verordnung zur Einführung einer Freigrenze nach dem Landpachtverkehrsgesetz wird von der im § 3 Abs. 2 LPachtVG den Ländern eingeräumten Kompetenz zur erleichterten Durchführung des Gesetzes unter besonderer Berücksichtigung der agrarstrukturellen Verhältnisse, in ihrem

Land durch Rechtsverordnung Größen zu bestimmen, bis zu denen landwirtschaftliche Betriebe oder Grundstücke gepachtet werden können, ohne daß eine ungesunde Verteilung der Bodennutzung anzunehmen ist, Gebrauch gemacht. Die neue Rechtsverordnung sieht vor, daß Landpachtverträge über landwirtschaftliche Betriebe oder Grundstücke nicht der Anzeigepflicht nach § 2 Abs. 1 LPachtVG unterliegen, wenn die dem Landpachtvertrag zugrunde liegende landwirtschaftlich genutzte Fläche, ausgenommen weinbaulich genutzte Fläche, 2 ha und die dem Landpachtvertrag zugrunde liegende weinbaulich genutzte Fläche 0,5 ha nicht überschreitet. Die Anzeigepflicht nach dem Landpachtverkehrsgesetz bezweckt insgesamt, strukturpolitisch unerwünschten Entwicklungen auf dem landwirtschaftlichen Pachtmarkt entgegenzuwirken. In ähnlicher Weise wie beim Grundstückverkehrsgesetz ist aber hier wichtig, daß bei der Anwendung des Gesetzes überhöhter Verwaltungsaufwand vermieden wird. Durch die Freigrenze nach dem Landpachtverkehrsgesetz wird eine große Zahl von Pachtverträgen aus der Anzeigepflicht ausgenommen. Dagegen würde bei vielen Pachtverträgen über kleinere Flächen der größere Teil der verpachteten Fläche in der Kontrolle verbleiben. Es läßt sich allerdings nicht genau bestimmen, in welchem Umfange Verwaltungsaufwand entfällt, da offensichtlich ein größerer Teil der Pachtverträge nicht angezeigt wird. Insofern sind die vorhandenen Statistiken wenig aussagefähig. Mit Sicherheit dürfte aber ein großer Teil der abgeschlossenen Pachtverträge bei den vorhandenen Strukturverhältnissen aus der Anzeigepflicht entfallen.

Es wurde darauf verzichtet, von der Möglichkeit nach § 4 Abs. 4 LPachtVG, Grenzen zu bestimmen, bis zu denen landwirtschaftliche Betriebe oder Grundstücke gepachtet werden können, ohne daß eine ungesunde Verteilung der Bodennutzung anzunehmen ist, Gebrauch zu machen. Das scheint im Gegensatz zu der Freigrenze nach § 3 Abs. 2 LPachtVG weniger dringlich. Im übrigen ergäben sich in der Praxis Schwierigkeiten, diese Grenze zu bestimmen, da derartige Kriterien bei der stürmischen Strukturentwicklung erheblichen Änderungen unterworfen sind und in jedem Falle laufende Anpassungen erforderlich wären.

Ergänzung zu Heft 17

Die Bezirksregierung Rheinhausen-Pfalz bittet um nachfolgende Richtigstellung:

Wir bitten Sie, im nächsten Heft der "Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung" folgende Anmerkung zu dem im Heft 17/1992 abgedruckten Referat des OVR Neumann Ziffer 3 Absatz 4 zu veröffentlichen:

"Mit der Darstellung des OVR Neumann zum Inhalt des Schreibens der Bezirksregierung Rheinhausen-Pfalz vom 31.07.1991 ist dieses unzutreffend bzw. derart verkürzt wiedergegeben worden, daß zwangsläufig Fehlinterpretationen entstehen müssen.

Mit dem genannten Schreiben haben wir daraufhingewiesen, daß der zum Ausgleich der Wasserführung ermittelte Stauraum nicht ohne Berücksichtigung der Gegebenheiten des jeweiligen Einzugsgebietes an beliebiger Stelle im Flurbereinigungsgebiet geplant werden kann. Um zu gewährleisten, daß die Maßnahme wasserwirtschaftlich sinnvoll ist, und um Schadensersatzansprüche auszuschließen, ist vielmehr regelmäßig zu ermitteln, welcher Stauraum an dem gewählten Standort tatsächlich erforderlich ist.

Ist das tatsächlich erforderliche Volumen wesentlich größer, als der Stauraum gemäß Ausgleichsabschätzung, ist in der Regel - sofern eine Beteiligung Dritter nicht in Betracht kommt - entweder ein anderer Standort (mit kleinerem Einzugsgebiet) zu wählen oder eine größere Anlage herzustellen.

Im entgegengesetzten Fall ist entweder ein anderer Standort zu wählen (mit größerem Einzugsgebiet) oder es sind mehrere Rückhaltemaßnahmen zu planen.

Zu der veröffentlichten Kritik weisen wir darauf hin, daß es uns nicht möglich ist, die Gewässerunterhaltungspflichtigen im Rahmen der Flurbereinigung zu Kostenanteilen zu verpflichten. Dagegen ist es jedoch zulässig, die Erklärung fachtechnischen Einverständnisses davon abhängig zu machen, ob die geplante Ausgleichsmaßnahme wasserwirtschaftlich sinnvoll ist. Dies ist u.E. jedoch nicht gegeben, wenn z.B. oberhalb einer Ortslage entsprechend der Ausgleichsabschätzung ein Regenrückhaltebecken geplant wird, welches unter Berücksichtigung der Gegebenheiten eines großen Einzugsgebietes alle 2 Jahre überlaufen müßte. Dies gilt insbesondere dann, wenn Fließwege wesentlich verändert wurden.

Selbstverständlich wird in Fällen, in denen bereits vor Durchführung des Flurbereinigungsverfahrens ein Bedarf an Hochwasserschutzanlagen besteht, grundsätzlich - und zum Teil erfolgreich - angestrebt, die zuständige Gebietskörperschaft zu einer Beteiligung zu bewegen."

gez.: i.A. Gerhard Fischer

AUS DER RECHTSPRECHUNG

FlurbG § 21: (Vorstandswahl im Flurbereinigungsverfahren)

Sieht die Wahlsatzung "geheime Wahl mit Stimmzetteln" vor, so müssen die Teilnehmer in einer Wahlkabine wählen.

VGH Baden-Württemberg, Urteil vom 13.3.1989 - 7 S 3009/88 - (12) -

In einem Flurbereinigungsverfahren fand unter Leitung der Flurbereinigungsbehörde die Wahl des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft statt. Die im Wahltermin von den anwesenden Teilnehmern beschlossene Wahlsatzung sah "geheime Wahl" vor. Im Wahlraum waren hierfür keine Vorkehrungen getroffen, etwa durch Aufstellen von Wahlkabinen.

Aus den Gründen:

Die Klage ist als Feststellungsklage zulässig. Sie ist auch begründet, denn die Wahl des Vorstands der Teilnehmergeinschaft ist mit erheblichen Rechtsfehlern behaftet und deshalb unwirksam.

Verletzt ist auch das in der Wahlsatzung normierte Gebot der geheimen Wahl. Zwar schreibt das Gesetz eine derartige Form nicht vor (vgl. Seehusen/Schwede, 4. Aufl., § 21 FlurbG Anm. 5). Wenn sich aber die Teilnehmerversammlung mit der beschlossenen Wahlsatzung für geheime Wahl entschieden hat, ist diese Art der Wahl verbindlich geworden und die Wahl ungültig, wenn die allgemeinen Grundsätze der geheimen Wahl verletzt sind. Das ist hier geschehen:

Es steht fest, daß die meisten Teilnehmer ihre Stimmzettel an ihrem jeweiligen Sitzplatz offen ausgefüllt haben, so daß die Nachbarn Einblick in das Abstimmungsverhalten nehmen konnten. Nur wenige Teilnehmer haben sich an die in den hinteren Saalecken hierfür bereitgestellten Tische begeben. Selbst dort war den allgemeinen Anforderungen an eine geheime Wahl nicht genügt. Nach dem Prinzip der geheimen Wahl muß der Wahlvorgang so gestaltet sein, daß unbekannt bleibt, welche Wahl-

entscheidung ein Wahlberechtigter getroffen hat. Niemand soll vom anderen, wenn dieser es nicht selbst vor oder nach der Wahl - legalerweise - kundtut, wissen, wie er sich beim eigentlichen Wahlakt verhalten, d.h. wen er gewählt, ob er ggf. den Stimmzettel verändert oder sich der Stimme enthalten hat. Nur wenn der Wähler unbeobachtet und ohne die Möglichkeit einer solchen Beobachtung unbeeinflusst seine Entscheidung treffen kann, vermag er sich regelmäßig auch frei zu entscheiden. Zwar ist der Wähler grundsätzlich nicht verpflichtet, sein Wahlgeheimnis zu wahren, er muß aber bei der Wahlhandlung selbst den zur Sicherung dieses Aktes erlassenen Vorschriften genügen und darf deshalb im Wahlraum selbst nicht nur geheim wählen, sondern muß das auch tun. Lediglich vor oder nach der Wahl steht dem Wähler ein frei ausübbares Offenbarungsrecht bezüglich seiner Stimmabgabe zu. Das entspricht allgemeiner Auffassung von den Grundsätzen der geheimen Wahl.

Hinter diesen Anforderungen bleibt die hier angegriffene Wahl weit zurück. Wenn geheime Wahl vorgeschrieben ist, muß die Stimmabgabe einzeln von jedem Teilnehmer an uneinsehbaren Plätzen - einer sog. Wahlkabine - erfolgen. Notfalls hat der Versammlungsleiter die Teilnehmer dazu anzuhalten, diese Form einzuhalten. Wird das nicht gewünscht, bleibt es der Versammlung unbenommen, vor der Wahl eine Änderung der Satzung dahin zu beschließen, daß offene Stimmabgabe erfolgt. Das ist hier nicht geschehen, und der Zeuge H. hat ausdrücklich bekundet, Fragen zu Regelung der geheimen Wahl durch Stimmzettel seien in der Versammlung nicht gestellt worden. Dann besteht auch keine Möglichkeit, aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalls geringere Anforderungen an den objektiv eindeutigen Inhalt dieser Abstimmungsform zu stellen. Auch wenn den Teilnehmern bei Beschluß der Wahlsatzung die Örtlichkeit und damit das Fehlen einer Wahlkabine bekannt war, läßt sich daraus nicht herleiten, daß sie mit "geheimer Wahl" das Gegenteil, nämlich "offene Wahl" beschließen wollten. Der Fehler wird auch nicht dadurch geheilt, daß niemand dem praktizierten Verfahren widersprochen hat. Denn es ist Sache des Wahlleiters und nicht der Wähler, die Einhaltung der in der Satzung beschlossenen Regeln sicherzustellen. Soweit der Senat in seinem Beschluß vom 24.2. 1986 - 7 S 45/86 - hinsichtlich des Zwangs, die Wahlkabine zu benutzen, weniger strikte Anforderungen gestellt hat, wird daran nach den Erfahrungen mit der hier streitigen Wahl nicht festgehalten. Insbesondere in Flurbereinigungsverfahren, deren Anordnung von Anfang an umstritten war, erscheint es geboten, begründeten Wahlanfechtungen durch eine strikte Einhaltung der Regeln der Wahlsatzung entgegenzuwirken.

LITERATURÜBERSICHT

von Axel Lorig und Rudolf Dielmann, Mainz

Zeitschrift für Kulturtechnik und Landentwicklung

- Hols, R.: Landnutzung im Konflikt zur Wasserqualität, Heft 4, 1992, S. 202
- Bischof, H.: Der Beitrag der Ländlichen Neuordnung zur Konfliktlösung beim Gewässerschutz, Heft 4, 1992, S. 251
- Lecher, K.: Erosionsschutz als Teil einer Integralmelioration - Beispiel aus Guatemala, Heft 5, 1992, S. 265
- Kötter, T.: Zur Evaluierung von Dorferneuerungsmaßnahmen, Heft 5, 1992, S. 270
- Dippold, R.: Flurneuordnung in den neuen Bundesländern, Heft 6, 1992, S. 329

- Thomas, J.: Bodenordnungsbedarf bei den "Verkehrsprojekten Deutsche Einheit", Heft 6, 1992, S. 335
- Hoisl, R. u.a.: Landschaftsbildschutz in der Flurbereinigung, Heft 6, 1992, S. 344
- Summerer, S.: Die Umweltverträglichkeitsprüfung, Heft 6, 1992, S. 366

Recht der Landwirtschaft

- Priebe, H.: Neuorientierung der gemeinsamen Agrarpolitik, 1992, Heft 7, S. 169
- Dippold, R.: Vorläufige Besitzregelung in der Flurneuordnung, 1992, Heft 7, S. 171
- Haselhoff, J.: Liegenschaftsvermessung und Flurbereinigung, 1992, Heft 8, S. 197
- Hess, Cl.-R.: Landespflegerische Belange im Rahmen der agrarstrukturellen Vorplanung, 1992, Heft 8, S. 200
- Zillien, F.: Landtausch- und Pachtförderprogramm für die Land- und Forstwirtschaft, 1992, Heft 11, S. 281
- Dippold, R.: Zusammenführung von Boden- und Gebäudeeigentum, 1992, Heft 11, S. 283

Zeitschrift für Vermessungswesen

- Thomas, J.: Die Ländliche Neuordnung bei der ökologischen Erneuerung von Nordrhein-Westfalen, 1992, Heft 8/9, S. 453 - 461
- Teufel, P.: Die ökologische Flurbereinigung in Baden-Württemberg - Möglichkeiten des Vermessungsingenieurs, 1992, Heft 8/9, S. 461 - 469
- Brackmann, H.,
Koschmieder, P.: Der Geodät und sein berufliches "Know-how" im Umgang mit Flächenbrachen, 1992, Heft 8/9, S. 474 - 481
- Meisterjahn, R.: Flurbereinigung und Landschaftspflege in Schleswig-Holstein, 1992, Heft 8/9, S. 592 - 599
- Herzfeld, G.: Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes auf das amtliche Vermessungswesen in Deutschland, 1992, Heft 12, S. 778 - 779
- Thöne, K.F.: Flurbereinigung im neuen Europa, 1992, Heft 12, S. 779 - 781

Allgemeine Vermessungsnachrichten

- Maucksch, W.: Flurbereinigung nicht nur zugunsten des Artenschutzes, 1992, Heft 7, S. 290 - 297

Bitumen

- Schellenberg, K.: Asphalt und Umwelt - ein Widerspruch?, 1992, Heft 3, S. 104

Die Asphaltstraße

Giesa, G.: Asphalt-Spurbahnen im landwirtschaftlichen Wegebau, 1992, Heft 8, S. 30

Tiefbau - BG

Ziegler, D.: Asphalt-Straßenfertiger, 1992, Heft 9, S. 595

Wasser und Boden

Nuding, A.: Fließwiderstand von Baum- und Buschwerk an Ufern, 1992, Heft 11, S. 727
Schroeder, W.:

Timme, G. u.a.: Bewertungsverfahren von Fließgewässern, 1992, Heft 11, S. 751

Frietsch, E.A.: Die Produkthaftung in Deutschland und in der EG, 1992, Heft 11, S. 707

Stockleben, H.: Örtliche Bauüberwachung - unbezahlbare Leistung der Ingenieure?, 1992, Heft 9, S. 601

Vermessungswesen und Raumordnung

Seele, W.: Bodenordnungsbehörden im wiedervereinigten Deutschland - Anmerkungen in Anbetracht einer umweltbewußten Aufgabenstellung, 1992, Heft 5 + 6, S. 264

Seminar

Zillien, F.: Die Bedeutung der Landeskulturverwaltung für die Entwicklung des ländlichen Raumes in Rheinland-Pfalz, 1991, Heft 5, S. 210

Zillien, F.: Ökologische Zielsetzungen in der Flurbereinigung, 1991, Heft 5, S. 219

Rheinische Bauernzeitung

Zillien, F.: Dorferneuerung und Landentwicklung als ganzheitliche Aufgabe, 1992, Heft 46,

Heimatjahrbuch 1993 des Landkreises Alzey - Worms

Zillien, F.: Strukturwandel der Landwirtschaft im Landkreis Alzey - Worms, S. 17

Zillien, F.: Feld- und Flurbereinigung im Landkreis Alzey - Worms mit geschichtlichen Hintergrund, S. 31

BUCHBESPRECHUNGEN

Landschaftsbild - Eingriff - Ausgleich

Hrsg.: Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie
Umfang: 24 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Tabellen und Kartendarstellungen
Preis: 36,-- DM
Verlag: Landwirtschaftsverlag Münster-Hiltrup

Aus den Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, wie sie in den §§ 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) dargelegt und in § 8 BNatSchG instrumentell verankert sind, ergibt sich der Auftrag, bei Eingriffen in Natur und Landschaft neben den Funktionen des Naturhaushaltes und der Landschaftsökologie auch das Landschaftsbild zu berücksichtigen.

Unübersehbar ist, daß landschaftsästhetische Fragen in der Vergangenheit in der Planungs- und Genehmigungspraxis eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Verantwortlich hierfür sind insbesondere Erfassungs- und Bewertungsschwierigkeiten, die sich in einer fast unüberschaubaren Anzahl unterschiedlicher Modelle zur quantitativen und qualitativen Beurteilung von Landschaftsbildern dokumentieren.

Die Veröffentlichung der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie, die die Vorträge und Ergebnisse einer 1990 durchgeführten Fachtagung zusammenfaßt, stellt einen wichtigen Schritt zu einer engeren Verbindung zwischen Theorieentwicklung und Umsetzungspraxis dar. Die Themenauswahl und die Aufbereitung der einzelnen Fachbeiträge mit Abbildungen, Tabellen und Kartendarstellungen ermöglichen den schnellen Zugriff auf fachspezifische Fragestellungen.

Zahlreiche Fallbeispiele vermitteln praxisnahe Ansätze, wie im Einzelfall die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung für den Bereich Landschaftsbild zu handhaben ist. Insofern leistet die Publikation eine wichtige Hilfestellung insbesondere den Fachdisziplinen, die mit der Planung und Genehmigung landschaftsbildrelevanter Vorhaben befaßt sind.

Dr. Claus-Rainer Hess

Kosten und Wertschätzung des Arten- und Biotopschutzes

Verfasser: Prof. Dr. Ulrich Hampicke et al.
Hrsg.: Umweltbundesamt Berlin
Umfang: 645 Seiten mit zahlreichen Abbildungen und Tabellen
Preis: 128,-- DM
Verlag: Erich Schmidt Verlag, Berlin - Bielefeld - München

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat im Jahre 1986 das Forschungsschwerpunktprogramm "Kosten der Umweltverschmutzung / Nutzen des Umweltschutzes" eingeleitet, mit dem eine verlässliche und möglichst "flächendeckende" Ermittlung der Umweltschadenskosten für die Bundesrepublik Deutschland erreicht werden soll. Dazu wurde ein Forschungskonzept entwickelt, das bei der Schadensanalyse nicht nur materielle, sondern auch - im Umweltbereich besonders wichtige - immaterielle Umweltauswirkungen erfaßt.

Die umweltfreundlich auf Recyclingpapier veröffentlichte Untersuchung stellt eine Pionierarbeit dar, die auch international ohne Beispiel ist. Der Versuch der an der Untersuchung beteiligten Wissenschaftler - unter ihnen Prof. Hampicke von der Gesamthochschule Kassel und Prof. Kiemstedt von der Universität Hannover -, die ökonomische Bedeutung des Arten- und Biotopschutzes für das Gebiet der alten Bundesländer darzustellen, kann als gelungen angesehen werden.

Erfolgreich konnte auch eine postalische Repräsentativbefragung mit etwa 800 verwertbaren Antworten (von 2.500 angeschriebenen Haushalten) abgeschlossen werden.

Hierin wird die Bereitschaft der Bevölkerung dokumentiert, für einen verbesserten Arten- und Biotopschutz auch einen finanziellen Beitrag zu leisten, eine Aufforderung insbesondere an die Politik, den Naturschutz auf eine neue Grundlage zu stellen und der ökologischen Verarmung der Landschaft wirkungsvoller entgegenzutreten.

Dr. Claus-Rainer Hess

Obstbäume in der Landschaft

Verfasser: Dr. Rupprecht Lucke, Dr. Robert Silbereisen und Dr. Ing. Erwin Herzberger
Umfang: 300 Seiten mit 44 Farbfotos auf Tafeln, 91 Schwarzweißfotos und Zeichnungen
Preis: DM 98,--
Verlag: Eugen Ulmer, Stuttgart

Die Pflanzung von Obstbäumen erfolgte in früheren Zeiten ausschließlich mit dem Ziel, durch die Produktion von Obst zur menschlichen Ernährung beizutragen. Verwendet wurden überwiegend hohe, starkwüchsige Bäume, die unter ihren Kronen noch die Möglichkeit weiterer Bodennutzung durch Unterkulturen boten - sei es durch den Anbau von Getreide oder Hackfrüchten, sei es durch Mähen oder Beweiden des Graswuchses.

Ästhetische und landschaftsökologische Gesichtspunkte spielten zunächst keine bzw. nur eine untergeordnete Rolle. Als jedoch Obstbaubetriebe aus wirtschaftlichen Gründen begannen, - zeitweise gefördert durch EG-Rodungsprämien - Streuobstbestände in großem Umfange zu roden und durch sog. Niederstammanlagen zu ersetzen, regte sich zunehmend Kritik von Seiten des Naturschutzes und der Landschaftspflege; aber auch Ortsplaner und Kommunalpolitiker warnten vor der Zerstörung landschafts- und ortsbildprägenden Naturpotentials. Diese Kritik fiel auf fruchtbaren Boden; denn unübersehbar sind die vielfältigen Aktivitäten und Bemühungen, die noch vorhandenen Bestände zu erhalten und durch Neuanpflanzungen zu regenerieren.

Das im Verlag Eugen Ulmer erschienene Fachbuch ist das erste seiner Art, das neben obstbaulichen Aspekten vor allem landschaftsökologische und landschaftsgestalterische Gesichtspunkte behandelt.

Als "Obstbäume in der Landschaft" werden starkwüchsige, robuste und wenig pflegebedürftige Obstbaumarten und -sorten herausgestellt, wobei der Begriff "Obstbaum" weit gefaßt wird. Er schließt strauchförmig wachsende Gehölze, Einzelbäume an Straßen, Wegen und Böschungen, kleine Baumgruppen, Baumreihen sowie flächenhafte Anlagen mit ein.

In leichtverständlicher Form werden auch die notwendigen Pflegemaßnahmen sowie die bei der Pflanzung zu beachtenden Rechtsvorschriften dargestellt.

Die Autoren, zwei "Obstbauspezialisten" und ein Stadtplaner, haben so ein umfassendes Werk erarbeitet, das - nicht zuletzt wegen seiner großzügigen Ausstattung - den verhältnismäßig hohen Anschaffungspreis rechtfertigt.

Das Buch wendet sich vor allem an Fachleute des Natur- und Umweltschutzes, des Obstbaues und der Baumschulwirtschaft, ist aber gleichermaßen empfehlenswert für Ortsplaner und im Bereich der Bauleitplanung tätige Architekten und Ingenieure.

Dr. Claus-Rainer Hess

Tagungen

Die Zukunft der Kulturlandschaft - 25. Umwelttagung der Universität Hohenheim -

1. Tagungsrahmen

Die Kulturlandschaft stand im Mittelpunkt der 25. Umwelttagung der Universität Hohenheim. Prof. Dr. Haubold, Präsident der Universität, die in diesem Jahr ihr 175jähriges Bestehen feiert, konnte mehr als 200 Zuhörer begrüßen, unter ihnen den baden-württembergischen Umweltminister Schäfer und dessen Amtskollegen aus Bonn, Bundesumweltminister Prof. Dr. Töpfer.

2. Umweltpolitische Atempause?

Minister Schäfer bezeichnete die Bewahrung der Kulturlandschaft als zentrale Aufgabe der Umweltpolitik im ländlichen Raum. Mit Nachdruck wies der Minister Forderungen nach einer umweltpolitischen Atempause als kurzfristig zurück, die in Anbetracht rezessiver Entwicklung im Industrie- und Gewerbebereich vor allem von Seiten der Wirtschaft verlangt werde. Es sei vielmehr dringend erforderlich, die Investitionen im Umwelt- und Naturschutz zu erhöhen; denn den jährlich etwa 40 Milliarden DM Ausgaben im Umweltbereich stünden Umweltschäden in einer Größenordnung von mehr als 200 Milliarden DM zu Buche. In Anbetracht dieser gewaltigen Defizite forderte Schäfer den ökologischen Umbau von Industrie und Gesellschaft. Er werde sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, diese Idee - zumindest in Baden-Württemberg - zu verwirklichen.

3. Regenerationspotential zerstört

Weltweit sind etwa 80% des vegetationsbedingten Regenerationspotentials der Ökosysteme zerstört, stellte Prof. Dr. Succow, Lehrstuhlinhaber der Universität Greifswald und Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen bei der Bundesregierung, fest. Succow warnte eindringlich vor einem weiteren Raubbau an der Natur. Es gelte, wo immer möglich, bestehende Belastungen abzubauen, noch vorhandenes Naturpotential zu erhalten und zu sichern sowie durch entsprechende Umwandlungs- und Renaturierungsmaßnahmen zu entwickeln und flächenmäßig zu erweitern. Beispielhaft sei das im Bundesland Brandenburg aufgestellte Raumordnungskonzept, das auf 50% der Landesfläche dem Naturschutz Vorrang einräume. Dies bedeute nicht, daß die land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung aufgegeben bzw. eingeschränkt werden solle, im Gegenteil: Der Landwirt sei auch künftig für die Pflege der Kulturlandschaft unabdingbar.

Ein weiteres Instrument zur Erhaltung von Kulturlandschaft sieht Succow in der Einrichtung von Biosphärenparks; auch hier solle die landwirtschaftliche Bodennutzung beibehalten und lediglich ein Flächenanteil von etwa 5% als Naturentwicklungsgebiet vorgesehen werden. Bedauerlich sei die unge-

nügende Personal- und Finanzausstattung der für den Umwelt- und Naturschutz zuständigen Fachverwaltungen; hier müßten in absehbarer Zeit nachhaltige Verbesserungen erreicht werden. Mehrfach habe er die Einrichtung einer Gemeinschaftsaufgabe "Naturschutz" angeregt, die auch der Kulturlandschaft zu Gute kommen werde.

4. Probleme in Ballungsgebieten

Besonders gefährdet erscheint die Kulturlandschaft in Ballungsgebieten, wie Prof. Dr. Böcker, Vegetationskundler und Landschaftsökologe der Universität Hohenheim, am Beispiel einiger Großstädte verdeutlichte. Hier drohe Landschaft zum Baugrund zu verkommen, eine ökologisch orientierte Stadtentwicklungsplanung gebe es selten. Aber insbesondere in Ballungsgebieten komme es darauf an, ökologische Ausgleichsräume zu erhalten, da diese zur Verbesserung der klimatischen Situation und als Bereiche für Erholung und Freizeit wesentlich die Lebensqualität beeinflussen. Böcker appellierte an Stadtplaner und Kommunalpolitiker, ökologische Forderungen ernst zu nehmen und nicht als Hirnspinne träumender Naturapostel abzutun.

5. Landwirte als Produzenten von Natur

Bundesumweltminister Töpfer erläuterte den umweltpolitischen Beitrag der Bundesregierung zur Erhaltung und Entwicklung von Kulturlandschaft. Der Landwirt habe als Produzent von Natur eine wichtige Aufgabe, für die er bislang nicht entlohnt werde. Welcher Preis für diese Leistung zu zahlen sei und wie die Gelder vereinnahmt und an die Landwirte weitergeleitet werden könnten, auf diese Fragen wußte auch Töpfer (noch) keine Antwort. Eine Gemeinschaftsaufgabe "Naturschutz", wie von Prof. Succow gefordert, wird es nicht geben; allerdings - so Töpfer - werde die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" eine weitere Öffnung für Vorhaben des Natur- und Umweltschutzes erfahren.

6. Ökologischer Landbau

Mit der aus Naturschutzkreisen verstärkt geforderten Umstellung der landwirtschaftlichen Produktionsweise auf ökologischen Landbau befaßte sich Prof. Dr. Zeddies, Agrarökonom der Universität Hohenheim, der eine durchschnittliche Verteuerung der Produktionskosten um lediglich 2 Prozentpunkte errechnet hatte. Allerdings erfüllten lediglich ein Drittel der Hauptidebetriebe die baulichen und flächenmäßigen Voraussetzungen zur Umstellung. Einschränkungsfaktor sei darüber hinaus das Problem der Wettbewerbsnachteile, so daß der Entwicklung des ökologischen Landbaus auch in Zukunft enge Grenzen gesetzt seien.

7. Fazit

Die Bemühungen von Bund und Ländern, durch Finanzierungsprogramme der Zerstörung von Kulturlandschaft entgegenzuwirken, sind vielfältig, ihre Effizienz gering, da sie vielfach durch agrarpolitische Entscheidungen unterlaufen werden. Die von der EG in der Vergangenheit initiierten Programme zur Extensivierung landwirtschaftlicher Bodennutzung sind weitgehend wirkungslos geblieben. Abzuwarten bleibt, ob die in diesem Jahr angelaufenen Programme zu umweltfreundlichen Landbewirtschaftung den gewünschten Umschwung bewirken können. Richtungsweisend erscheint eine Entscheidung der hessischen Landesregierung, die trotz energischer Proteste des Deutschen Bauernverbandes beabsichtigt, Agrarsubventionen künftig auf ökologisch wirtschaftende Betriebe zu beschränken.

Dr. Claus-Rainer Hess

EHRUNGEN

Ministerialrat Dr. Franz-Hubert Spaetgens in den Ruhestand verabschiedet

Mit Ablauf des Monats März 1993 ist der langjährige Referent für die Sachgebiete "Finanzielle Förderung der Flurbereinigung und Bodenpolitik" im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in Mainz, Ministerialrat Dr. Franz-Hubert Spaetgens, kurz nach Vollendung seines 40-jährigen Dienstjubiläums in den wohlverdienten Ruhestand durch Ministerialdirigent Zillien verabschiedet worden. Nach Kriegsgefangenschaft, landwirtschaftlicher Lehre auf anerkannten landwirtschaftlichen Ausbildungsbetrieben mit anschließender Gehilfenprüfung, Besuch der Landeslehranstalt für Wein-, Obst-, Gartenbau und Landwirtschaft in Trier, absolvierte Herr Dr. Spaetgens von 1950 bis 1953 das Studium der Landwirtschaft an der Universität Bonn, dem anschließend die Promotion zum Doktor der Landwirtschaft folgte.

1954 trat Herr Dr. Spaetgens in die Landeskulturverwaltung ein und absolvierte seinen Vorbereitungsdienst bei den Kulturämtern Koblenz, Bernkastel-Kues und Simmern. 1956 folgte die Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst in der Landeskulturverwaltung mit anschließenden Tätigkeiten bei der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank in Bonn, dem Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten von 1957 bis 1966 mit anschließender Versetzung an das Kulturredamt Prüm, wo Herr Dr. Spaetgens bis Anfang 1971 als Amtsleiter dem Kulturredamt Prüm vorstand. Seit 1971 bis zu seiner Pensionierung am 31.03.1993 war Herr Dr. Spaetgens ununterbrochen im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten mit verschiedenen Aufgaben betraut. In den vergangenen Jahren war er überwiegend in der Förderung der Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz sowie in der Bodenpolitik tätig.

Aufgrund seines im Laufe der Zeit vielfältigen Diensteinsatzes war Herr Dr. Spaetgens auf dem weiten Feld der Agrarstrukturverbesserung ein anerkannter Fachmann und kompetender Ratgeber. Er zeichnete sich durch seine Hilfsbereitschaft, Kollegialität, Aufgeschlossenheit und auch durch seinen Humor besonders aus. Dabei scheute Herr Dr. Spaetgens in Sach- und Fachfragen auch vor kritischen Anmerkungen nicht zurück.

Mit Herrn Dr. Spaetgens - so betonte Ministerialdirigent Zillien in der Abschiedsrede - verläßt ein Fachmann die Landeskulturverwaltung, der die Aufgabenvielfalt der Politik für den ländlichen Raum im fortschreitenden Strukturwandel der Landwirtschaft seit der Verabschiedung des Flurbereinigungsgesetzes in seiner Grundfassung im Jahr 1953 erlebt, begleitet und mitgestaltet hat. Zu seinem neuen Lebensabschnitt wünschen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskulturverwaltung Herrn Dr. Spaetgens persönliches Wohlergehen und beste Gesundheit, verbunden mit herzlichem Dank für seinen unermüdlichen und engagierten Diensteinsatz in der Landeskulturverwaltung.

H.W. Baur

Aus datenschutzrechtlichen Gründen Personaldaten entfernt.

S. 79 bis 81b

INFORMATIONEN AUS DER LKV

Ausstellung des Kulturamtes Mayen - Nebenstelle Adenau - anläßlich der 1000-Jahr-Feier der Stadt Adenau

von Vermessungsrat Martin Schumann, Adenau

Die Johanniterstadt Adenau in der Hocheifel feierte vom 28. - 31. August 1992 ihre 1000-Jahr-Feier. Aus diesem Anlaß führte das Kulturamt Mayen - Nebenstelle Adenau - eine Ausstellung unter dem Titel "Landwirtschaft und Weinbau im Kreis Ahrweiler - Gestern, Heute und Morgen" durch.

Im Rahmen des Heimatfestes der Stadt Adenau fand am Samstag, den 29. August 1992 die Eröffnung der Ausstellung statt. Der Eröffnung wohnten zahlreiche Ehrengäste aus Politik und Parlamenten, Verbänden und Organisationen bei. Vermessungsdirektor Schmidt, der Leiter der Nebenstelle, ging in seiner Eröffnungsrede neben der Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des Amtes und der bisher geleisteten Arbeit für den strukturschwachen Raum der Hocheifel auch auf die veränderten Zielsetzungen von Flurbereinigungsverfahren ein. Hierbei spielt die ökologische Ausrichtung der modernen Flurbereinigungsverfahren eine besondere Rolle.

Auf über 60 Schautafeln, die im Foyer sowie im Erdgeschoß und im ersten Stock des Dienstgebäudes verteilt waren, wurden anhand zahlreicher Bilder und Graphiken der Strukturwandel und die Entwicklung der Landwirtschaft und des Weinbaus den Besuchern näher gebracht.

Großes Interesse bei der Öffentlichkeit fand dabei die Darstellung der Themen "Landwirtschaft und Weinbau gestern", wobei in größerem Umfang alte Schwarzweiß-Bilder, die historische Arbeitsweisen in der Landwirtschaft bzw. im Weinbau zeigten, ausgestellt wurden.

Ein Schwerpunkt der Ausstellung war die ökologische Ausrichtung der neuen Flurbereinigungsverfahren. Diese spiegelt sich in dem Erhalt bzw. der Neuausweisung von Biotopen, Windschutzpflanzungen, Bäumen und Sträuchern sowie auch in neuen ökologischen Ausbauförmern wie z.B. dem Spurbahnweg mit Rasenlochsteinen wieder.

Da die Weinbergsflurbereinigung an der Ahr, dem nördlichsten deutschen Rotweinanbaugebiet, z.Zt. einen Arbeitsschwerpunkt der Kulturamtsnebenstelle bildet, wurden auch die neuen Ausbauförmern in diesem Gebiet wie der Bau von Gabionenmauern sowie die flächenhafte Sanierung von Trockenmauern dargestellt. Diese Ausbauförmern wurden von vielen Besuchern erstmalig in dieser Form zur Kenntnis genommen.

Weiterhin wurden den Besuchern in einer "Video-Schau" verschiedene Videofilme zu dem Themenkomplex vorgeführt.

Erfreulich war es, daß eine ganze Reihe von Schulklassen unterschiedlicher Altersstufen das Angebot von Führungen durch die Ausstellung wahrnahm.

Daß die Ausstellung in der Öffentlichkeit positiv angenommen wurde, zeigt auch die Tatsache, daß die Volksbank Bad Neuenahr-Ahrweiler 1993 jeweils Teile der Ausstellung in verschiedenen Geschäftsstellen einer noch breiteren Öffentlichkeit vorführen möchte.

Ausstellung des Kulturamtes anlässlich 1000 Jahre Adenau

Die Arbeit des Kulturamtes ist heute wichtiger denn je

Anlässlich der 1000-Jahr-Feier von Adenau führt das Kulturamt Mayen – Nebenstelle Adenau – vom 29. August bis 10. September eine Ausstellung durch.

Diese Ausstellung steht unter dem Thema: »Landwirtschaft und Weinbau im Kreise Ahrweiler, gestern, heute und morgen.« Auf zahlreichen Schautafeln und Exponaten wird dabei die Entwicklung und der Strukturwandel der Landwirtschaft und des Weinbaues gebracht. Weiterhin werden verschiedene Vi-

deo filme sowie Dia-Serien zu diesem Thema vorgeführt. Beispielhaft wird anhand einiger Flurbereinigungsverfahren die Arbeit des Kulturamtes vorgestellt. Dabei wird auch auf die zunehmende ökologische Ausrichtung der Flurbereinigung eingegangen. Die Ausstellung wird am Samstag, 29. 8., 16 Uhr, eröffnet. Weitere Öffnungszeiten sind am Sonntag, 30. 8., von 11 bis 16 Uhr sowie vom 31. 8. bis 4. 9. und nochmals vom 7. bis 10. 9. während der Dienststunden des Kulturamtes. Diese Ausstellung ist einer Er-

gänzung des Beitrags von Kurt Löhr in der Jubiläumsausgabe »1000 Jahre Adenau« unter dem Titel »Das Kulturamt in Adenau seit 1905«.

Das Kulturamt in Adenau kann im Jahre 1995 auf eine 90jährige Geschichte der Flurbereinigung in der Eifelregion zurückblicken. Die Entscheidung, auch in der Eifel Umlegungen durchzuführen, war für das damalige »Armenhaus Deutschland« ein bedeutender Schritt in der infrastrukturellen Entwicklung insgesamt. -kr-

Generalanzeiger

Neue Wege statt „Sünden der Vergangenheit“

Ausstellung im Adenauer Kulturamt ist noch bis zum 10. September zu sehen

Adenau. (gga) „Von den Sünden der 60er Jahre zur neuen Art der Flurbereinigung“, so lautet der inoffizielle Titel einer Ausstellung im Adenauer Kulturamt, die anlässlich des Heimatfestes eröffnet wurde. Das erklärte Harald Schmidt, Leiter der Behörde, bei einem Rundgang.

Damit spielte er auf frühere Flurbereinigungsverfahren an, bei denen die Natur oftmals zweiter Sieger war. Dennoch blickte Schmidt bei der Eröffnung mit einem gewissen Stolz auf die 87jährige Geschichte der Adenauer Behörde. Insgesamt 90 Flurbereinigungsverfahren wurden seit der Gründung abgeschlossen, elf laufen derzeit und zehn Verfahren befinden sich in der Vorbereitung. 1927 umfasste der Dienstbezirk der Behörde sogar noch Teile des Kreises Schleiden, zwischen 1958 und 1974 arbeitete das Adenauer

Kulturamt in Gebieten des Kreises Daun. Trotz der rückläufigen Zahl der Beschäftigten nach der Verwaltungsreform im Jahre 1976 habe das Adenauer Kulturamt noch immer wichtige Aufgaben für die Landwirte im Kreis Ahrweiler.

In der Ausstellung „Landwirtschaft und Weinbau im Kreis Ahrweiler“ wird ein Überblick über Flurbereinigungsverfahren der vergangenen vier Jahrzehnte gegeben. Dabei gibt es eine Trennung von Verfahren in Landwirtschaft und Weinbau. Am Beginn gibt es Informationen über die rechtlichen Grundlagen und den Ablauf eines Flurbereinigungsverfahrens. Es folgen Aufnahmen aus verschiedenen Ortschaften des Kreises vor und nach der Dorferneuerung. Am Beispiel von Hönningen, wo ein Fledermaus-Brutquartier eine Umgehungsstraße seit längerem aufhält, werden die Schwierigkeiten bei solchen Verfahren aufgezeigt. Große Neubaugebiete machen es oftmals schwierig, den Dorfcharakter zu erhalten.

Einen besonderen Schwerpunkt legt die Ausstellung, die eigens für die Adenauer 1000-Jahr-Feier erstellt wurde, auf die neuen Flurbereinigungsverfahren, bei denen der Naturschutz eine große Rolle spielt. Erhalt von Biotopen, Windschutzpflanzungen, neue Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern sowie die Verwendung von Lochpflaster für die Wege prägen die zeitgemäße Form der Flurbereinigung.

Im Ausstellungsbereich Weinbau im ersten Stock des Kulturamtes werden die Weinbergs-Flurbereinigungen Ahrweiler, May-schoß, Rech und Dernau erläutert.

Die Ausstellung „Landwirtschaft und Weinbau im Kreis Ahrweiler“ bleibt bis Donnerstag, 10. September, geöffnet. Während der üblichen Geschäftszeiten der Behörde ist die Ausstellung zu besichtigen. Für Gruppen wird eine Führung angeboten, Informationen gibt es unter der Rufnummer 0 26 91/20 66.

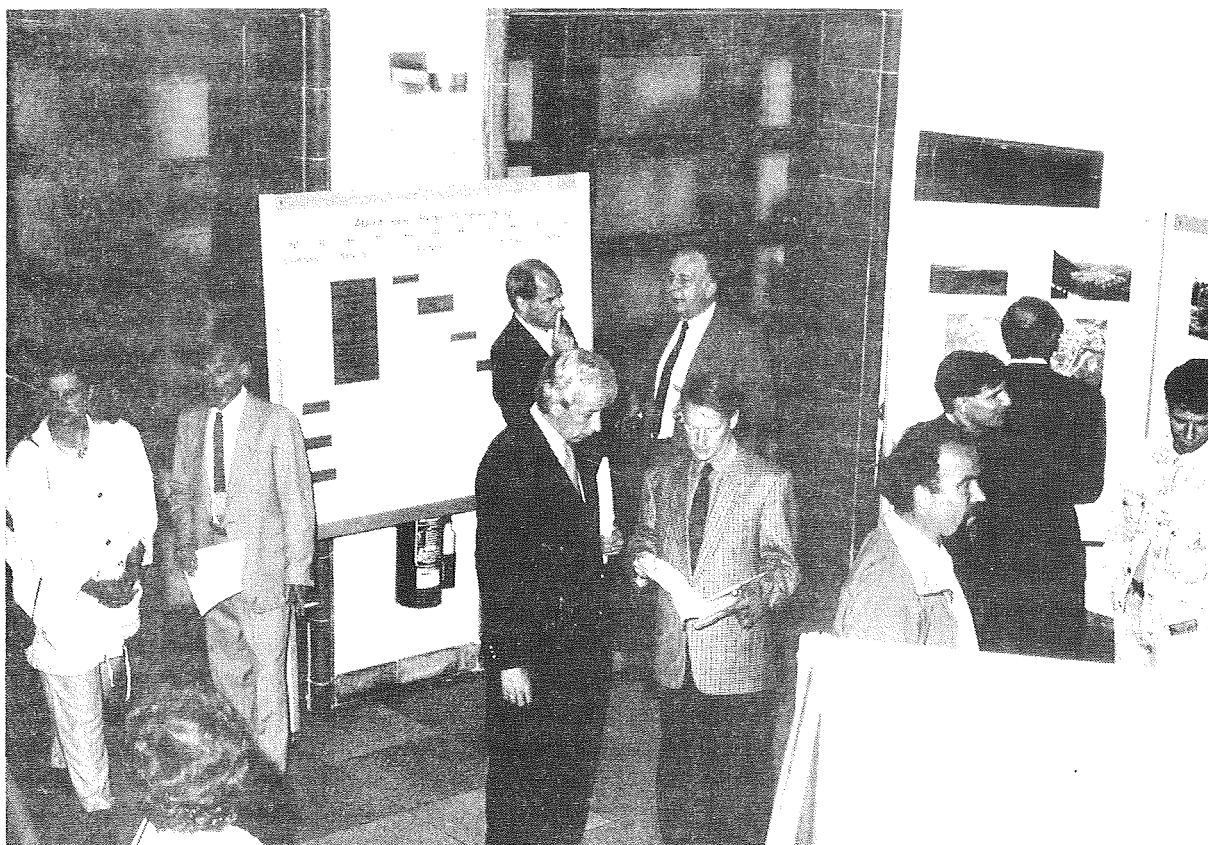


Abb. 1: Eindrücke von der Eröffnungsveranstaltung



Abb. 2: Eindrücke von der Eröffnungsveranstaltung

Bilder von drei Ausstellungen

Informationen zu Konrad Adenauer, der Flurbereinigung und über den Abtkreis

ADENAU. JW. Drei Ausstellungen werfen drei unterschiedliche Schlaglichter auf den Adenauer Raum. Ehemal ist es Konrad Adenauer, erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, dem in der Komturei eine sehr persönliche Informationschau gewidmet worden ist.

Wegmarken gesetzt

Stadtbürgermeister Bernd Schifflarth betonte am Samstag anlässlich der Eröffnung, daß Adenauer als Kanzler Wegmarken gesetzt habe, die nach wie vor ihre Gültigkeit hätten: genannt wurden die Ausöhnung mit Israel, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur einstigen Sowjetunion sowie die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als

Vorstufe zur Europäischen Gemeinschaft.

Die Ausstellung in der Komturei, bei deren Eröffnung zahlreiche Ehrengäste aus Politik und Parlamenten, Diplomatie und Verbänden begrüßt werden konnten, macht auch mit zwei Dokumenten bekannt, die Konrad Adenauers Verbindung zur Johannerstadt belegen. Es sind dies die Aufnahme Adenauers in den Ritterorden der Malteser am 1. August 1951 sowie sein Glückwunsch-Telegramm vom 11. Mai 1952 zur Verleihung der Stadtrechte an Adenau. Daß Konrad Adenauers Vorfahren aus dem Raum Adenau stammen, wird von seinen Biografen zwar immer wieder vermutet, ist aber nicht zu belegen.

Eine weitere Ausstellung, betitelt „Landwirtschaft und Weinbau im Kreis Ahrweiler“ - gestern, heute

und morgen“ im lokalen Kulturamt, macht anhand zahlreicher Schaubilder, Grafiken und Dias vornehmlich mit der Entwicklung der Flurbereinigung und entsprechender Zusammenlegungen vertraut. Nicht ohne Stolz wird darauf verwiesen, daß in den zurückliegenden Jahrzehnten insgesamt mehr als 100 Flurbereinigungsverfahren mit einer Gesamtfläche von 66 000 Hektar zum Abschluß gebracht werden konnten.

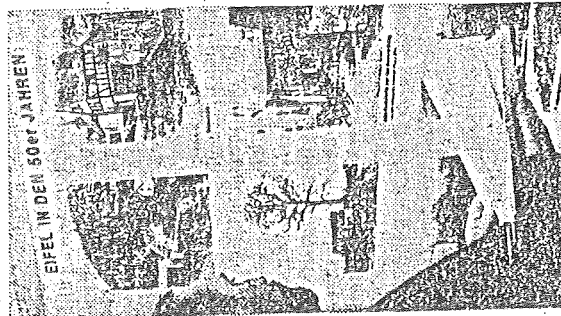
Mit Nachdruck wird dabei auf die erneute Besiedlung des vormaligen Truppenübungsplatzes Ahrbrück hingewiesen - „unbesritten eine besondere Leistung“, heißt es dazu. Auch zahlreiche Reblurbereinigungen an der Ahr erfüllen die 30 Beschäftigten dieser Nebenstelle des Mayener Kulturamtes (seit 1976) mit Genugtuung.

Der AbtKreis selbst wies am

Samstag und Sonntag in einer regelmäßig wiederholten Tonbildschau auf seine eigene Geschichte und Entwicklung, seine charakteristischen Besonderheiten und herausragenden Leistungen in der örtlichen Grundschule hin. Zu sehen waren Lichtbilder der Kreisbildstelle, die von einer Kölner Produktionsgesellschaft mit der Kreissparkasse als Sponsor zu einer eindrucksvollen Sonderschau zusammengestellt waren.

Gute Resonanz

Alle drei Ausstellungen fanden eine Resonanz beim Publikum, die sie verdient haben. Die Ausstellung im Kulturamt ist noch bis 4. September zu sehen und danach vom 7. bis 10. September jeweils während der allgemeinen Öffnungszeiten.



Bilder einer Ausstellung: Die Eifel vor fast 40 Jahren ist als Sonderschau noch bis 10. September im Kulturamt von Adenau zu sehen.

Foto: Heinrich Esch

RZ Nr. 202 vom 31.08.92

Japanische Reisegruppe besucht das Kulturamt Neustadt

von Obervermessungsrat Gottfried Neumann, Neustadt

Am 08. September 1992 besuchte auf Vermittlung des Flurbereinigungsamtes Bad Säckingen eine japanische Reisegruppe des Institutes für Landwirtschaftsforschung Miyagi (Mittlerer Norden Japans) das Kulturamt Neustadt, mit dem Ziel Dorf- und Stadterneuerung und Flurbereinigung in Deutschland kennzulernen. Der Leiter des Institutes Herr Shoji Yasuda war mitgereist, wobei die Initiative von der "Agriculture Cooperative" der Provinz Miyagi ausging. Die Präfektur Miyagi finanziert zum Teil die Cooperative wie auch das Landwirtschaftsforschungsinstitut. Am Tage darauf war ein Besuch in Sasbachwalden in Baden-Württemberg vorgesehen. Bevorzugt sollten Orte aus dem Wettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden" besucht werden. Dazu bot sich aus der Sicht des Kulturamtes der Ort St. Martin besonders an, der im letzten Wettbewerb zu den Preisträgern zählte und gleichzeitig stark in der Flurbereinigung und in der Baulandumlegung (das Kulturamt Neustadt ist mit der Umlegungsbeugnis betraut) engagiert ist.

Seitens des Kulturamtes Neustadt wurde vormittags ein Besuch bei der Stadt Neustadt organisiert, wobei sich Herr Baudirektor Münch dankenswerterweise zu einer Führung durch die sanierte Innenstadt von Neustadt bereit erklärte. Auch die noch ausstehenden Sanierungsobjekte sowie laufende Sanierungsarbeiten wurden besichtigt und fachkundig erläutert.

Nachmittags wurde in Zusammenarbeit mit der Ortsgemeinde St. Martin - sowohl Altbürgermeister Ziegler als auch sein junger Nachfolger Herr Kiefer waren aktiv im Rahmen der Besuchsbetreuung - ein Ortsrundgang mit Kellerbesichtigung in einem führenden Weingut vorbereitet. Abschließend fand im Haus des Gastes ein Diskussionsgespräch mit den Teilnehmern der Exkursion und den Ortsvertretern statt.

Wie fast immer bei solchen Veranstaltungen setzte der zeitliche Rahmen enge Grenzen in der Aussprache, zumal sich die Reisegruppe mit vielen Geschenken bei den Veranstaltern und Betreuern ausgiebig bedankten. Auch die Probleme der Übersetzung unseres "Deutschen Fachchinesisch" verursachte nicht unbeträchtliche Zeitverluste, obwohl ein versierter Dolmetscher zur Verfügung stand.

Während bei der Veranstaltung die unglaubliche Aufmerksamkeit der Teilnehmer auffiel, wurden die Dankesbezeugungen durch Briefe und Bilder überrascht zur Kenntnis genommen, die nach Rückkehr in Japan in Richtung Deutschland übermittelt wurden. Darüber hinaus wurden die Betreuer zu einem Forum im Mai 1993 nach Sendai in Japan eingeladen. Herrn Yasuda mußte dazu (leider) mitgeteilt werden, daß das deutsche "Spesensystem" solch ausgedehnte Studienreisen kaum ermöglicht, so daß nur der Kollege OVR Uhlir vom Flurbereinigungsamt Bad Säckingen an diesem Forum teilnehmen wird. Die Kontakte zu vertiefen wäre sicherlich äußerst interessant, dies ist aber nicht finanzierbar.



Abb. 3: Gruppe im "Haus des Gastes" St. Martin (ganz links vorne Altbürgermeister Ziegler daneben weiter rechts jetziger Ortsbürgermeister Kiefer)



Abb. 4: Gruppe im Weinkeller (vorne rechts Ortsbürgermeister Kiefer)



Abb. 5: Neustadt Marktplatz (die Gruppe mit Baudirektor Münch)

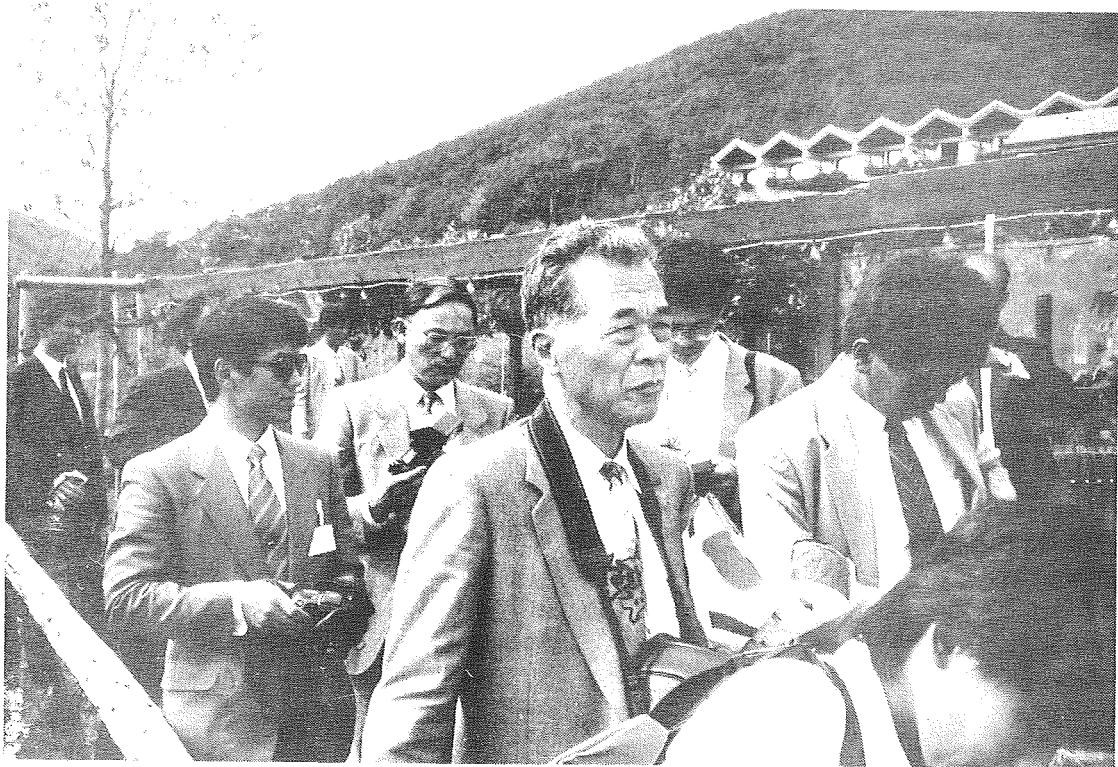


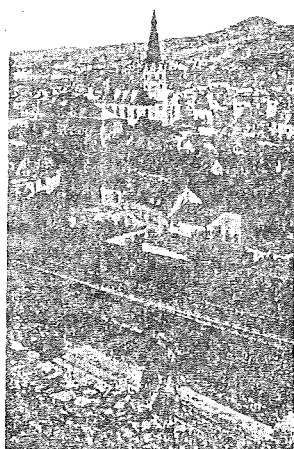
Abb. 6: Gruppe in St. Martin am Jugendhaus

Ahrweiler Weinwochen

Oberhalb des Winzerfestes bewegt sich der Wingert

Erste flächenmäßige Trockenmauersanierung des Ahrtals hat in Ahrweiler begonnen

1902 - Ahrweiler. Die umfangreichen Arbeiten in der Flurbereinigung in den Ahrweiler Weinbergen sind jetzt in einen bedeutenden Abschnitt gelangt: Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit, wurde vor etwa acht Wochen hier auf einem Teilstück des insgesamt 187 Hektar großen Verfahrens mit der "flächenhaften Trockenmauersanierung" begonnen. In ihrem Umfang und Form ist sie bislang in den Weinbergflurbereinigungen des Ahrtals ohne Beispiel. Vermessungsrat Martin Schumann, von der Adenauer Nebenstelle des Mayener Kulturamtes, führte jetzt das Kreisstadt-Echo durch die große Baustelle, erläuterte die aktuellen Maßnahmen, die in ihren Gesamtumfang noch "einige Jahre" dauern werden.



Kunstvoll setzen die Fachleute die Bruchsteine zum Mauerwerk zusammen.

Wenn an diesem Wochenende die Besucher des berühmten Ahrweiler Winzerfestes auf dem Marktplatz den guten Ahrweiler Tropfen genießen, brauchen sie nur einmal den Blick über den Weinbrunnen an der Pfarrkirche St. Laurentius vorbei hinauf in die Wingerte zu lenken, um die Arbeiten zu entdecken. Doch genau hinsehen muß man schon, denn die Ansätze der neuen und sanierten ersten Stücke der für das Ahrtal typischen Trockenmauern sind noch niedrig. Gravierende Veränderungen, so Martin Schumann, wird man auch später zumindest im unteren Teil der Flurbereinigung bei Ahrweiler nicht sehen können, da durch die Maßnahmen das "kulturhistorische Bild" des Wingerts mit Trockenmauern erhalten bleibt. In der nächsten Zeit werden auf einer Fläche von 4,5 Hektar oberhalb Ahrweilers, zwischen der Umgehungsstraße unten und dem neuen Rotweinwanderweg oben und der Adenbach im Osten und dem Giesemer Bach im Westen, gearbeitet. 2,4 Millionen Mark wird die Trockenmauersanierung in diesem Bereich kosten.

Zur Zeit setzen und sanieren

die Fachleute die Mauern auf einer Fläche von 60 ar oberhalb des kleinen Brückchens in Höhe der Oberhut. Kunstvoll passen sie hier die Bruchsteine mit ihren so unterschiedlichen Größen in- und aufeinander. Verwendet werden Steine aus diesem Bereich von älteren, abgebrochenen, verfallenen Mauern. Neue Bruchsteine kommen aus dem Oberbergischen bei Gummersbach. Das Gestein übrigens, das die schweren Lastkraftwagen zur Zeit mehrmals wöchentlich zur Verfüllung der neuen Wege den Silberberg hinauffahren, stammt vom Tunnelbau der Umgehung Altenahr, der Dilschard, erzählt Martin Schumann. Richtlinie für die Arbeiten in Ahrweiler ist ein höchst komplizierter, sehr detaillierter Plan, ausgearbeitet vom Kulturamt: "Der Laie kann eigentlich kaum nachvollziehen, wieviel mühevollen Arbeit dahinter steht", lacht der Vermessungsbeamte. Und in der Tat, was auf der großen Karte grün, gelb, blau und weiß dargestellt ist, sind jeweils verschiedene Mauerstücke dieses ersten kleineren Abschnittes: Mauern die unverändert bleiben, die neu errichtet werden und solche, wo nur die oberste Abdeckung mit drei bis vier Steinen neu aufgelegt wird. Auf den Zentimeter genau richten sich die Facharbeiter nach diesem Plan. Fast verblüffend ist es, wie sich der Betrachter nach diesem Werk innerhalb des Mauersystems doch orientieren kann und nach entsprechender Erklärung selbst das kleinste Mauerstück wieder findet. Erstaunlich ist aber auch, wie nahtlos alte und neue Mauerstücke ineinander übergehen, man manchmal zweimal hinsehen muß, um alt von neu unterscheiden zu können. Was natürlich auch ein Lob für die Winzer früherer Generationen ist, die diese teilweise 150 Jahre alten Mauern einst entstehen ließen. Mit Freude zeigen die Arbeiter auf einen in alten Trockenmauern gefundenen

Stein mit der eingemeißelten Inschrift "PMK 1863".

Hierbei weist der Mitarbeiter des Kulturamtes aber auch auf die besonderen, der heutigen Zeit angepaßten Aspekte der Trockenmauersanierung hin: Die Erhaltung des Landschaftsbildes oberhalb der historischen Altstadt von Ahrweiler und aus landespflegerischer Sicht die Erhaltung und langfristige Sicherung des Lebensraumes für viele verschiedenen Kleinlebewesen in diesem besonderen Ökosystem. Aber auch für die Winzer bei ihrer schweren Arbeit sieht er in diesem Bereich wesentliche Erleichterungen: Auffällige Mauern werden saniert und durch den Verzicht auf Flügelmauern soll eine spätere Bewirtschaftung mit Kleinraupen und trotz des 60prozentigen Gefälles auch eine Drahterziehung quer zum Hang möglich sein. Geplant ist in diesem ersten Bereich, der der Landeslehranstalt und einem privaten

Eigentümer gehört, auch eine Monorackbahn. Martin Schumann spricht auch offen die Nachteile für die Winzer gegenüber einer Planierung an. Diese wäre kostengünstiger gewesen und hätte wesentliche Vorteile bei der Bewirtschaftung gebracht.

Dabei erinnert er aber auch an die Flurbereinigung auf der gegenüberliegenden Talseite in Bachem. Hier liegt die Planfeststellung im Jahre 1983, in Ahrweiler in 1990: "In diesen sieben Jahren hat es einen starken Wandel in den Flurbereinigungsverfahren in die ökologische Richtung gegeben", weiß er aus Erfahrungen des teilweise viel gebeutelten Kulturamtes.

Gerrit Mitter

Trockenmauersanierung in Ahrweiler — Ziel ist eine wirtschaftlichere Bearbeitung der Weinberge

Das historische Landschaftsbild bleibt erhalten

Von Manfred Behnarth

Ahrweiler. Stein für Stein schichten die drei Männer eine Mauer auf. Völlig ohne Mörtel. Jeder einzelne Handgriff sitzt. Wie ein Puzzle fügt das Team den Haufen unbehauener Brocken zu einer schnurgeraden Mauer zusammen. Genau so, wie vor hundert Jahren, in knochenermüdender Schwerstarbeit. Erleichterung bringt allein ein Bagger, der die Steine vom Wirtschaftsweg zwischen Adenbach und Giesemer Bach zur Baustelle droben im Hang am „Rosenthal“ bringt.

Der Trupp, der da im Freien mit herrlichem Blick auf die mittelalterliche Stadt Ahrweiler so emsig arbeitet, setzt sich aus Spezialisten des Kulturamtes Mayen, die noch das Handwerk des Trockenmauerns verstehen, sowie einigen angelernten jungen Männern zusammen. Sie sind dabei, im Rahmen der Ahrweiler Weinbergflurbereinigung eine Mauersanierung von noch nie dagewesenem Ausmaß durchzuführen. Mit erheblichen

■ Etwa 2,5 Millionen Mark wird die Sanierung kosten

Fördermitteln (2,5 Millionen Mark sind veranschlagt) werden in diesem Bereich die Weinberge völlig umgestaltet. Sie sollen in Zukunft eine wirtschaftlichere Bearbeitung als früher ermöglichen, aber gleichzeitig das historische Bild der terrassierten Weinberglagen erhalten. Freilich mußten Kompromisse eingegangen werden. Bauingenieur Jochen Seifert und Vermessungsrat Martin Schumann haben die Planung genau vor Augen. Sie wissen, wo alte Mauern noch intakt sind, wo ein Ausbessern reicht und an welcher Stelle eine völlig neue Mauer her muß.

„Wir werden die Lösschmante in diesem Bereich als landschaftsprägendes Element beibehalten“, erläuterte Martin Schumann. Schmale Rampen werden die einzelnen

Terrassen miteinander verbinden. Winzer können sie mit handgeführten Raupen befahren. „Die Rampen werden so angeordnet, daß sie den Hang nicht gerade durchschneiden, sondern unauffällig bleiben“, erklärte Schumann.

In ungezählten Plänen hat Jochen Seifert festgehalten, wo Mauern geändert werden, oder neue gebaut werden müssen. „Die Neuen erhalten ein Fundament aus Beton. Die Steine stammen etwa zur Hälfte von den alten Mauern und aus Steinbrüchen aus der Region Gummersbach“, teilte der Ingenieur mit. „Einige Steine sind so verwittert, daß wir sie nicht mehr einbauen können. Farblich passen die neuen gut.“ So weit wie möglich, haben die Verantwortlichen des Kulturamtes versucht, bestehende Mauern zu erhalten. Das war aber wegen ihres oft schlechten Zustandes nicht immer möglich. „Flüchtig betrachtet sahen die Mauern meist noch gut aus. Aber wenn man mal mit der Schaufel daran geht, dann fallen sie so zusammen“, schildert Martin Schumann. „Früher sind keine Fundamente gebaut worden und auch der Hinterbau wurde vernachlässigt. Bei einigen Mauern, stand nur ein Blendwerk und das Innere war bloß aufgeschüttet“, berichtet der Vermessungsrat. Andererseits konnte das Kulturamt auch Mauern retten. „Da war beispielsweise eine Mauer mit einem deutlichen Bauch. Die konnten wir mit dem Bagger richten“, erzählt Seifert von einem Erfolg.

Noch sieht der Nordhang hinter der Rotweintropole aus wie eine Mondlandschaft. Das soll sich aber bald ändern. „Wir machen Abschnitt für Abschnitt fertig. Die Landes-Lehr- und Versuchsanstalt, die in diesem Bereich einige Parzellen hatte, erhält durch einen Vorvertrag bereits Grundstücke und kann sofort wieder Weinstöcke setzen“, schilderte Martin Schumann das weitere Vorgehen. Drei oder



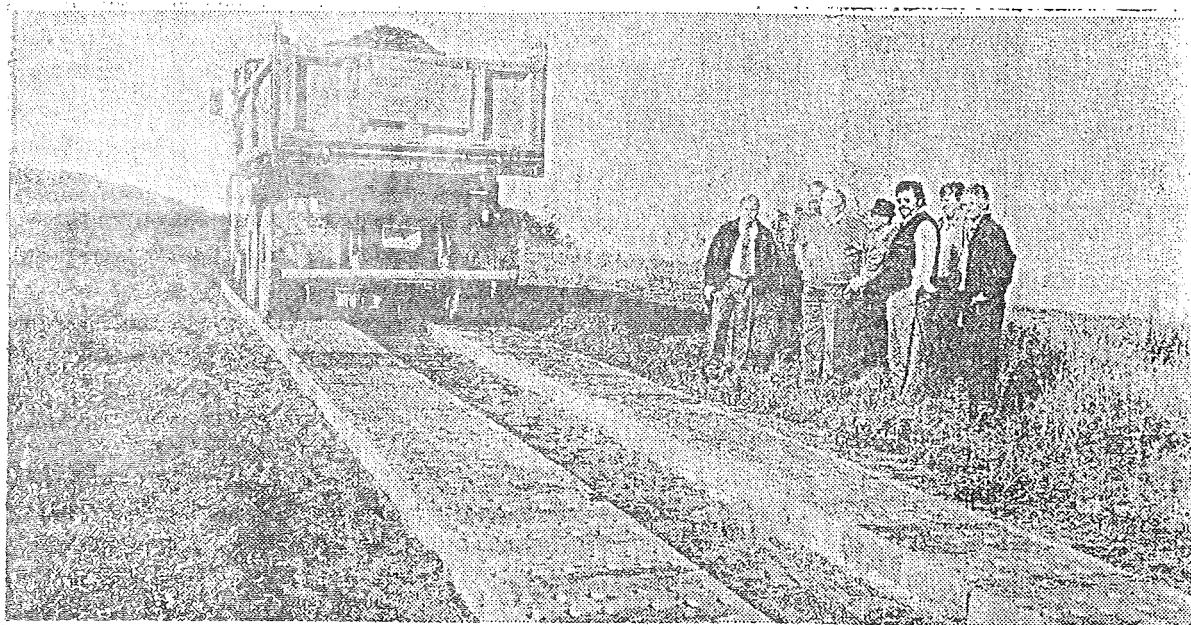
Knochenermüdende Handarbeit, die ein hohes Maß an Erfahrung verlangt, haben die Arbeiter in den Ahrweiler Weinbergen bei der Trockenmauersanierung zu leisten.

eher vier Jahre wird es noch dauern, bis das komplette Verfahren abgeschlossen werden kann. Nach dem „Rosenthal“ geht es mit „Alverath“ weiter.

„Zwischen 70 Zentimetern und 1,40 Metern sind die Mauern dick. Ein Kubikmeter kostet etwa 300 Mark; 300 von schätzungsweise 4000 Kubikmetern sind bereits fertig“, zählt Jochen Seifert einige Daten auf. Der Ingenieur hat erst vor kurzem ein ähnliches Projekt an der Mosel betreut. Bei Hatzhenport waren Trockenmauern instandgesetzt worden. Mit einer „Monorak“, einer Einschienenbahn, waren dort die Steine zur Baustelle transportiert worden. Dort war es nicht mög-

lich, Rampen anzulegen. „Hier in Ahrweiler können wir im unteren Bereich bequem mit einem herkömmlichen Bagger arbeiten. Im oberen Bereich wird das aber nicht gehen“, kündigte Seifert an. Aus diesem Grund hat das Kulturamt sich jetzt von einer Fachfirma zur Probe einen Spezialbagger liefern lassen. Der ist nicht wie sein großer Bruder 2,70, sondern nur 1,47 Meter breit. 80 000 Mark kostet er; etwa ein Drittel des Preises eines herkömmlichen Baggers. Später, so überlegt Martin Schumann bereits, bieten sich für die Winzer zwei Möglichkeiten bei der Bewirtschaftung der Weinberge: handgeführte Raupen oder eine Monorak.

RZ vom 18.09.1992



Mitarbeiter des Kulturamtes Adenau verfolgen das Verlegen der Beton-Platten.

Foto: Norbert Döhrn

Mit „Öko-Pisten“ neue Wege bei der Kultivierung

Pilotprojekt in Niederlützingen zur Befestigung von Feldwegen

BROHL-LÜTZING/NIEDERLÜTZINGEN. TK. Beim Versuch, einen Ausgleich zwischen den Interessen der Landwirtschaft und den Anliegen des Umwelt- und Naturschutzes zu finden, sind die Planungsbehörden immer wieder aufs Neue gefordert. In Niederlützingen ist jetzt ein Pilotprojekt angelaufen, das versucht, Ökonomie und Ökologie unter einen Hut zu bringen: Mit Spurbahnen aus Asphaltbeton anstelle der bisher gebräuchlichen Bitumendecken versucht das Kulturamt Adenau, den 900 Meter langen Wirtschaftsweg in Niederlützingen umweltschonend zu befestigen.

Die Verwendung von Bitumen zum Ausbau von Feldwegen ist bei den Umweltverbänden, die bei jedem größerem Eingriff in die Landschaft in der Planungsphase gehört werden müssen, in der Vergangenheit zunehmend in die Kritik geraten. Die Gründe liegen auf der Hand: Das Versiegeln weiterer Flächen wirkt sich negativ auf den Wasserhaushalt aus; das Landschaftsbild

wird durch die schwarzen Teerbänder, die sich durch Wald und Feld hinziehen, beeinträchtigt. Außerdem, so betonen Umweltschützer, bilden die asphaltierten Wege besonders im Sommer, wenn sie sich unter Sonneneinstrahlung stark aufheizen, eine „Wärmesperre“, die Tieren den Wechsel von einem Revier ins andere fast unmöglich macht.

„Was also tun?“, fragte man sich beim Kulturamt Adenau, das sich der Kritik und Anregungen nicht verschloß. Resultat der Überlegungen ist nun das in Niederlützingen erstmals in dieser Weise gestartete Projekt, das buchstäblich neue Wege in der Landschaftskultivierung geht. „Beim Ausbau der Wege mit den Beton-Spurbahnen entfallen praktisch alle Nachteile des alten Verfahrens“, erläutert Herbert Kommer, der Leiter des Projektes. Da in den 160 Kilogramm schweren Betonplatten, die ineinander verzahnt einen festen Untergrund bilden und auch schwere Landmaschi-

nen tragen, Löcher eingelassen sind, kann Regenwasser ungehindert durchdringen.

Zudem fällt die „Öko-Piste“ in der Landschaft später kaum mehr auf. Wenn erst einmal ein paar Monate ins Land gegangen sind, werden die mächtigen Platten von wildem Grün überwuchert sein – damit entfällt also auch der „Heizplatten-Effekt“ der gewöhnlichen Straßen.

Auch finanziell wird die Innovation positiv zu Buche schlagen. Zwar scheint das Finanzvolumen mit 130 000 Mark veranschlagter Mittel erst einmal beträchtlich, doch relativiert sich das, wenn man weiß, welche Kosten dafür wegfallen. Nach Schätzung von Martin Tenbuß, dem zuständigen Landespfleger für das Flurbereinigungsverfahren, reduzieren sich die obligatorischen landespflegerischen Ausgleichsmaßnahmen, die in einem solchen Verfahren oft einen recht großen Posten stellen, auf etwa ein Drittel. Damit dürften unter dem Strich wohl keine Mehrkosten anfallen.

Spurbahnwege haben fast nur Vorteile – Ausgleichsmaßnahmen entfallen

Afrikanische Bauingenieure begutachteten Kreisneuheit

Die Oberlützingen. Eine Neuheit im Wegebau begutachteten jüngst 18 Bauingenieure aus sieben afrikanischen Ländern. Im Rahmen eines Praktikums waren sie in den Bereich des Kulturamtes Adenau gekommen. Neben dem Spurbahnweg, der Ende September im Flurbereinigungsbereich Lützingen angelegt wurde, informierten sich die Afrikaner auch über Schwarzdeckenwege (Teer- und Schotter-schicht) im land- und forstwirtschaftlichen Wegebau sowie natürlich auch über öffentlichen Straßenbau.

„Es bringt aber nichts, wenn wir Ihnen nur Autobahnen zeigen, die in bestimmten afrikanischen Gegenden nicht von Nutzen oder gar nicht zu bauen wären“, erläuterte Professor Herbert Millgramm von der Carl-Duisberg-Gesellschaft in Köln, die zusammen mit der Ingenieurgesellschaft Kox & Co dieses Entwicklungshilfeprojekt in Angriff genommen hat.

Die ausländischen Gäste sollen, so Millgramm, viele Informationen über die Möglichkeiten, die es im

Straßenbau gibt, erhalten, um dann im eigenen Land als „Lehrmeister“ fungieren zu können. In Oberlützingen erläuterten Vermessungsdirektor Lothar Helfgen und Bauingenieur Jochen Seifert die angewandten Techniken sowie die einzelnen Vor- und Nachteile.

■ Einziger Nachteil liegt im Preis

Spurbahnwege besitzen zahlreiche Vorteile gegenüber den herkömmlichen Schwarzdeckenwegen und eignen sich auch für relativ unwegsames Gebiet. Die zwei im Flurbereinigungsbereich Lützingen im Auftrag der Jagdgenossenschaften Brohl-Lützing und Burgbrohl-Lützingen geschaffenen Wege dienen mit einer Länge von etwa 950 Metern der Erschließung landwirtschaftlicher Nutzfläche. Gegenüber der Schwarzdecke kommt es hier jedoch nicht zu einer Versiegelung der Oberfläche. Sowohl der Mittelstreifen als auch die Steinplatten selbst sind wasserdurchlässig. Auch bieten die einen Zentimeter hohen Noppen an den verlegten Steinen einen guten Reinigungseffekt an

der Nutzfahrzeuggestattung, so daß an Ausfahrten auf Hauptstraßen eine geringere Verschmutzung auftritt. Dieselben Noppen verhindern außerdem eine überhöhte Geschwindigkeit von Fremdfahrzeugen, die den land- und forstwirtschaftlichen Weg benutzen. Auch die Verlegung der 110 Kilogramm schweren Spezialsteine geht relativ schnell vor sich. „Ein ungeheures Vorteil der Spurbahnwege ist, daß im Gegensatz zur Schwarzdecke keine ökologischen Ausgleichsmaßnahmen geschaffen werden müssen, da sich die Wege relativ einfach begrünen lassen“, stellte Seifert fest.

Nachteile der neuen Wegearbeit gebe es an sich keine, „nur der Preis liegt leider noch mit rund 140 Mark pro laufendem Meter 20 Mark über den bisher benutzten Schwarzwegen“, so Seifert. Nach den lehrreichen Vorträgen von Helfgen und Seifert starteten die Afrikaner zu Besichtigungsfahrt an den Laache See und ins Kloster Maria Laach, ehe das Programm in der Autobahnmeisterei in Mendig weiterging.



Genauestens erklärte Vermessungsdirektor Lothar Helfgen den Bauingenieuren aus Afrika, welche Vorteile die neu im Kreis angelegten Spurbahnwege besitzen. Foto: Ostgat

RZ 1.12.92



Nachdem das Flurbereinigungsverfahren Kalenborn - Eppenberg soweit abgeschlossen ist, dankte Wolfgang Wabnitz vom Kulturrat Mayen dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft. Als Anerkennung erhielten die Beteiligten eine Urkunde. Foto: Edi Keller

Flurbereinigung half beiden Orten

Kalenborn-Eppenberg vor Abschluß

KALENBORN-EPPENBERG. RED. Das Flurbereinigungsverfahren Kalenborn-Eppenberg steht kurz vor dem Abschluß: Das 1974 eingeleitete Verfahren hat eine Fläche von 752 Hektar. Unter der engagierten Mitarbeit des Vorstandes, der sich aus Matthias Johann, Josef Schäfges, Josef Wölwer (alle aus Kalenborn) und Ewald Miesen, Matthias Laux und Walter Arenz (alle aus Eppenberg) zusammensetzt, wurde das Verfahren durchgeführt.

Noch im Jahr der Verfahrenseinleitung erfolgte die Wertermittlung. Nach einer längeren Planungsphase wurde im Jahr 1980 der Wege- und Gewässerplan mit landespflegerischem Begleitplan von der Bezirksregierung Koblenz festgestellt. Der Planwuschtermin erfolgte 1979, und der Flurbereinigungsplan wurde 1981 bekanntgegeben. Die über 400 Beteiligten hatten danach nur noch 1000 statt 8500 Flurstücke.

Im Rahmen der Flurbereinigung wurde - neben der Neugestaltung der Feldflur - mit einem neuen 66 Kilometer langen Wegenetz noch vieles mehr ausgeführt. So wurde der Kalenborner

Bach naturnah ausgebaut, Windschutzanlagen errichtet, Bepflanzungstreifen, Feldgehölze und eine Teilaussiedlung ausgewiesen.

Auch die beiden Orte haben durch die Flurbereinigung einiges erreicht. So wurde beispielsweise die Umgehungsstraße Eppenberg ausgewiesen, die Friedhöfe erweitert, Kinderspielplätze und Dorfplätze ausgewiesen, die Ortsstraßen verbreitert, Grünanlagen angelegt und Bauland geschaffen.

Die Gesamtkosten des Verfahrens von 2,7 Millionen Mark wurden zu 74 Prozent aus Zuschüssen des Landes finanziert. Die Hauptausgabepositionen betrug 540 000 Mark für Vermessung, 320 000 Mark für Wegebefestigung, 412 000 Mark für Wege im Erdbau, 219 000 Mark für Gewässerausbau, 282 000 Mark für Dränungen und 130 000 Mark für Anpflanzungen.

Nachdem die Prüfung der ordnungsgemäßen Verwendung der öffentlichen Mittel durch die Bezirksregierung Koblenz abgeschlossen ist, erfolgt noch in diesem Jahr die Ausgleichshebung und auch die Schlußfeststellung.

Welcome to the machine!

- Ein Beitrag zum Einstieg ins Computerzeitalter -

Es begann alles damit, daß ich nicht mehr Mensch zweiter Klasse sein wollte. Ich hatte es satt, ständig frohgemut ins Büro zu gehen, um dort bereits nach wenigen Minuten zu erfahren, daß ich noch nicht mal mehr einem Häufchen Elend gleiche, sondern rein ein Garnichts bin.

Und all dies nur, weil ich keinen Computer habe, nur eine ganz gewöhnliche Schreibmaschine; nun, so gewöhnlich auch nicht mehr, denn sie ist elektrisch, und man kann ein Blatt Papier quer einspannen.

Doch ständig erzählte der Kollege links von den neuesten Programmen seines Computers, der Kollege rechts berichtete von enormer Zeitersparnis, einer persönlichen Erleichterung und Bereicherung und der Dritte schüttelte, mich ansehend, nur bedauernd den Kopf und murmelte etwas von Oldie. Da ich aber in meinem Alter unbedingt den Anschluß an das Nauhau (=Knowhow) der neunziger Jahre und die Selbstachtung vor meiner Psyche nicht verlieren möchte, entschloß ich mich ebenfalls, den Kauf eines Computers in Erwägung zu ziehen. So betrat ich denn das Fachgeschäft. Der Verkäufer näherte sich mir freundlich und fragte nach meinem Wunsch.

"Ich möchte auch einen Computer!"

"Für Ihren Sohn?"

"Nein, für mich!"

"Aha! Zum Spielen?"

Ich legte meine Stirn in Falten. Schließlich bin ich Beamter.

Laut sagte ich:

"Ich darf doch bitten!"

"Also einen PC!"

"?????"

"Einen Personal-Computer. Prima! Da haben wir große Auswahl! Hier zum Beispiel den Rechner mit abgesetzten Tastaturen Tast II mit Super-Software und Reset-Taste. Er ist PC Speed lauffähig. Beachten Sie den Supercharger und Hypercache. Toll dabei sind die 3,5" oder 5,25" Diskettenlaufwerke mit 2. Floppybuchse und den Monitor-Switchboxen. Inklusive Spiralkabel und Maus."

Irgendwelche Zellen in meinem Gehirn schienen nicht zu arbeiten, denn ab dem dritten Satz klafften Lücken. Und da meine Eltern mich lehrten, daß Fragen nichts kostet, faßte ich Mut:

"Sie sagten Maus?" "Eine Maus in einem Computer?"

Wie das?"

"Klaro! Die technische Innovation im Hard- und Software-Bereich! Eine optomechanische Zweitastenmaus. Da habe ich vier Modelle, von der seriellen und parallelen Maus über die Maus mit Buskarte, und last not least den Profi-Package mit seinem speziellen Adapter-Set zur Umwandlung eines PS/2-Anschlusses. Ein komfortables Desktop-Publishing-Programm erleichtert das Handling mit Daten."

Schüchtern hob ich meinen Zeigefinger und meinte: "Eigentlich wollte ich ja nur schreiben!" "Gut, daß Sie das ansprechen!" lobte mich der Verkäufer. "Hier die richtigen Softies. Mit diesem können Sie beliebig viele Tasten gleichzeitig als Icons über maximal sechs Fenster bearbeiten, wobei Sie mit Auto-Restore-Funktion, Makros oder Floskeln Funktions- und Einzeltasten bis zu 2000 Zeichen belegen können."

"2000 Zeichen?" zweifelte ich.

Da gesellte sich ein Junge zu uns und in unser Gespräch: "Hey! Da gibt es Besseres! Dabei sind die Definitionen der Druckertreiber und das konfigurierbare Autoindent viel zu kompliziert. Das Editieren und das Redraw sind zu langsam. Kaufen Sie ein Tischmodem mit den Betriebsarten V.22 bis und der Datenkompression MNX mit der Datenübertragungsrate bis 19 000 bps, was die Output-Optionen initiiert!"

Nun war ich doch konsterniert. Was ging dies alles eigentlich diesen jungen Burschen an? Ich schätzte, daß er höchstens in die 8. Klasse ging. Auch der Verkäufer stutzte, wandte sich an den Knaben und meinte:

"Hey, Teeny! Denk an den durchdachten Boot-Selektor zum Installieren der TOS-Version mit der Routine XBSTART, damit die Tools und Fonts im Public-Domain exzellent modulare Business-Systeme ergeben. Weißt du, daß der 155 MB SCSI Speed Drive Streamer eine Übertragungsrate von 6,5 MB/Minute hat?" Dem Jungen rang dieses nur ein müdes Lächeln ab: "Wenn ich meinen Rechner einfach mit Huckepack auf Multi-MB-Board auf 4 Megabyte erweitere, dann ist das Hightech in bester Interlink XTurbo Art!"

Irgendwie mußte er den Verkäufer verärgert haben, denn dieser schoß nun los:

"Du Wrapmaus, ich habe die Diskverify und das Helpmenue an, faxe mit vernetzten Mailboxen, turboprope mit 512 KByte RAM, H7: WENN (E8="w"; V-Verweis (F;\$A\$ 121.\$Cs>*>)." "

Den Schluß der Aussprache habe ich nicht mehr mitbekommen. Ich ging ins Büro, setzte mich vor meine alte Schreibmaschine, streichelte sie und flüsterte leise: "Ich liebe Dich! Nie werde ich Dich mit einem Computer betrügen!"

Impressum

- Herausgeber: Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Rheinland-Pfalz -
Abteilung Landeskultur, Große Bleiche 55, 6500 Mainz
- Schriftleitung: Vermessungsdirektor A. Lorig (verantwortlich)
und Oberamtsrat H. Jens,
Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Große Bleiche 55, 6500 Mainz
- Gestaltung,
Reproduktion,
und Vertrieb: Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz, Bauhofstr. 4,
6500 Mainz
- Druck: Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Große Bleiche 55, 6500 Mainz
- Ständige Mitarbeiter: Vermessungsdirektor Müllen (Bezirksregierung Koblenz)
Regierungsdirektor Meyer (Bezirksregierung Trier)
Regierungsdirektor Wulf (Bezirksregierung Rh.-Pf.)
Ltd. Regierungsdirektor Dr. Fleck (Kulturamt Prüm)
Vermessungsdirektor Lichtenthal (Kulturamt Trier)
Regierungsdirektor Senftleben (Kulturamt Bernkastel-Kues)
Vermessungsdirektor Epping (Kulturamt Westerbürg)
Verwaltungsangestellter Dr. v. Saucken (Kulturamt Mayen)
Obervermessungsrat Hausmann (Kulturamt Worms)
Obervermessungsrat Neumann (Kulturamt Neustadt)
Obervermessungsrat Semar (Kulturamt Kaiserslautern)
Obervermessungsrat K. Wagner (Kulturamt Simmern)
- Erscheint: halbjährlich
- Abgabe: 1. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten der Landeskulturverwaltung
2. Im Schriftenaustausch der ArgeFlurb
3. An andere Interessenten, Stellen und Bibliotheken im Abonnement gegen
Ersatz der Auslagen